

DIE UNIVERSITÄT MÜNCHEN IM DRITTEN REICH
AUFsätze. TEIL I

Herausgegeben von Elisabeth Kraus



Herbert Utz Verlag · München

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE
DER LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN
für das Universitätsarchiv herausgegeben von
Hans-Michael Körner

Band 1

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nach-
drucks, der Entnahme von Abbildungen, der Wiedergabe auf photomechani-
schem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen
bleiben – auch bei nur auszugsweiser Verwendung – vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH • 2006

Broschur:

ISBN-10: 3-8316-0639-0
ISBN-13: 978-3-8316-0639-9

Gebunden:

ISBN-10: 3-8316-0640-4
ISBN-13: 978-3-8316-0640-5

Printed in Germany

Herbert Utz Verlag GmbH, München
089-277791-00 • www.utz.de

INHALT

| | |
|---|-----|
| EINFÜHRUNG von Elisabeth Kraus | 7 |
| HANS NAWIASKY UND DIE MÜNCHNER STUDENTENKRAWALLE VON 1931 von Michael Behrendt | 15 |
| FRIEDRICH BECK (1889–1934) UND DIE GRÜNDUNGSGESCHICHTE DES MÜNCHNER STUDENTENWERKS von Veronika Diem | 43 |
| DIE UNIVERSITÄTSREITSCHULE MÜNCHEN VON IHRER GRÜNDUNG IM JAHRE 1927 BIS ZUR SCHENKUNG AN DIE UNIVERSITÄT MÜNCHEN von Indra Schöller | 73 |
| »MÜNCHEN RUFT!« – STUDENTENAUSTAUSCH IM DRITTEN REICH AM BEISPIEL DER AKADEMISCHEN AUSLANDSSTELLE MÜNCHEN von Nicole Kramer | 123 |
| ALTERTUMSWISSENSCHAFTEN IM NATIONALSOZIALISMUS. DIE KLASSISCHE PHILOLOGIE AN DER LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT von Maximilian Schreiber | 181 |
| DAS INSTITUT FÜR ÄGYPTOLOGIE DER LMU MÜNCHEN IM NATIONALSOZIALISMUS von Thomas Beckh | 249 |
| PROFESSOR VON HITLERS GNADEN: DER MÜNCHNER NEUZEITHISTORIKER ULRICH CRÄMER (1907–1992) von Karsten Jedlitschka | 299 |
| DIE MÜNCHNER TIERÄRZTLICHE FAKULTÄT IM DRITTEN REICH von Veronika Weidenhöfer | 345 |
| NÜTZLICHE KOOPERATION – DIE JURISTISCHE FAKULTÄT DER LUDWIG- MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT UND DIE AKADEMIE FÜR DEUTSCHES RECHT von Susanne Adlberger | 405 |

| | |
|--|-----|
| DIE UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK MÜNCHEN IN DER ZEIT DES NATIONALSOZIALISMUS: ASPEKTE DER PERSONALPOLITIK von Verena Kondziella und Markus Nadler · · · · · | 431 |
| DIE LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT UND IHRE JUBILÄUMSFEIERN IN DER ERSTEN HÄLFTE DES 20. JAHRHUNDERTS von Maximilian Schreiber · · · · · | 479 |
| STUDENTINNEN AN DER LMU 1933–1945: VERSUCH EINER ANNÄHERUNG von Petra Umlauf · · · · · | 505 |
| DIE FELDPPOSTBRIEFE DER FAKULTÄTEN UND DIE WEHRMACHTSBETREUUNG DER LMU 1940–1945 von Andreas Raith · · · · · | 561 |
| VOM HELDEN ZUM HAUPTSCHULDIGEN – DER MANN, DER DIE GESCHWISTER SCHOLL FESTNAHM von Sönke Zankel · · · · · | 581 |
| »REEDUCATION« – »REORIENTATION«: THEORIE UND PRAXIS ZENTRALER LEITBEGRIFFE DER AMERIKANISCHEN BESATZUNGSPOLITIK NACH 1945 von Ellen Latzin · · · · · | 609 |
| EIN FORSCHUNGSDESIGN FÜR EINE MODERNE UNIVERSITÄTSGESCHICHTSSCHREIBUNG DER NS-ZEIT: ÜBERLEGUNGEN ZU EINER GESAMTDARSTELLUNG DER LMU (1933–1945) von Elisabeth Kraus · · · · · | 637 |
| AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE ZUR GESCHICHTE DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN IM DRITTEN REICH · · · · · | 655 |
| ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS · · · · · | 661 |
| AUTORENVERZEICHNIS · · · · · | 663 |
| PERSONENREGISTER · · · · · | 665 |

EINFÜHRUNG

von Elisabeth Kraus

Der vorliegende Band ist kein einsames Waisenkind: Er hat ehrbare Eltern, hilfreiche ältere Geschwister und hoffentlich etliche seriöse Nachkommen. Weder also beginnt die Erforschung der Universität München in der Zeit des Nationalsozialismus noch endet sie mit ihm. Die durchwegs respektablen Vorfahren sind zwar nicht zahlreich, haben aber für eine gesunde und gedeihliche Entwicklung ihres Sprößlings wichtige Grundlagen geschaffen. Neben einem vor vierzig Jahren erschienenen, aus einer Ringvorlesung an der LMU hervorgegangenen Sammelband zu zentralen Gesichtspunkten der »deutschen Universität im Dritten Reich«¹ können v. a. die sog. »Fakultätenbände« ihre Elternschaft für das Nachstehende nicht verleugnen.

Die beiden von Laetitia Boehm und Johannes Spörl zum 500-jährigen Gründungsjubiläum der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) herausgegebenen, verdienstvollen Sammelbände »Die Ludwig-Maximilians-Universität in ihren Fakultäten«² stellen die Geschichte einzelner Fakultäten, darüber hinaus einiger Institute und Fächer, gelegentlich auch herausragender Gelehrter im 19. und 20. Jahrhundert vor. Innerhalb der einzelnen, zumeist als Chroniken verfaßten Beiträge finden sich allerdings oft nur knappe und kursorische, mitunter auch lediglich sporadische Bemerkungen über die Geschichte des Faches in der Zeit des Dritten Reichs. Immerhin handelt es sich aber, teilweise auf der Basis ungedruckter Quellen vor allem des Universitätsarchivs München (UAM) und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, um aufschlußreiche personen- und werkgeschichtliche Schilderungen im Sinne einer Vorgeschichte unserer Thematik.

Im Grunde genommen gilt für alle der darin skizzierten Fächer und Disziplinen mit Blick auf ihre Entwicklung in der NS-Zeit diejenige Schlußfolgerung, die Rainer A. Müller aus seiner Darstellung der Geschichte der Deutschen Philologie an der LMU gezogen hat: »Insgesamt gesehen zeigte freilich auch die Münchner Germanistik jener Jahre ein Janusgesicht: auf der einen Seite prägten Mitläufertum, aktive Inpflichtnahme der Germanistik für ideologische Ziele, auf der anderen Seite geistige Emigration, akademische Neutralität oder kritische Distanzierung ihr Erscheinungsbild.«³ Es bleibt allerdings möglichst vielen eingehenden, nicht nur personen-,

1 Vgl. Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966.

2 Laetitia Boehm/Johannes Spörl (Hgg.), Die Ludwig-Maximilians-Universität in ihren Fakultäten, Bd.1, Berlin 1972, Bd. 2, Berlin 1980.

3 Rainer A. Müller, Aspekte zur Geschichte der Deutschen Philologie an der Universität Ingolstadt–Landshut–München (1799–1949), in: Boehm/Spörl (wie Anm. 2) Bd.2, 248. Weitaus umfassender

sondern auch disziplingeschichtlichen Studien, die eben nicht nur die Lehrpersonen, sondern auch deren Lehrinhalte, deren Forschungen und Publikationen, das inner- wie außeruniversitäre fachwissenschaftliche Engagement analysieren, vorbehalten, die unterschiedlichen Einstellungen und Orientierungen der Professorenschaft innerhalb des genannten Spektrums zu präzisieren und zu gewichten.⁴

Von der Geschwisterschar, die unserem Band auf seinem Weg ins Leben Orientierung bot und daher hilfreich zur Seite stand, seien nur einige ganz wenige genannt: Die Geschichte der Philosophie bzw. des Philosophischen Seminars an der LMU in der NS-Zeit wird im Rahmen einer 1990 erschienenen Dissertation über die »Philosophie an den bayerischen Universitäten 1933–1945«⁵ sicherlich noch nicht erschöpfend und, speziell mit Blick auf wissenschaftsgeschichtliche Fragestellungen, abschließend dargestellt. Für die Zwecke ihrer Einbettung in eine Gesamtdarstellung der Geschichte der LMU in der Zeit des Nationalsozialismus wäre weniger der institutionen- und personenbezogene als vielmehr der disziplingeschichtliche Ansatz der Studie ergänzungsbedürftig.

Zur »Volkskunde an der Münchner Universität 1933–1945«⁶ liegen zwei kleinere, dennoch sehr informative, dicht geschriebene Abhandlungen vor, die erklärtermaßen einen Beitrag liefern wollen zur Institutionengeschichte an der LMU. Tatsächlich aber geht insbesondere der erste Aufsatz, der nach volkswissenschaftlichen Themenbereichen und ihren Vertretern gegliedert ist, deutlich darüber hinaus. So greift er beispielsweise weit vor das Jahr 1940, in dem die Volkskunde als eigenständige Fachrichtung an der LMU gelehrt wurde, zurück und betrachtet die verschiedenen, sie begründenden und konstituierenden Strömungen noch aus der Weimarer Zeit.

Die zeitlichen Eckpunkte der beachtlichen Studie von Peter Dorsch über den »Nobelpreisträger Heinrich Wieland und das Chemische Institut der Universität München (1925–1950)«⁷ markieren die Berufung Wielands zum Institutsdirektor in der Nachfolge Richard Willstätters und seine Emeritierung im Jahr 1950. Am Beispiel eines international renommierten Chemikers wird gleichermaßen der wissenschaftsgeschichtliche Ansatz verfolgt wie, mit Blick auf ein nicht zuletzt

und intensiver wird die deutsche Philologie an der LMU 15 Jahre später betrachtet: vgl. Magdalena Bonk, *Deutsche Philologie in München. Zur Geschichte des Faches und seiner Vertreter an der Ludwig-Maximilians-Universität vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*, Berlin 1995.

4 Weniger für die Zeit des Nationalsozialismus als für die vorangegangenen Epochen leistet dies mit Blick auf die Pädagogik Richard Schumak, *Pädagogik in Bayern. Geschichte einer wissenschaftlichen Disziplin an der Ludwig-Maximilians-Universität München 1863–1945*, 2 Bde., Hamburg 2005.

5 Claudia Schorcht, *Philosophie an den bayerischen Universitäten 1933–1945*, Erlangen 1990.

6 Eva Gilch/Carmen Schramka, *Volkskunde an der Münchner Universität 1933–1945. Zwei Studien mit einem dokumentarischen Beitrag von Hildegunde Prütting*, München 1986. Vgl. universitätsübergreifend Helge Gerndt (Hg.), *Volkskunde und Nationalsozialismus*, München 1987.

7 Peter Dorsch, *Heinrich Wieland und das Chemische Institut der Universität München 1933 bis 1945*, Diss. München 2001.

HANS NAWIASKY UND DIE MÜNCHNER STUDENTENKRAWALLE VON 1931

von Michael Behrendt

»*Videant consules ne quid detrimenti capiat res publica!*«
(Hans Nawiasky, 1931)

EINFÜHRUNG

Im Hinblick auf die schnelle, freiwillige und weitgehend problemlose Gleichschaltung der Universitäten und besonders der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität nach der nationalsozialistischen Machtergreifung am 30. Januar 1933 ist es aufschlußreich zu prüfen, inwieweit sich dort bereits vorher nationalsozialistisches Gedankengut breit gemacht hatte bzw. toleriert wurde.¹ Im Rahmen dieser kurzen Abhandlung soll dabei schlaglichtartig die politische Stimmung an der LMU in den letzten Jahren der Weimarer Republik am Fallbeispiel der Krawalle um den Staatsrechtler Hans Nawiasky dargestellt werden, die sich im Sommer 1931 an dessen Aussagen zum Versailler Friedensvertrag entzündeten.² Hierbei ist zunächst zu klären, ob der Konflikt um Hans Nawiasky exemplarisch war für die politisch angespannte Lage der Münchner Universität und im Anschluß daran, ob es eine bewußt-geplante oder zufällig-spontane Allianz zwischen konservativem und nationalsozialistischem Denken gab. Wurde also der politische Kampf an die Universitäten, konkret an die Münchner Universität, von außen hereingetragen, war die Universität also lediglich das Feld, auf dem sich der politische Kampf der Straße fortsetzte, oder aber war der Konflikt ein sich aus der Struktur der Universität entwickelnder, gleichsam »akademischer«, der von dort in die außeruniversitäre Öffentlichkeit gelangte?

1 Bezeichnend für die Übernahme nationalsozialistischen Gedankenguts an der Münchner Universität ist die Rede des Münchner Verfassungsrechtlers Otto Koellreutter, der seinen Vortrag zur Reichsgründungsfeier am 18.1.1934 mit folgenden Worten beendete: »(Wir) geloben erneut treue unverbrüchliche Gefolgschaft dem Führer des Neuen Deutschland! Heil Hitler!«, in: Otto Koellreutter, Rede bei der Reichsgründungsfeier 1934, München 1934, 15. Zur Entwicklung der deutschen Universitäten und der Münchner Universität nach der nationalsozialistischen Machtergreifung vgl. v. a. Helmuth Böhm, Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip. Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933–1936), Berlin 1995.

2 Dieser Beitrag basiert auf meiner Magisterarbeit mit dem Titel »Wissenschaft und Tagespolitik. Unruhen und Konflikte im Vorfeld der nationalsozialistischen »Machtergreifung«, unveröff. Magisterarbeit, München 1999.

DIE MÜNCHNER UNIVERSITÄT IN DER WEIMARER REPUBLIK

Ein skizzenhaftes Stimmungsbild der Münchner Universität soll eine Einordnung der Krawalle um Hans Nawiasky in die Zeitumstände ermöglichen. Wie an allen deutschen Universitäten hatten sich auch in München nach dem Ende der Monarchie dramatische demographische Entwicklungen gezeigt. Nachdem die Zahl der Studenten an der Ludwig-Maximilians-Universität nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bis auf ca. 1000 abgesunken war, stieg sie bis zum Ende der Republik wieder auf über 9000 an.³ Trotz vielfältiger Bemühungen konnte das Bauprogramm des bayerischen Staats nicht mehr den gestiegenen Ansprüchen genügen. 1925 wandte sich der Senat mit der dringenden Bitte um großzügige Unterstützung an das Kultusministerium, da man bestrebt sei, der Universität »auch für die Zukunft denjenigen Rang zu sichern, den sie bisher und seit Jahrzehnten dank der Fürsorge des bayerischen Königshauses, der hohen Staatsregierung und des Landtages unbestritten hat.«⁴

Aufgrund des Reformstaus, der in München, nicht anders als im gesamten Reich, akut geworden war, wurde der Einfluß der Verwaltung immer größer.⁵ Da die Münchner Rektoren nur für lediglich ein Jahr ihr Amt ausübten, konnte sich Kontinuität, wenn überhaupt, nur im Bereich der Verwaltung ausprägen. Die Machtverschiebung in diese Richtung wurde in München vom Universitätssyndikus Robert Einhauser stark gefördert, der dadurch eine äußerst einflußreiche Position erreichte.⁶ Einhauser, der seit Anfang 1923 bis nach dem gescheiterten Putschversuch desselben Jahres Mitglied der nationalsozialistischen Partei war, genoß das besondere Vertrauen des späteren »Stellvertreters des Führers«, Rudolf Heß. Mit ihm hatten die Nationalsozialisten bereits in der Frühphase der Bewegung einen zuverlässigen Fürsprecher an der Münchner Universität.⁷

Aufschlußreich für die politische Stimmung ist die Analyse der Zugehörigkeit von Professoren, Dozenten und Assistenten der Ludwig-Maximilians-Universität

3 Helmut Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz, Teil 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz*, München 1991, 34.

4 UAM, Sen. 587, Senat am 27.4.1925 an das Bayerische Kultusministerium.

5 Dies mag vor allem damit zusammenhängen, daß die Universitätsverwaltung die Entscheidungen zu treffen hatte, wem die geringen vorhandenen Mittel in welcher Höhe zugeteilt werden sollten. Diese Situation machte es ihr möglich, aktiv die Entwicklung der Universität mitzubestimmen und eigene Ziele durchzusetzen.

6 Böhm (wie Anm. 1) 35. Der Historiker Karl Alexander von Müller beschrieb die Situation der Rektoren im Verhältnis zum Syndikus folgendermaßen: »An der Universität, deren Rektor nur auf ein Jahr gewählt wurde, erlebte man in diesen Jahren, wie ein ungewöhnlich zielbewußter Syndikus, Robert Einhauser, sich eine beinahe selbständige Machtstellung mit weitreichendem Einfluß aufbaute, gegen die sogar starke Rektoren schwer aufkamen.« Karl Alexander von Müller, *Im Wandel einer Welt. Erinnerungen*, Bd. 3, 1919–1932, hg. von Otto Alexander von Müller, München 1966, 247.

7 Böhm (wie Anm. 1) 193.

zur NSDAP. So waren vor 1933 unter den über 600 Dozenten und Assistenten der Universität lediglich ein nichtplanmäßiger Professor, ein Assistent, der seit 1929 Titularprofessor war, und 17 weitere Assistenten Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei. Die allermeisten Eintritte waren aber erst nach 1930, lediglich bei drei Fällen vorher erfolgt.⁸ Obwohl keines dieser Parteimitglieder vor 1933 offiziell als Nationalsozialist an der Universität aufgetreten war, gab es dennoch unter den Münchner Professoren zahlreiche Sympathisanten der Hitler-Bewegung.⁹

In der Münchner Studentenschaft machte sich schon bald nach dem Krieg eine antisemitisch-reaktionäre und republikfeindliche Stimmung breit. 1920 sprach sich Max Weber gegen die Begnadigung des Eisner-Mörders Graf Arco aus und wurde daraufhin von seinen Studenten aus dem Hörsaal gejagt. Im gleichen Jahr konnte ein Vortrag Albert Einsteins an der Universität nicht stattfinden, da »ju- dengegnerische Auftritte« der Studenten angedroht worden waren. Am 10. November 1923, einen Tag nach dem mißglückten Putschversuch Hitlers, kam es an der Universität zu gewalttätigen, regierungsfeindlichen Demonstrationen von ungefähr 2000 Studenten, bei denen der Chirurg Sauerbruch, der versucht hatte, die Studenten zu beruhigen, krankenhausreif geschlagen wurde.¹⁰

1926 gründete der Jurastudent Tempel in München den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB), der, wie in anderen deutschen Städten, in den Jahren nach 1929 bei den AstA-Wahlen an der Universität bemerkenswerte Stimmenzuwächse errang. Bis 1929 waren die Erfolge für die neue Organisation zwar durchaus beachtlich, aber nicht sensationell. 1926/27, im ersten Jahr nach der Gründung, hatte der Bund zwei von 30 Sitzen in dem seit 1918 in München bestehenden Allgemeinen Studentenausschuß (AstA) errungen. Trotz massiver Propaganda ließ sich dieser Erfolg bis 1928/29 nur auf drei Sitze ausbauen. Ab 1929/30 bekam der Bund deutlich mehr Zulauf und konnte seinen Stimmenanteil bereits auf 18,4 % steigern. Der Durchbruch kam mit den Wahlen 1930/31, also in dem Jahr, in dem die Krawalle um Hans Nawiasky stattfanden. Der NSDStB erreichte 33,3 % der Stimmen und stellte mit 10 von 30 Sitzen den Ersten Vorsitzenden im AstA. Obwohl er sich 1931/32 lediglich auf 11 Sitze verbessern konnte und 1932/33 sogar wieder einen Sitz verlor, prägte er doch entscheidend Themen

8 Ebd. 49.

9 So setzte sich z. B. Karl Alexander von Müller im Kreis seiner Historikerkollegen für die nationalsozialistischen Ideen ein, Stempfle bei den Theologen. Der Hygieniker Max von Gruber propagierte bei Ärzten und Naturwissenschaftlern die NS-Ideologie, während Karl Escherich vom Forstwissenschaftlichen Institut, der 1933 der erste »Führer-Rektor« werden sollte, angeblich mit seinem gesamten Lehrkörper nationalsozialistische Veranstaltungen besuchte, und, nicht zu vergessen, Karl Haushofer, der mit seiner Lebensraumtheorie als inoffizieller außenpolitischer Berater Hitlers fungierte. Vgl. hierzu David Clay Large, *Hitlers München. Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung*, München 1998, 200, der freilich zu Escherich keinen Quellenbeleg angibt.

10 Ebd. 200 bzw. 243.

und Art der Auseinandersetzung im AStA.¹¹ Daß der NSDStB in München nicht die absolute Mehrheit erringen konnte, lag wohl vor allem an der traditionellen Stärke katholischer Verbände an der Münchner Universität.

Treffend beschreibt der Münchner Chemiker Richard Willstätter, der sich selbst als Opfer dieser Stimmung sah, die Lage der Universitäten in der Weimarer Republik: »Die Universitäten waren einer Art von Rechtsradikalismus verfallen. Starke oder stark-scheinende Persönlichkeiten im Lehrkörper und in der Akademie, kaum befreit von ihrer Angst vor kommunistischen Umwälzungen, erlagen wieder ihrer alten Sünde des Chauvinismus. Aber kein Harnack erhob seine mahnende Stimme wie einst: »Die Wissenschaft vermag viel, um jenes Unkraut auszurotten, das den friedlichen Verkehr von Nation zu Nation besonders gefährdet, den Chauvinismus [...]. Der Chauvinismus, der das eigene Volk für auserwählt hält und sich eine übermütige und verletzende Sprache gestattet, ist ein gefährlicher, ja furchtbarer Feind des Friedens.«¹²

Mehrmals kam es an der Universität zu Vorfällen, bei denen die aufgeheizte Stimmung, die im politischen Alltag herrschte, die Mauern der Universität überwand. Nicht unerwähnt bleiben dürfen hier die Ereignisse um den Nobelpreisträger für Chemie, Richard Willstätter, der die Universität aufgrund zumindest von ihm selbst so empfundener antisemitischer Tendenzen in seiner Fakultät bereits 1924 verließ.¹³ Ebenso sind die Vorgänge um den Romanisten und Rektor im Jubiläumsjahr 1926, Karl Vossler, zu nennen, der sich sowohl für die Beteiligung jüdischer Studenten an offiziellen Feierlichkeiten der Universität als auch für deren öffentliches Bekenntnis zur Republik einsetzte.¹⁴ Mit welcher Gewalt aber die Nationalsozialisten bereit waren, gegen ihre Feinde vorzugehen, zeigte sich vor allem im »Fall Nawiasky«.

11 Die Wahlergebnisse der AStA-Wahlen finden sich bei Böhm (wie Anm. 1) 35/54 und bei Thomas Ellwein, *Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Königstein/Taunus 1985, 263. Noch dramatischer als an der Universität war die Zustimmung, die der NSDStB bei AStA-Wahlen an der Technischen Hochschule in München erhielt. Hier konnte er sich von 20,0 % im Jahr 1929/30 auf 36,6 % im Jahr 1930/31 steigern.

12 Richard Willstätter, *Aus meinem Leben. Von Arbeit, Muße und Freunden*, hg. v. Arthur Stoll, Weinheim 1949, 339.

13 Zum Fall Willstätter vgl. vor allem die umfassende Darstellung von Freddy Litten, *Der Rücktritt Richard Willstätters 1924/25 und seine Hintergründe. Ein Münchener Universitätsskandal?* München 1999 und Behrendt (wie Anm. 2) 54–64.

14 Behrendt (wie Anm. 2) 67–83. Vgl. hierzu auch den Beitrag von Max Schreiber über die Universitätsjubiläen im vorliegenden Band.

DIE EREIGNISSE

KURZBIOGRAPHIE NAWIASKYS

Hans Nawiasky¹⁵, der laut dem Fragebogen im Rahmen der »Ersten Verordnung zur Durchführung zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 11. April 1933« zwar jüdischer Herkunft, aber römisch-katholisch war,¹⁶ wurde am 24. August 1880 in Graz in der Steiermark als Sohn des k.-k. Hofopernsängers Eduard Nawiasky geboren.¹⁷ Er besuchte das Gymnasium in Frankfurt am Main und begann 1898 im Alter von 18 Jahren das juristische Studium in Wien und im Wintersemester 1899/1900 in Berlin. Dort wurde er in das Staatswissenschaftliche Seminar bei Gustav Schmoller, dem bekannten Kathedersozialisten, aufgenommen. Die juristische Staatsprüfung legte er am 21. März 1903 in Wien ab und wurde dort am 10. Juli 1903 promoviert. Während seines Dienstes bei der österreichisch-ungarischen Post von 1903–1914 habilitierte er sich 1909 an der Universität Wien mit einer Arbeit zum Thema »Deutsches und österreichisches Postrecht« und mit der gleichen Schrift später auch in München.¹⁸ Seit dem Sommersemester 1910 war er Privatdozent an der Universität Wien, wobei die *venia legendi* ursprünglich »Verwaltungslehre und österreichisches Postrecht« gelautet hatte, im April 1912 aber auf das Gebiet des allgemeinen österreichischen Staatsrechts erweitert worden war.¹⁹ Der Münchner Universität gehörte er ab 1914 als Privatdozent und ab 1922 als etatmäßiger außerordentlicher Professor für Verwaltungsrecht und insbesondere für Finanz- und Arbeitsrecht, später dann für Verwaltungslehre und österreichisches öffentliches Recht, an.²⁰ Rufe an andere Universitäten, wie zum Beispiel 1928 an die Universität Rostock, lehnte Nawiasky stets ab. Aus diesem Grund wurden ihm im selben Jahr die akademischen Rechte eines ordentlichen Professors zugestanden.²¹

15 Persönliche Daten Nawiaskys finden sich vor allem in UAM, E-II-N, Nawiasky, Schreiben der Juristischen Fakultät am 26.7.1914 an den Senat.

16 BayHStA, MK 44070, Fragebogen vom 12.6.1933. Nawiasky gab als frühere Konfession seines Vaters »jüdisch« an. Über seine Großeltern konnte er nur lückenhafte Angaben machen. Obwohl er selbst nicht jüdischen Glaubens war, galt er gemäß der Rasselehre der Nationalsozialisten weiterhin als Jude. Daß Nawiasky, dessen Vater zum Katholizismus konvertiert war, sich nicht mehr als Jude sah, zeigt ein Leserbrief von ihm, der am 11.9.1933 in der *Londoner Times* erschien: »The message says that Professor Nawiasky (dismissed from his post by the Bavarian Statthalter) is a Jewish expert in international law. I am a Catholic professor of State law«

17 Wilhelm Kosch, *Biographisches Staatshandbuch: Lexikon der Politik, Presse und Publizistik*, 2. Bd., Bern 1963, 906, s. v. Nawiasky, Hans.

18 BayHStA, MK 44070, Senat am 4.8.1914 an das Bayerische Innenministerium.

19 Ebd.

20 BayHStA, MK 44070, Bayerisches Kultusministerium am 23.8.1922 an den Senat.

21 Vgl. hierzu auch BayHStA, MK 44070, Nawiasky am 28.8.1928 an Kultusminister Goldenberger.



Hans Nawiasky (Wolfhart Friedrich Bürgi/Walther Hug (Hgg.), Staat und Wirtschaft. Beiträge zum Problem der Entwicklung des Staats auf die Wirtschaft. Festgabe, zum 70. Geburtstag von Hans Nawiasky, Einsiedeln 1950, II)

1929 wurde Nawiasky zum Geschäftsleiter des neuerrichteten Instituts für Reichs-, Landes- und Landesstaats- und Verwaltungsrecht in der Juristischen Fakultät der Universität München bestellt.²² Die »Machtergreifung« der Nationalsozialisten bereitete der Tätigkeit Nawiaskys in Deutschland ein abruptes Ende, als er sich gezwungen sah, aus Gründen der eigenen Sicherheit in die Schweiz zu emigrieren. Seine Frau und seine Tochter folgten ihm über London dorthin nach. 1936 wurde Nawiasky nach längeren Querelen mit den deutschen Behörden endgültig aus der deutschen Staatsbürgerschaft entlassen.²³ Da ihm bereits zuvor klar gewesen sein dürfte, daß eine Rückkehr nach Deutschland in absehbarer Zeit nicht möglich sein würde, hatte er bereits 1935 einen Lehrauftrag an der eidgenössischen Handelshochschule St. Gallen angenommen. Später wurde dort speziell für ihn eine neue Professur für Öffentliches Recht und eine verwaltungswissenschaftliche Abteilung eingerichtet.²⁴ Bereits 1946 kehrte Nawiasky nach Bayern zurück, um sich an der Ausarbeitung der neuen bayerischen Verfassung zu beteiligen. Ab 7. August desselben Jahres war er wieder an der Universität München tätig. Am 16. September 1946 wurde er vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus mit Titel, Rang und Rechten eines Ordinarius ausgestattet und in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen. Sein besonderer Lehrauftrag bezog sich auf das Verfassungsrecht in der Juristischen Fakultät der Universität München.²⁵

22 BayHStA, MK 44070, Bayerisches Kultusministerium am 27.11.1929 an den Senat.

23 BayHStA, MK 44070, Urteil des Bayerischen Verwaltungserichtshofs vom 4.4.1936.

24 Wolfhart Friedrich Bürgi/Walther Hug (Hgg.), Staat und Wirtschaft. Beiträge zum Problem der Einwirkung des Staats auf die Wirtschaft. Festgabe zum 70. Geburtstag von Hans Nawiasky, Einsiedeln 1950, VII.

25 BayHStA, MK 44070, Juristische Fakultät am 22.7.1946 an das Bayerische Kultusministerium.

ALBERTUMSWISSENSCHAFTEN
IM NATIONALSOZIALISMUS.
DIE KLASSISCHE PHILOLOGIE
AN DER LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT

von Maximilian Schreiber

Die Debatte, die im Zuge des aufsehenerregenden 48. Historikertages 1998 in Frankfurt am Main vor allem über die Rolle führender Nachkriegshistoriker in der Zeit des Nationalsozialismus geführt wurde, hat zu einem rasanten Anstieg der Publikationen über diese Epoche der Wissenschaftsgeschichte geführt. Dabei rückten neben den reinen Forschungseinrichtungen wie der DFG¹, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft² oder den Akademien der Wissenschaften³ vor allem die Universitäten in den Blick. Der Schwerpunkt der Forschung liegt nun bei den großen Zusammenhängen in einzelnen Fachbereichen⁴ und spezifisch nationalsozialistischen wissenschaftlichen Unternehmungen⁵, immer mehr aber auch in lokalen Untersuchungen zu einzelnen Universitäten⁶, deren Fakultäten und In-

1 Notker Hammerstein, *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1945*, München 1999.

2 Doris Kaufmann (Hg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2000.

3 Stefan Rebenich, *Zwischen Anpassung und Widerstand? Die Berliner Akademie der Wissenschaften von 1933 bis 1945*, in: Beat Näf (Hg.), *Antike und Altertumswissenschaft in der Zeit von Faschismus und Nationalsozialismus*, Cambridge 2001, 203–244; Wolfgang Fischer (Hg.), *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945*, Berlin 2000.

4 Frank-Rutger Hausmann, »Vom Strudel der Ereignisse verschlungen«. *Deutsche Romanistik im »Dritten Reich«*, Frankfurt a. M. 2000; Frank Rutger Hausmann, *Anglistik und Amerikanistik im »Dritten Reich«*, Frankfurt a. M. 2003; Ursula Wolf, *Litteris et patriae. Geschichtswissenschaft im Dritten Reich. Das Janusgesicht der Historie*, Stuttgart 1996; Karl Christ, *Hellas. Griechische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft*, München 1999; Rüdiger Hohls (Hg.), *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*, Stuttgart 2000.

5 Frank-Rutger Hausmann, »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht«. *Die Deutschen Wissenschaftlichen Institute im Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2001; Frank-Rutger Hausmann, »Deutsche Geisteswissenschaften« im Zweiten Weltkrieg. Die »Aktion Ritterbusch« (1940–1945), Dresden 1998.

6 Hans-Paul Höpfner, *Die Universität Bonn im Dritten Reich*, Bonn 1999; Anne Nagel (Hg.), *Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus*, Stuttgart 2000; Anikó Szabó, *Vertreibung, Rückkehr. Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus*, Göttingen 2000; Herbert Gottwald/Matthias Steinbach (Hgg.), *Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur Jenaer Universität im 20. Jahrhundert*, Jena 2000; Uwe Hoßfeld u. a. (Hgg.), »Kämpferische Wissenschaft«. *Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus*, Köln 2003; Monika Glettler/Alena Miskova (Hgg.), *Prager Professoren 1938–1948. Zwischen Wissenschaft und Politik*, Essen 2001; Theresa Wroblewska, *Die Reichsuniversitäten Posen, Prag und Straßburg als Modelle nationalsozialistischer Hochschulen in den von Deutschland besetzten Gebieten*, Torun 2000.

stituten⁷. Hier will der vorliegende Beitrag anknüpfen, indem er das Seminar für Klassische Philologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) zum Gegenstand seiner Untersuchung macht. Schließlich ist, um eine umfassende Analyse der Universität im Nationalsozialismus zu erreichen, »noch sehr viel an Feldforschung«⁸ zu leisten. Am Beispiel dieses äußerst traditionsreichen Seminars soll, sofern und soweit möglich, die Entwicklung der Institution Universität im Mikrokosmos eines Seminars nachvollzogen werden.

Um die markanten Veränderungen während des Nationalsozialismus, somit auch den Zäsurcharakter des Jahres 1933 zu verdeutlichen, bietet es sich an, zunächst einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Seminars in der Zeit der Weimarer Republik zu geben. Neben dem biographischen und wissenschaftlichen Werdegang einiger ausgewählter Professoren, die auch nach 1933 noch eine Rolle spielten, wird dabei deren unterschiedliche politische Einstellung betrachtet. Indem die Vorgänge am Seminar in die geschichtliche Gesamtentwicklung eingeordnet und die politischen Voraussetzungen berücksichtigt werden, ist die massive Umstrukturierung des Seminars zu verfolgen, die nach den Worten des Münchner Dozentenführers Robert Spindler zum »Aufbau einer nationalsozialistischen Fakultät«⁹ beitragen sollte. Diese Umstrukturierung bestand zum einen in Amtsenthebungen und Ruhestandsversetzungen, durch welche »rassisch« oder politisch unliebsame Professoren wie der Sozialdemokrat Berthold Maurenbrecher und der »judenversippte«¹⁰ Rudolf Pfeiffer, aber auch ältere Professoren wie Albert Rehm und Eduard Schwartz, die einer »nationalsozialistischen Verjüngung«¹¹ des Seminars im Wege standen, aus dem Lehrbetrieb entfernt wurden.

Zum anderen manifestierte sich diese Umstrukturierung in einer vornehmlich vom Dekan der philosophischen Fakultät Walther Wüst und dem Dozentenführer Robert Spindler getragenen und durchgesetzten Berufungspolitik. Diese hatte zum Ziel, junge, fachlich hervorragende Hochschullehrer wie Rudolf Till und Franz Dirlmeier, die sich im Sinne des Nationalsozialismus engagierten, an die Ludwig-Maximilians-Universität München zu berufen. Der Ablauf dieser Berufungsverfahren führt exemplarisch vor Augen, wie sich die Strukturen der Univer-

7 Katja Fausser, *Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Geschichte der Historischen Institute der Universität Münster*, Münster 2000; Helmut Neuhaus, *Geschichtswissenschaft in Erlangen*, Erlangen 2000.

8 Klaus Hildebrand, *Universitäten im »Dritten Reich« – eine historische Betrachtung*, in: Armin Kohnle (Hg.), *Zwischen Wissenschaft und Politik. Festschrift für Eike Wolgast*, Stuttgart 2001, 194–203, 201. Der vorliegende Beitrag beruht auf meiner im Wintersemester 2001/2002 eingereichten Magisterarbeit.

9 UAM, O-N-10 (Dirlmeier), Robert Spindler an den »Kameraden Walther Wüst persönlich« vom 11.7.1937.

10 UAM, E-II-2677, Gutachten Spindlers vom 5.3.1935.

11 BayHStA, AK 5a/71a9, Bergdolt an Rektor vom 3.3.1938.

sität geändert hatten und wie die Auseinandersetzungen der verschiedenen Staats- und Parteistellen unter den Vorzeichen einer »Polykratie der Ressorts«¹² geführt wurden. In unmittelbarem Bezug zu den nationalsozialistischen Neuberufungen stellt sich unweigerlich die Frage, ob die personelle Umstrukturierung auch eine Ideologisierung des Wissenschaftsbetriebes am Seminar nach sich zog. Aus einer Untersuchung des Lehrangebots sowie der Promotions- und Habilitationsthemen läßt sich, soweit es die vorhandenen Quellen erlauben, eine Einordnung des Seminars in Bezug auf den Grad seiner Ideologisierung vornehmen. Um die Frage der Kontinuität zu klären, werden als Abschluß zum einen die Biographien der behandelten Gelehrten nach 1945 weiterverfolgt, zum anderen wird ein kurzer Blick auf die Geschichte des Seminars in der unmittelbaren Nachkriegszeit geworfen.

Der Gefahr, »umfassende eindimensionale Erklärungsmodelle« zu geben, begegnet dieser Beitrag eher durch die Betonung der »Widersprüchlichkeit, der Offenheit der Prozesse und auch der Ungeklärtheit mancher Fragen oder der Unmöglichkeit, sich ihnen zu stellen.«¹³ Grundsätzlich ist festzuhalten, daß es nicht Ziel sein kann, eine weitreichende und abschließende Beurteilung der behandelten Professoren zu leisten, denn dazu wäre eine Untersuchung des gesamten wissenschaftlichen und publizistischen Werkes unabdingbare Voraussetzung. Es soll vielmehr anhand des Fallbeispiels der Klassischen Philologie an der LMU gezeigt werden, wie institutionelle Prozesse ablaufen konnten, welche Veränderungen sich an der Universität beobachten lassen und wie sich Professoren und vor allem Nachwuchswissenschaftler verhalten haben.

Zunächst aber sei die Forschungslage zur Geschichte der Universität München im allgemeinen und zur Klassischen Philologie im besonderen skizziert und der Frage nachgegangen, wie sich grundlegende Erkenntnisse durch die Auswertung von einschlägigem Aktenmaterial und Nachlässen gewinnen lassen. Eine Monographie zur Ludwig-Maximilians-Universität München im Nationalsozialismus liegt bis jetzt noch nicht vor. Lediglich die materialreiche Untersuchung der Jahre 1933–1936 von Helmut Böhm¹⁴ gibt einen Einblick in die nationalsozialistische Umstrukturierung dieser Münchner Hochschule. Was einzelne Institute und Seminare betrifft, kann zu vergleichenden Zwecken nur die Arbeit von Magdalena Bonk herangezogen werden, die sich mit der Deutschen Philologie in München vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Kriegsende beschäftigt.¹⁵ Ergebnisse

12 Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, München 1969, 363.

13 Historiographischer Optimismus. Ein Gespräch zwischen Götz Aly, Werner Lausecker und Albert Müller, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichte* 10 (1999), 132–146, 140.

14 Helmut Böhm, *Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip. Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933–1936)*, Berlin 1995.

15 Magdalena Bonk, *Deutsche Philologie in München. Zur Geschichte des Faches und seiner Vertreter an der Ludwig-Maximilians-Universität vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*, Berlin 1995.

einer Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Seminars für Alte Geschichte konnten für diesen Beitrag nicht fruchtbar gemacht werden, da die nationalsozialistische Epoche nur ganz am Rande behandelt wird. Über die Klassische Philologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München wurde bislang noch nicht geforscht. Ausführliche Paralleluntersuchungen liegen lediglich für die Universitäten Hamburg¹⁶ und Göttingen vor. Die Arbeit von Cornelia Wegeler¹⁷ über die Altertumswissenschaften an der Universität Göttingen ist hier insofern von Nutzen, als ihre Darstellung immer über die lokale Begrenzung hinausgeht und generelle Probleme und Tendenzen anspricht. Auch das Standardwerk von Volker Losemann¹⁸, der über Nationalsozialismus und Antike gearbeitet und zudem seinem Artikel im Neuen Pauly¹⁹ über das gleiche Thema eine vorzügliche aktualisierte Bibliographie angefügt hat, verdankt dieser Beitrag wertvolle Impulse. Die eigentliche Basis der Untersuchung bildet dennoch weniger die wissenschaftliche Literatur, als vielmehr das ungedruckte Quellenmaterial.

Besonders beim Umgang mit Akten der Zeit des Nationalsozialismus ist einmal davon auszugehen, daß Bestände nicht vollständig überliefert sind, sei es durch mutwilliges oder zufälliges Verschwinden von Material. Die dadurch zwangsweise entstandenen Lücken können oft nur mit mehr oder weniger begründbaren Vermutungen geschlossen werden. Zum anderen ist stets zu beachten, daß, zumal in Zeiten der Diktatur, viele Entscheidungen mündlich zu Stande kommen, wodurch deren Entstehung für den Historiker oft nicht mehr im Detail nachvollziehbar ist. Dennoch bieten gerade die Akten des Münchner Universitätsarchivs unter Beachtung dieser Prämissen eine vergleichsweise gute Möglichkeit, die Vorgänge im akademischen Bereich zu rekonstruieren. Neben den Personalakten zu den einzelnen Professoren, denen Informationen zum akademischen Werdegang und der Universitätskarriere entnommen werden können, sind vor allem die Berufsakten heranzuziehen, die eine relativ genaue Rekonstruktion der Abläufe ermöglichen. Auch zu weiteren diesen Beitrag betreffenden Sachbereichen wie dem Skandal zum Stiftungsfest 1935, dem »Fall Nawiasky« sowie zu den Promotions- und Habilitationsverfahren lassen sich zahlreiche Einsichten mittels der Akten des Universitätsarchivs München gewinnen. Ergänzt werden diese Informationen durch die Überlieferung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, das aus

16 Gerhard Lohse, *Klassische Philologie und Zeitgeschehen. Zur Geschichte eines Seminars an der Hamburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus*, in: Eckart Krause u. a. (Hgg.), *Hochschulalltag im »Dritten Reich«*. Die Hamburger Universität 1933–1945, Bd. 2, Hamburg 1991, 775–827.

17 Cornelia Wegeler, »... wir sagen ab der Gelehrtenrepublik«. *Altertumswissenschaft und Nationalsozialismus*. Das Göttinger Institut für Altertumskunde 1921–1962, Wien 1996.

18 Volker Losemann, *Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches »Alte Geschichte« von 1933–1945*, Hamburg 1977.

19 Volker Losemann, *Nationalsozialismus*, in: Manfred Landfester (Hg.), *Der Neue Pauly. Enzyklopädie der Antike*, Bd. 15/1 (Rezeptions- und Wissenschaftsgeschichte), Sp. 725–754.

der Provenienz der Ministerien Personal- und Berufsakten bietet und damit die Korrespondenz zwischen Universität und Bayerischem Kultusministerium bzw. Reichserziehungsministerium nachvollziehbar macht. Ebenso bieten die Spruchkammerakten der Entnazifizierungsprozesse interessante Einblicke. Diese befinden sich, soweit sie bereits von den zuständigen Amtsgerichten abgegeben worden sind,²⁰ im Staatsarchiv München und sind größtenteils vollkommen unbearbeitet. Die Informationen, die dieser Aktengattung zu entnehmen sind, müssen mit äußerster Vorsicht behandelt werden; eine Überprüfung beispielsweise der »Persilscheine« und der von den Angeklagten verfaßten Memoranden anhand anderer Quellen ist unabdingbar. Gerade die Selbsteinschätzungen der Angeklagten sind aber sehr interessante Zeitdokumente, läßt sich doch an ihnen ablesen, wie die Personen nach 1945 ihr eigenes Handeln in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur wahrnahmen.

Eine weitere sehr aufschlußreiche Quellengattung findet sich in den Nachlässen von einigen der behandelten Personen, die in der Bayerischen Staatsbibliothek aufbewahrt werden. Anhand von privaten Dokumenten wie Briefen oder verstreuten Notizen lassen sich einige Vorgänge, die ohne solche persönliche Kommentierung im Dunklen geblieben wären, teilweise aufklären. Da die Nachlässe der Professoren Rudolf Till²¹, Franz Dirlmeier²² und Richard Harder²³ weder in München noch an ihren Wirkungsstätten der Nachkriegszeit existieren, kann auf Grund fehlender persönlicher Aufzeichnungen für diese Personen nicht geklärt werden, welche Motive sie zu einem nationalsozialistischen Engagement bewogen haben. Besonders das Fehlen von Vorlesungskonzepten läßt die inhaltliche Rekonstruktion von Lehrveranstaltungen nicht zu und macht ihre Beurteilung nahezu unmöglich. Anhand der Vorlesungsverzeichnisse der Ludwig-Maximilians-Universität München kann so lediglich ein Überblick über das Lehrangebot gegeben und Tendenzen ausgemacht werden. Ein sehr aufschlußreiches Zeitdokument bildet eine Seminarchronik, die sich in der Institutsbibliothek der Klassischen Philologie befindet. Diese wurde zwischen 1941 und 1945 von Studenten geführt und enthält neben Beiträgen von Professoren vor allem zahlreiches Photomaterial zu diversen Fachschaftsausflügen.

20 Die Akte von Richard Harder liegt noch im AG Starnberg und konnte nicht eingesehen werden; siehe Schreiben des AG Starnberg vom 21.12.2001 an den Verfasser.

21 Brief von Frau Kohlmann, Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg vom 6.11.2001.

22 Brief von Dr. Schlechter, Universitätsbibliothek Heidelberg vom 5.11.2001.

23 Brief von Dr. Haller, Universitäts- und Landesbibliothek Münster vom 27.11.2001 und ein Schreiben von Frau Giesler, Archiv der Universität Münster vom 14.1.2002.

I. DAS SEMINAR BIS ZUR »NATIONALSOZIALISTISCHEN VERJÜNGUNG«²⁴

In den Jahren 1937/38 läßt sich ein deutlicher Einschnitt in der Geschichte des Seminars für Klassische Philologie feststellen, da bis zu diesem Zeitpunkt alle Professoren, die seit dem Kaiserreich oder der Weimarer Zeit in München tätig gewesen waren, ihre Anstellung an der Universität München verloren hatten. Diesem Prozeß der Amtsenthebungen und zwangsweisen Ruhstandsversetzungen ist im folgenden nachzugehen. Verbunden damit soll auch die Reaktion dieser verdrängten Wissenschaftler auf die Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates, die unmittelbar die Institution »Universität« betrafen, dargestellt werden. Zu Beginn aber steht die Zeit der Weimarer Republik im Vordergrund, um anhand der politischen und personellen Vielfalt jener Jahre die Ausmaße der nationalsozialistischen Umstrukturierungsmaßnahmen zu verdeutlichen. Dabei werden kurz die Professoren vorgestellt, die bereits vor dem, aber auch im Nationalsozialismus eine Rolle spielten. Neben der wissenschaftlichen Laufbahn wird dabei die politische Einstellung behandelt, wobei zu fragen ist, ob sich die bei klassischen Philologen allgemein konstatierte Tendenz der »konservativ-traditionellen Weltanschauungen«²⁵ auch am Seminar in München bestätigen läßt.

1. WISSENSCHAFT UND POLITIK – DAS SEMINAR IN DER WEIMARER REPUBLIK

Die Musen lieben Abwechslung
(Vergil, buc. 3,59)

Albert Rehm, seit 1906 Professor für Klassische Philologie und Pädagogik an der Universität München, betonte in seinem Beitrag zur 100-Jahrfeier der Ludwig-Maximilians-Universität München die traditionsreiche »Sonderstellung«, die das Seminar für Klassische Philologie unter allen Instituten der Universität einnehme, da »es [...] in München bereits bestanden [habe], ehe die Universität in die Hauptstadt verlegt war«²⁶. Rehm bezog sich damit auf Friedrich von Thiersch (1784–1860), der bereits 1809 als Professor des Münchner Gymnasiums ein privat betriebenes Philologisches Seminar gegründet hatte, das 1812 verstaatlicht wurde und seitdem die Ausbildung der bayerischen Gymnasiallehrer bestimmte. Im Jahre 1826 betrieb er die Eingliederung des Seminars in die nach München umgezo-

24 BayHStA, AK 5a/71a9, Bergdolt an Rektor vom 3.3.1938.

25 Hans Jürgen Apel, Humanistische Schulbildung 1890–1945. Anspruch und Wirklichkeit der alt- und mittelalterskundlichen Unterrichtsfächer, Wien 1994, 381.

26 Albert Rehm, Das Seminar für klassische Philologie, in: Karl Alexander von Müller (Hg.), Die wissenschaftlichen Anstalten der Ludwig-Maximilians-Universität zu München, München 1926, 168–173, 168.

gene Universität und übernahm als erster Vorstand die Leitung. In den folgenden Jahrzehnten folgten weitere große Gelehrte wie Leonhard von Spengel, Karl von Prantl, Eduard Wölfflin und Otto Crusius einem Ruf nach München und machten das Seminar zu einem der bekanntesten und angesehensten in Deutschland.

In der Weimarer Zeit bestand das Seminar aus drei Ordinariaten,²⁷ die von Eduard Schwartz (seit 1919), Albert Rehm (seit 1906) und Johannes Stroux (seit 1924) bekleidet wurden. Eine enge Verbindung zum erst 1900 gegründeten Seminar für Alte Geschichte bestand einerseits auf wissenschaftlicher Ebene »infolge der engen Verbindung zwischen alter Geschichte und klassischer Philologie«²⁸, andererseits konnte der althistorische Lehrbetrieb nur unter Mitbenutzung der großen Bibliothek der Klassischen Philologie aufrecht erhalten werden. Für dieses Seminar war nur eine Professur vorgesehen, die Walther Otto (1878–1941) seit 1918 innehatte.²⁹ Die Republikfeindlichkeit der alten Eliten, zu denen auch die Professorenschaft zählte, ist hinlänglich bekannt und auf eine Vielzahl von Gründen zurückzuführen, die hier nicht abgehandelt werden können.³⁰ Die Mehrzahl der Professoren konnte sich mit der republikanischen Staatsform nicht anfreunden und betrauerte den Verlust der Monarchie. Aber als Beamter war man loyal, solange dies keine Opfer und Anstrengungen erforderte.³¹ Allerdings darf für diese Gruppe, die politisch nicht agitierte, ein recht ähnliches Grundverständnis angenommen werden, wie bei der sich lautstark deutschnational artikulierenden Fraktion. Beiden Gruppen war die Sehnsucht nach dem »vielverschiedenen ›Ob-rigkeitsstaat« gemeinsam, den Thomas Mann in seinen »Betrachtungen eines Unpolitischen« als »die dem deutschen Volke angemessene, zukömmliche und von ihm im Grunde gewollte Staatsform«³² bezeichnete. Die Zugehörigkeit zu bestimmten Parteien wie der DVP oder DNVP sollte die Ablehnung gegenüber den Parteien zeigen, die, wie das Zentrum, die DDP und die SPD, die Weimarer Reichsverfassung geschaffen hatten³³ und damit nach Meinung der alten Eliten

27 Angegliedert war ein 4. Ordinariat, das sich mit nachantiker christlicher lateinischer Literatur beschäftigen sollte, seit 1905 von Karl Weymann bekleidet, nach dessen Tod 1932 nicht wieder besetzt und 1934 unter den Zeichen der »neuen Zeit« in eine Professur für Vor- und Frühgeschichte umgewandelt wurde.

28 Walter Otto, Das Seminar für alte Geschichte, in: Karl Alexander von Müller (Hg.), Die wissenschaftlichen Anstalten der Ludwig-Maximilians-Universität zu München, München 1926, 175–177, 176.

29 Vgl. zur Althistorie an der Münchner Universität Jakob Seibert (Hg.), 100 Jahre Alte Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München (1901–2001), Berlin 2002.

30 Vgl. Fritz Ringer, *The Decline of the German Mandarins*, Cambridge/Mass. 1969 und Kurt Sontheimer, Die deutschen Hochschullehrer in der Zeit der Weimarer Republik, in: Klaus Schwabe (Hg.), *Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815–1945*, Boppard am Rhein 1988, 215–225.

31 Helmut Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz*, Bd. 1: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München 1991, 37.

32 Thomas Mann, *Die Betrachtungen eines Unpolitischen*, Berlin 1918, Vorrede Lässigkeit II.

33 Wolfgang Abendroth, Die deutschen Professoren und die Weimarer Republik, in: Jörg Tröger

den Frieden von Versailles mit der Anerkennung der Kriegsschuld, der Reparationen und der territorialen Zugeständnisse erst möglich gemacht hatten.

Daß diese Einstellung für die Professorenschaft der Klassischen Philologie in München nur bedingt galt, zeigt das breite Spektrum der politischen Orientierungen in der Zeit der Weimarer Republik, das von der nationalkonservativen und republikfeindlichen bis hin zur sozialdemokratischen Überzeugung reichte. Eduard Schwartz stellte dabei das beste Beispiel für eine deutschnationale und antirepublikanische Gesinnung dar. Er wurde am 22. August 1858 in Kiel geboren, studierte Klassische Philologie in Göttingen, Bonn (bei Hermann Usener), Berlin (bei Theodor Mommsen) und Greifswald (bei Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf), wurde 1880 in Bonn promoviert und habilitierte sich 1884. Nach Professuren in Rostock, Gießen, Straßburg, Göttingen und Freiburg war er während des Ersten Weltkrieges als Ordinarius und Rektor (1915/16) wieder in Straßburg tätig. »Dem durch den Verlust Straßburgs heimat- und amtlos gewordenen Flüchtling« bot dann die Universität München nach eigener Aussage »trotz seinen 60 Jahren eine neue, bedeutende Stätte des Wirkens«³⁴. Hier lehrte er als Ordinarius noch zehn Jahre Griechische Philologie und wurde zum 1. April 1929 emeritiert, hielt aber weiterhin Vorlesungen und blieb so der Universität eng verbunden. Seine Hauptarbeitsgebiete waren die griechischen Historiker³⁵ und die Akten der alten ökumenischen Konzilien, die er von 1914 bis 1940 in 13 Bänden edierte.³⁶ Sein 13 Jahre jüngerer Kollege in München, Albert Rehm, ordnete ihn so ein: »Mommsen – Wilamowitz³⁷ – Schwartz, sie erschienen uns Jüngeren noch in einem höheren Sinn als das Dreigestirn, als sie das durch ihre Verbindung im Leben waren.«³⁸ Neben seiner Mitgliedschaft in zahlreichen Akademien, etwa in Berlin, Petersburg und Stockholm, war er besonders an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften engagiert, der er von 1927 bis 1930 als Präsident vorstand.³⁹

(Hg.), Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1984, 11–26, 19.

34 UAM, E-II-3097, Antwortschreiben von Schwartz auf ein Glückwunschsreiben der Universität zu seinem 80. Geburtstag vom 6.9.1938.

35 Ein Schriftenverzeichnis gibt Albert Rehm, Eduard Schwartz' wissenschaftliches Lebenswerk. Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-historische Abteilung, Jg. 1942, Heft 4, München 1942.

36 Rudolf Pfeiffer, Klassische Philologen, in: Geist und Gestalt. Biographische Beiträge zur Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 1959, 113–140, 139.

37 Der Althistoriker Theodor Mommsen (1817–1903) und der Altphilologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf (1848–1931) waren neben Schwartz die bedeutendsten Altertumswissenschaftler ihrer Zeit.

38 Rehm (wie Anm. 35) 7.

39 Monika Stoermer, Bayerische Akademie der Wissenschaften, in: Christoph Scriba (Hg.), Die Elite der Nation im Dritten Reich – Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus, Halle 1995, 89–113, 93.



*Eduard Schwartz (1935)
(Schwartz, Gustav: Alles ist Übergang zur Heimat.
Mein Elternhaus. Eduard Schwartz und die Seinen in
ihrer Zeit 1897–1941, Privatdruck 1964, 84)*

Die beiden bestimmenden politischen Ereignisse seines Lebens beschrieb er selbst in einem Zeitungsartikel von 1931: »Als Zwölfjähriger Bub half ich am 18. Januar 1871 in der Fensterreihe meines väterlichen Hauses in Göttingen die Lichter aufzustellen und anzuzünden zur Feier des Tages, der Deutschland wieder einen Kaiser gegeben hatte. Sechzigjährig fuhr ich am 15. November 1918 aus Straßburg, der Heimat meiner Wahl, hinaus, um den Einzug der Franzosen nicht zu erleben; mein Leben schien auszulaufen in eine schrille Dissonanz.«⁴⁰ Seine tiefe Verwurzelung im Kaiserreich, der Verlust seiner Lehrstätte und des persönlichen Eigentums in Straßburg sowie der »Heldentod« zweier Söhne in einem Krieg, der seiner Meinung nach wegen der Revolution in der Heimat nicht gewonnen worden war, führte zu einer expliziten Ablehnung der neuen Staatsform, die er öffentlich zu äußern nicht müde wurde. Im Kaiserreich Vorstandsmitglied der Nationalliberalen Partei in Gießen (1893–97) und Göttingen (1906–09) verließ er diese im Jahr 1918, weil sie sich der »demokratischen Welle«⁴¹ angeschlossen habe und begründete in einem deutlichen Rechtsruck die deutschnationale Partei in Bayern mit. Die bayerische DNVP, die eindeutig verfassungsfeindliche Positionen vertrat, verließ er erst 1931 wegen des extremen Kurses der Partei unter Alfred Hugenberg gegen die Regierung Brüning.⁴²

Neben vielen anderen publizistischen Äußerungen⁴³ ist die Rede zur Reichsgründungsfeier an der Universität München am 17. Januar 1925 ein deutliches

40 Eduard Schwartz, »Das Reich ist doch geblieben«, Münchner Zeitung vom 18.1.1931.

41 BayHStA, MK 17968, Brief an gebildete Wähler und Wählerinnen vom 19.2.1920.

42 UAM, E-II-3097, Personalbogen o. D.

43 Im ersten Band der Gesammelten Schriften (Berlin 1938) findet man unter anderen folgende Aufsätze: »Das Ende der Straßburger Universität« (259–265) und »Die Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg und ihre Bedeutung für Deutschland« (266–281).

Beispiel für sein patriotisch-völkisches und antidemokratisches Denken. Die Wiederaufnahme der Feierlichkeiten sah Schwartz schon allein darin gerechtfertigt, daß gerade diese »jämmerliche Gegenwart« es nicht erlaube, den »Gedenktag deutscher Größe in das gemeine Alltagsgetriebe hinabzustoßen: es wäre ein Verrat an der einzigen Wirklichkeit, die uns geblieben ist, an der Erinnerung«⁴⁴. In seiner Rede gedachte Schwartz der großen Leistungen des »deutschen Herrenvolks«, stellte ihnen in chauvinistischer Manier die »Phrasen des welschen Unterdrückers« entgegen und beklagte die »sittliche Fäulnis, die landfremdes Spekulantentum bis in die Kreise derer, die dem Volke ein Vorbild zu sein berufen sind, hineingeschleppt hat und deren giftige Dünste uns jetzt schier den Atem nehmen.«⁴⁵ Mit revanchistischem Unterton wurde des Verlustes von Tirol als eines Unrechts gedacht, »das seine Sühne finden muß, früher oder später«⁴⁶.

Eine etwas gemäßigtere politische Einstellung vertrat Albert Rehm, der zweite Ordinarius für Klassische Philologie. Am 15. August 1871 geboren, studierte er Klassische Philologie und Geschichte in München und Göttingen und wurde 1896 promoviert. Bevor er 1906 einen Ruf als ordentlicher Professor für Klassische Philologie und Pädagogik an die Universität München erhielt, war er von 1895 bis 1906 als Gymnasiallehrer in München, Regensburg und Ansbach tätig. Sein hohes Ansehen zeigte sich unter anderem darin, daß er 1930/31 das Rektorat der Universität bekleidete. Rehms Forschungsschwerpunkte lagen in antiker Astronomie, Meteorologie und Technik sowie griechischer Epigraphik.⁴⁷ Als Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften war er auch am Thesaurus Linguae Latinae (ThLL)⁴⁸ maßgeblich beteiligt. Diese Kommission der Akademie stellt seit 1894 bis zum heutigen Tag das umfassendste Wörterbuch der lateinischen Sprache her.

Zahlreiche Zeitungsaufsätze und selbständige Publikationen »zeugen von unentwegter, ja auch kämpferischer Beteiligung an allen Bildungsfragen in den Reformzeiten des Jahrhundertanfangs und der Jahre nach dem ersten Weltkrieg«⁴⁹. Einen guten Hinweis auf seine politische Einstellung bietet sein Verhalten als Rek-

44 Eduard Schwartz, Rede zur Reichsgründungsfeier der Universität München am 17. Januar 1925, München 1925, 3.

45 Ebd., 11 und 17.

46 Ebd., 7.

47 UAM, E-II-2768, Personalbogen o. D.

48 Vgl. Dietfried Krömer (Hg.), Thesaurus-Geschichten. Beiträge zu einer Historia Thesauri Linguae Latinae von Theodor Bögel (1876–1973), Leipzig 1996 und Dietfried Krömer (Hg.), Wie die Blätter am Baum, so wechseln die Wörter. 100 Jahre Thesaurus Linguae Latinae, Leipzig 1995.

49 Heinz Haffter, Nachruf auf Albert Rehm, Gn 22, 1950, 315–318, 315; es seien genannt: »Die Frage des freireligiösen Unterrichts«, Münchner Neueste Nachrichten vom 15.12.1913; »Der Weltkrieg und das humanistische Gymnasium«, München 1916; »Die Lehrerbildung in Bayern«, Aschaffener Zeitung vom 24.7.1930, Nr.168.



Albert Rehm (1910)
(Baethgen, Friedrich (Hg.): Geist und Gestalt. Biographische Beiträge zur Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. III, München 1959, 212)

tor während der Studentenkrawalle im Sommer 1931. Hans Nawiasky, Ordinarius für Strafrecht, hatte in einer Vorlesung laut einem Artikel im NSDAP-Parteiorgan »Völkischer Beobachter« den Versailler Vertrag mit den Friedensabschlüssen von Brest–Litowsk und Bukarest⁵⁰ in ungehöriger Weise verglichen und somit das »Schanddiktat« von 1919 verteidigt.⁵¹ Obwohl die Aussage des »Völkischen Beobachters« in dieser zugespitzten Weise unhaltbar war, wie eine Rechtfertigung Nawiaskys und das Ergebnis der Untersuchungskommission in der Folge verdeutlichten, kam es in den Tagen darauf zu gewalttätigen Ausschreitungen an der Universität München, die durch den Nationalsozialistischen Studentenbund angezettelt worden waren und am 30. Juni 1931 in der polizeilichen Räumung des Gebäudes und einer einwöchigen Schließung der Universität gipfelten.⁵²

Albert Rehm, der als Rektor den Untersuchungsausschuß zu diesen Vorgängen leitete, stellte sich zwar einerseits schützend vor seinen Professor und verurteil-

50 Der Vertrag von Brest-Litowsk wurde am 3.3.1918 zwischen Rußland und dem Deutschen Reich abgeschlossen. In einem »Diktatfrieden« wurde Rußland gezwungen auf teilweise russisch bewohnte Gebiete wie Polen, Litauen, Finnland und das Baltikum zu verzichten. Der Vertrag von Bukarest wurde am 7.5.1918 zwischen dem Deutschen Reich, den Mittelmächten und Rumänien abgeschlossen. Er war für Rumänien besonders hart, da er die Abtretung der Dobrudscha an Bulgarien und die Nutzung der rumänischen Ölvorräte durch das Deutsche Reich beinhaltete. Die Härte der Friedensverträge und die gewaltsame Durchsetzung durch die Stellung von Ultimaten stellt Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, 579–612, insbesondere 604f. und 609f. deutlich heraus.

51 »Ein feiner Münchener Hochschulprofessor. Nawiasky verteidigt das Versailler Diktat«, in: Völkischer Beobachter vom 26.6.1931.

52 Siehe Florian Hermann, Hans Nawiasky, in: Hermann Nehlsen (Hg.), Münchener rechtshistorische Studien zum Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1996, 411–444, 418ff.; danach fiel bei der Vorlesung lediglich die Bemerkung, Deutschland habe mit seinen harten Verträgen von Bukarest und Brest-Litowsk gefährliche Vorbilder für das »Diktat von Versailles« geschaffen. Vgl. auch die ausführliche Darstellung der Vorgänge durch Michael Behrendt im vorliegenden Band.

te die Gewalttätigkeit der nationalsozialistischen Studenten aufs schärfste, wenn auch die tatsächliche Bestrafung eher milde ausfiel,⁵³ rügte ihn aber andererseits in einer Stellungnahme des Senats folgendermaßen: »Der Zusammenhang [...] hätte doch eine ausdrückliche und eindeutige Ablehnung des in der Weltgeschichte einzig dastehenden Gewaltfriedens von Versailles erwarten lassen [...]. Der Abwehrwille des deutschen Volkes gegen Versailles wird innerlich erschüttert und gelähmt, wenn man sagen kann, daß uns nur geschehen sei, was wir anderen zugedacht hätten [nämlich in den Verträgen von Brest-Litowsk und Budapest, MS], und wenn uns das Ausland diesen Vorhalt unter Berufung auf deutsche Professoren machen könnte.«⁵⁴ An der Ablehnung des Friedens von Versailles ließ Rehm damit keinen Zweifel. Wie die meisten seiner Kollegen versäumte auch er es, sich im »Fall Nawiasky« eindeutig mit dem Angegriffenen solidarisch zu zeigen und brachte damit seine ambivalente Haltung zur Republik zum Ausdruck. Auch der Wechsel von der Fortschrittlichen Volkspartei, der er von 1910 bis 1918 angehört und die er wegen der Haltung der Partei in der Revolution verlassen hatte, zur DVP,⁵⁵ die »gerade noch auf dem äußersten Rand des Bodens der Republik«⁵⁶ stand, verdeutlichen seine Zweifel an der neuen Staatsform.

In Verbindung mit dem »Fall Nawiasky« stand auch der nichtbeamtete außerordentliche (n. b. a. o.) Professor Berthold Maurenbrecher, der als überzeugter Sozialdemokrat einer der wenigen aktiven Verteidiger der jungen Demokratie an der Universität München war. Mit einem Brief an Rektor Rehm vom 2. Juli 1931 trug Maurenbrecher maßgeblich zur Identifizierung des Rädelsführers der Krawalle, des NSDStB-Mitgliedes Gottfried Neeße, bei und sagte auch im Untersuchungsausschuß gegen ihn aus, was unmittelbar zu dessen Verurteilung führte.⁵⁷ Wie mutig und zugleich gefährlich dieses Verhalten war, zeigen die offen ausgesprochenen Drohungen des NSDStB, auf die weiter unten eingegangen wird.

Berthold Maurenbrecher, Jahrgang 1868, studierte in Leipzig und Bonn, wurde 1891 promoviert und war dann als Bibliothekar in Leipzig und als Privatdozent in Halle tätig, bevor er 1906 nach München kam, um bis 1913 eine Redakteurstelle beim ThLL zu versehen. Nach erfolgreicher Habilitation 1913 wurde er zum n. b. a. o. Professor für Klassische Philologie ernannt.⁵⁸ Am Seminar für Klassische Philologie war er vor allem mit der Abhaltung von Elementarkursen beauftragt,

53 UAM, G-XVI-34,1, Aussprache einer »entschiedenen Rüge und neuerlichen scharfen Verwarnung« durch den Rektor am 29.7.1931 und als Disziplinarstrafe die Androhung der Wegweisung von der Universität für die Rädelsführer.

54 Ebd., Protokoll des Untersuchungsausschusses vom 11.7.1931.

55 UAM, E-II-2768, Personalbogen o. D.

56 Heiber (wie Anm. 31) Bd. I, 37.

57 UAM, G-XVI-34,1, Protokoll des Untersuchungsausschusses vom 15.7.1931.

58 UAM, E-II-2408, Personalbogen o. D.

die den Studenten das nötige Grundwissen in Grammatik und Stil vermitteln sollten. Diese Kurse leitete er nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, da n. b. a. o. Professoren sich allein durch ihre Kollegelder finanzieren mußten, deren Höhe immer von der Teilnehmerzahl abhing.

Als bekennender Anhänger der SPD, deren Mitglied er von 1922 bis zum Februar 1933 war, stellte er für ein altphilologisches Seminar, dessen Professoren doch in ganz Deutschland in der Regel stets politisch eher konservative Ansichten vertraten,⁵⁹ eine seltene Ausnahme dar. Bereits im Januar 1931 bekam er die Aggressivität der nationalsozialistischen Studenten zu spüren, als eine Versammlung des »Deutschen Studentenverbandes« von NSDStB-Mitgliedern mit Tränengas gesprengt wurde, gerade als Maurenbrecher seinen Vortrag über »Gedanken zur Hochschulreform« hielt. Die *Münchener Post*, eine der SPD nahe stehende Zeitung, titelte damals: »Hakenkreuzlummel sprengen eine Versammlung.«⁶⁰

Auf die »Nawiasyckrawalle« reagierte Maurenbrecher mit einem Artikel »Kampf um Hochschule und Republik«, der von der »Berner Tagwacht«, dem Publikationsorgan der SPD in der Schweiz, und der »Delmenhorster Volkswacht« am 8. Juli 1931 jeweils auf der Titelseite gedruckt wurde. Warum dieser Artikel nicht in einer Münchner Zeitung, beispielsweise in der »Münchner Post«, erschien, ist heute nicht mehr zu klären. Vielleicht wollte die Münchner Presse ein so heißes Eisen nicht anfassen oder Maurenbrecher war es zu gefährlich, direkt in München mit seinen Äußerungen in Erscheinung zu treten. Jedenfalls verurteilte er die Unruhen darin auf das schärfste und warf der Universitätsleitung, also dem Rektor und dem Senat, Versagen vor. Als Anführer des Aufruhrs stellte Maurenbrecher Studierende heraus, die von ihren Eltern mit »hohem Wechsel« ausgestattet aus »gutbürgerlichen Häusern stammen« und sich als »Vortrupp oder Kanonenfutter der Nazis mißbrauchen lassen.« Er führte dieses Verhalten nicht zuletzt auf die politische Einstellung der meisten Schul- und Hochschullehrer zurück, die er als »Mußrepublikaner« und »Feinde der Republik« bezeichnete. Weiterhin setzte er sich für die Erhaltung der »Lehrfreiheit« ein, forderte aber die »nötige Parität«, die er am Beispiel der fünf Münchner Geschichtsprofessoren, die »entweder streng katholisch oder radikal rechtsdeutschnational oder beides sind«, nicht gegeben sah. Der Artikel endete mit einem Aufruf zu stärkeren Ordnungs- und Aufsichtsmaßnahmen. Zu diesem Zwecke sollten »Kuratoren im Alten Sinn« eingesetzt werden, die nur von zuverlässigen »republikanischen Beamten« gestellt werden könnten.⁶¹

59 Wegeler (wie Anm. 17) 198.

60 *Münchener Post* vom 19.1.31.

61 Alle Zitate nach Berthold Maurenbrecher, »Kampf um Hochschule und Republik«, in: *Berner Tagwacht* vom 8.7.1931.

Auf diesen Artikel antwortete das »Propagandablatt«⁶² des NSDStB, »Die Deutsche Revolution«, zu Beginn des Jahres 1932. Maurenbrecher wurde als »Freiheitsapostel« und »Marxistenprofessor« diffamiert und man warf ihm vor allem vor, daß er das Bild der deutschen Studenten im Ausland geschädigt habe. Deshalb forderte das Blatt die Bestrafung des Professors und begründete dies mit der rhetorischen Frage: »Reicht die Lehrfreiheit bis in die Spalten eines ausländischen Schmutzblattes?« Der Artikel schloß mit direkten Drohungen, die für Maurenbrecher nach 1933 nicht ohne Folgen bleiben sollten: »Nun, die ewige Vergeltung hat Sie schon zu den ›überaus beliebten‹ Nawiasky, Dehn und Gumbel⁶³ gereiht, und sie schickt sich an, den unauslöschlichen Schlußstrich unter die Schande zu ziehen.«⁶⁴ Von seinem mutigen Einschreiten für die republikanische Verfassung ließ sich Maurenbrecher auch von solchen Drohungen nicht abbringen.

Neben diesen politisch aktiven Professoren gab es Gelehrte wie Rudolf Pfeiffer, die sich nicht politisch engagierten. Am 28. September 1889 in Augsburg geboren, studierte er Germanistik und Klassische Philologie in München bei Otto Crusius und wurde 1913 promoviert. Nach einer Tätigkeit als Staatsbibliothekar und einem Studienjahr in Berlin bei Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf habilitierte er sich 1921 bei Eduard Schwartz in München. In der Folge hatte er Professuren in Berlin, Frankfurt und Freiburg inne und konnte 1929 bei der Emeritierung seines Lehrers Eduard Schwartz wieder in München lehren, womit er »einen der ersten Lehrstühle Deutschlands«⁶⁵ innehatte. Seine Forschungsschwerpunkte lagen in der griechischen Dichtung und der Geschichte der Klassischen Philologie. In politischer Hinsicht sind bei ihm keine Äußerungen festzustellen: Weder war er in einer Partei aktiv noch trat er publizistisch mit seiner Meinung an die Öffentlichkeit.

Um ein komplettes Bild des althilologischen Seminars zu geben, seien noch die anderen habilitierten Dozenten des Seminars gegen Ende der Weimarer Zeit erwähnt, auf die ansonsten nicht näher eingegangen werden kann. Seit 1924 lehrte Johannes Stroux (1886–1954)⁶⁶ als Ordinarius für lateinische Philologie an der Universität München. Johannes Rubenbauer (1885–1963) war seit Mai 1922

62 Anselm Faust, *Der Nationalsozialistische Studentenbund*, Bd.1, Düsseldorf 1973, 140.

63 Emil Julius Gumbel war Extraordinarius für Statistik an der Universität Heidelberg und wurde wegen seiner sozialistischen Einstellung ebenso zur Zielscheibe für Angriffe des NSDStB wie Pfarrer Günther Dehn, der als Professor für praktische Theologie in Halle sich offen für den Pazifismus aussprach; vgl. Faust (wie Anm. 62) Bd.2, 57–73.

64 »Nun auch noch der Fall Maurenbrecher«, in: *Deutsche Revolution* vom 19.1.1931.

65 Winfried Bühler, Nachruf auf Rudolf Pfeiffer, in: *Gnomon* 52 (1980) 402–410, 405; siehe auch Marion Lausberg (Hg.), *Philologia Perennis. Colloquium zu Ehren von Rudolf Pfeiffer*, Augsburg 1996.

66 Vgl. Fridolf Kudlien, Johannes Stroux (1886–1954), in: *Eikasmos IV* (1993) 357–363; Eckart Mensching, *Nugae zur Philologie-Geschichte VII*, Berlin 1994.

als Privatdozent, seit November 1933 als n. b. a. o. Professor⁶⁷ an der Universität beschäftigt und arbeitete neben seiner Lehrtätigkeit hauptsächlich am ThLL. Richard Harder wurde im Zuge der Bemühungen Rosenbergs, in München eine Außenstelle seiner Hohen Schule zu errichten, gegen den Widerstand der Münchner Fakultät berufen und errichtete das Institut für Indogermanische Geistesgeschichte.⁶⁸

2. AMTSENTHEBUNGEN NACH 1933

*Ich habe heute die Mitteilung erhalten, daß ich nach dem bekannten § 6 (zur Vereinfachung der Verwaltung) abgebaut sei; der wahre Hintergrund kann nur meine Frau sein.⁶⁹
(Rudolf Pfeiffer an Eduard Schwartz)*

Die erste große Veränderung im neuen Staat kam für die deutsche Professorenschaft mit dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933.⁷⁰ Wie hinlänglich bekannt, sollte mit diesem Gesetz die »Ausschaltung von politisch unerwünschten Personen und von Juden aus dem öffentlichen Leben«⁷¹ bewerkstelligt werden. Bis zu den Nürnberger Rassegesetzen 1935 wurde dieses Gesetz durch viele Durchführungsverordnungen verschärft, so daß dem nationalsozialistischen Staat bald alle Möglichkeiten offen standen, willkürliche Personalpolitik zu betreiben. Durch eine großangelegte Fragebogenaktion wurden alle Beamten im Reich erfaßt, um ihre politische Vergangenheit und »arische« Abstammung zu überprüfen.

Auch an der Universität München mußte sich der gesamte Lehrkörper dieser Prozedur, die von Mai bis Juli 1933 dauerte, unterziehen. Neben Angaben zur Person war von den Befragten vor allem der »Ariernachweis« für sich und ihre Ehefrauen zu erbringen und ihre Parteizugehörigkeiten vor dem 30. Januar 1933 einzutragen. Zwei Angehörige der Klassischen Philologie mußten hier Angaben machen, die über kurz oder lang zur ihrer Entlassung aus dem Universitätsdienst führen sollten: Berthold Maurenbrecher gab als überzeugter Sozialdemokrat sei-

67 UAM, E-II-2863, Personalbogen o. D.

68 Seine Rolle als Vertreter Rosenbergs an der Universität München wird ausführlich in meiner Dissertation über den letzten und bedeutendsten »Führer-Rektor« der LMU, Walther Wüst, behandelt.

69 BSB, Schwartziana II A (Pfeiffer), Pfeiffer an Schwartz vom 30.6.1937.

70 Ausführlich dazu Sigrun Mühl-Benninghaus, Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1996 und Helmut Böhm, Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip. Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933–1936), Berlin 1995, 105–130.

71 Ebd., 105.

ne ehemalige Parteizugehörigkeit an, und Rudolf Pfeiffer konnte die »arische« Abstammung seiner Frau nicht nachweisen.⁷²

DIE AMTSENTHEBUNG VON BERTHOLD MAURENBRECHER

Die publizistischen Äußerungen Maurenbrechers wurden bereits erwähnt; er war politisch gesehen kein unbeschriebenes Blatt, sein Eintreten für die Republik und gegen die nationalsozialistische Bewegung kein Geheimnis. Trotzdem kam das BBG bei ihm zunächst nicht zur Anwendung. Erst nach zweifacher Denunziation wurde im Bayerischen Kultusministerium über seinen Fall verhandelt. Die erste anonyme Denunziationsschrift ist nicht erhalten. Nur eine Eingabe Maurenbrechers, der berichtet, von seinem Kollegen Albert Rehm erfahren zu haben, »daß gegen ihn eine Anzeige seitens des Kreises VII der deutschen Studentenschaft vorliege«⁷³ und daß Hans Schemm⁷⁴ ein Verfahren gegen ihn einleiten wolle, zeigt, um welche Anschuldigungen es sich gehandelt haben muß. Motiviert durch die Angst, seinen Unterhalt zu verlieren, versuchte Maurenbrecher in einem Schreiben an das Kultusministerium in unterwürfigem Ton seine früheren sozialdemokratischen Aktivitäten herunterzuspielen. Auch sein im Februar 1933 erfolgter Parteiaustritt scheint darauf hinzudeuten, daß er sich zumindest in der Öffentlichkeit nach der »Machtergreifung« nicht mehr sozialdemokratisch engagierte, wohl begründet durch die Verpflichtung seiner großen Familie gegenüber.

Er wehrte sich mit Verweis auf seinen Großvater, der Erzieher von Wilhelm II. gewesen war, gegen den Vorwurf, Jude zu sein und widersprach der Anklage, er sei »Marxist«: »Ich habe in zahlreichen Vorträgen, sehr zum Ärger meiner früheren Parteigenossen, auch unter Gegenwart lieber junger nationalsozialistischer Kommilitonen, gegen die materialistische Geschichtsauffassung angekämpft.«⁷⁵ In Verleugnung eigener Überzeugungen versuchte er, Kultusminister Schemm für sich zu gewinnen, indem er darauf hinwies, daß die Erwähnung antiker Demokratien in Vorlesungen Gelegenheit gegeben habe, die moderne Demokratie sehr ironisch zu behandeln, »was stets von den Kommilitonen freudig, von den Nationalsozialistischen begeistert begrüßt wurde, und was, wie ich vermute, Euer Hochwohlgeboren nicht unsympathisch sein dürfte.« Im folgenden machte er noch seine

72 UAM, E-II-2677, Fragebogen vom 2.5.1937.

73 BayHStA, MK 17859, Maurenbrecher an den »Herrn kommissarischen Kultusminister Schemm« vom 6.4.1933.

74 Hans Schemm war zu dieser Zeit der kommissarische Kultusminister, Gauleiter der bayerischen Ostmark und Führer des NS-Lehrerbundes. Oft griff der AltPg. persönlich in Personalentscheidungen willkürlich ein; vgl. Franz Kühnel, Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891–1935), Nürnberg 1985.

75 BayHStA, MK 17859, Maurenbrecher an den »Herrn kommissarischen Kultusminister Schemm« vom 6.4.1933.

PROFESSOR VON HITLERS GNADEN: DER MÜNCHNER NEUZEITHISTORIKER ULRICH CRÄMER (1907–1992)

von Karsten Jedlitschka

EINFÜHRUNG

Ende des Jahres 1939 wurde im Alter von nur 32 Jahren ein bis dahin weitgehend unbekannter Privatdozent, der erst wenige Jahre zuvor von Jena nach München gewechselt war, an der Universität der »Hauptstadt der Bewegung« auf das Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte berufen. Dem bereits früh in der nationalsozialistischen Bewegung engagierten Jungwissenschaftler war damit – gegen den Widerstand mancher Konkurrenten innerhalb der Partei – eine Karriere von atemberaubendem Tempo gelungen. Sein Name: Ulrich Crämer.

Schon als Student an den Universitäten Heidelberg, Königsberg, Wien und Rostock war Crämer früh mit völkisch-nationalistischem Gedankengut in Kontakt gekommen. An der »Grenzlanduniversität« Königsberg schloß er sich der »Deutsch-Akademischen Gildenschaft« an, einer bündisch verfaßten Korporation mit volkstumpolitischer Ausrichtung, in der auch Junghistoriker wie Ernst Anrich, Werner Conze oder Theodor Schieder aktiv waren.¹ Zu dieser Prägung trat in Wien die Begeisterung für die ständestaatlich-autoritären Gedanken des dort lehrenden Soziologen Othmar Spann, der dem eifrigen Schüler auch Gelegenheit zu ersten Veröffentlichungen bot.² An der Universität Rostock erfolgte dann der Eintritt in den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, bevor sich Crämer schließlich im Februar 1930 der NSDAP anschloß.

Nach der Promotion, die er bei Willy Andreas mit einer Arbeit über die Ge-

1 Zur jugendbewegt-bündischen »Deutsch-Akademischen Gildenschaft«, die sich als Avantgarde einer neuen völkischen Gemeinschaft verstand, vgl. Karl-Eckhard Hahn, Geschichte der Deutschen Gildenschaft, in: Schriften der Deutschen Gildenschaft. Sonderheft 3 (1998) 23–65; Ingo Haar, »Revisionistische« Historiker und Jugendbewegung, Das Königsberger Beispiel, in: Peter Schöttler (Hg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt a. M. 1997, 52–103, hier 54–69. Bei der folgenden Darstellung handelt es sich um die Zusammenfassung der entsprechenden Abschnitte meiner im Herbst 2003 an der Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften der Universität München eingereichten Dissertation; siehe Karsten Jedlitschka, Wissenschaft und Politik. Der Fall des Münchner Historikers Ulrich Crämer (1907–1992), Berlin 2006.

2 Crämer verfaßte einige Rezensionen für die von Spann herausgegebenen Zeitschriften »Nationalwirtschaft. Blätter für organischen Wirtschaftsaufbau« und »Ständisches Leben. Blätter für organische Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte«. Siehe dazu das Literaturverzeichnis Ulrich Crämers mit den vollständigen bibliographischen Angaben in meiner Dissertation (wie Anm. 1).

schichte Straßburgs im 16. und 17. Jahrhundert ablegte,³ ging Crämer nach Weimar, um dort die Grundlagen für seine weitere Karriere zu legen. Dabei fuhr der ehrgeizige Nachwuchshistoriker zweigleisig. Zum einen konnte er sich durch eigene Forschungen im Rahmen seiner Mitarbeit im »Carl-August-Werk«, eines von seinem Lehrer Andreas geleiteten Großprojekts über den Weimarer Herzog und Freund Goethes, Carl August von Weimar, die Basis für die ersehnte akademische Laufbahn schaffen.⁴ Andererseits zeigte er durch den Beitritt in SA und SS Ende des Jahres 1930, wie ernst es ihm mit dem Engagement für den Nationalsozialismus war. Damit dürfte er innerhalb der Historikerschaft konkurrenzlos an vorderster Stelle stehen.⁵ Dieser Einsatz – der junge Historiker diente in den ersten Monaten nach der Machtergreifung auch als Hilfspolizist und Schulungsleiter im »Rasse- und Siedlungsamt« der SS und sekundierte dem Regime publizistisch durch die Verherrlichung des Nationalsozialismus⁶ – zahlte sich auch bald aus. Im Frühjahr 1934 wurde Crämer, der sich bereits im Jahr 1932 durch eine 150seitige Denkschrift zur »Reichsreform«, also zur Frage einer territorialen Neugliederung des Deutschen Reiches, profiliert hatte,⁷ als kommissarischer Referent ins Reichsministerium des Innern (RMDI) nach Berlin bestellt. Parallel konnte er sich, gestützt auf seine guten Beziehungen zur Partei, im Jahr 1934 an der betont nationalsozialistisch ausgerichteten Universität Jena mit einer Studie zur politischen Korrespondenz Carl August von Weimars habilitieren.⁸ Als Ende 1935 alle Arbeiten an der »Reichsreform« eingestellt werden mußten, konnte der »Politikberater« Crämer problemlos wieder in die akademische Laufbahn wechseln. Nicht zuletzt die Unterstützung des Reichsinnenministers Wilhelm Frick und des Thüringischen

3 Ulrich Crämer, *Die Verfassung und Verwaltung Straßburgs von der Reformationszeit bis zum Fall der Reichsstadt (1521–1681)*, Frankfurt a. M. 1931.

4 Vgl. Ulrich Crämer, *Ein Beitrag zu den militärischen Denkschriften Carl Augusts von Weimar; ders., Unbekanntes aus Goethes politischer Tätigkeit; ders., Nachträge zur Politischen Korrespondenz Carl Friedrichs von Baden und Carl August von Weimar in den Jahren 1794 und 1797/98* (vgl. Anm. 2).

5 Selbst gegenüber der Gruppe der sog. »Gegnerforscher« des SD steht Crämer besonders exponiert da. So trat etwa der Bauernkriegsforscher Günther Franz der NSDAP und SA erst 1933, der SS sogar erst 1935 bei. Auch SD-Historiker wie Rudolf Levin, Hermann Löffler, Hans Schick oder Walter Wachse schlossen sich erst später der Partei und ihren Gliederungen an; zu den Personen im einzelnen vgl. Joachim Lerchenmüller, *Die Geschichtswissenschaft in den Planungen des Sicherheitsdienstes der SS. Der SD-Historiker Hermann Löffler und seine Denkschrift »Entwicklung und Aufgaben der Geschichtswissenschaft in Deutschland«*, Bonn 2001, 30–50, 53–57.

6 Vgl. *Nationalsozialismus und Philosophie. Eine Auseinandersetzung mit den Problemen von heute*, von Dr. phil. Ulrich Crämer und Dr. med. Dankmar Hauert; sowie Ulrich Crämer, *Führer und Gefolgschaft in der deutschen Geschichte* (vgl. Anm. 2).

7 Das Manuskript ist nicht überliefert, die Argumentation läßt sich aber anhand einer späteren Publikation analysieren (Ulrich Crämer, *Das Problem der Reichsreform*).

8 Das Werk ist nie publiziert worden und nach Crämers Aussage im Krieg verloren gegangen. Erst drei Jahrzehnte später hat Crämer dann eine Arbeit vorgelegt, die wohl in weiten Teilen auf diesen Vorarbeiten aufbaute; vgl. Ulrich Crämer, *Carl August von Weimar und der deutsche Fürstenbund 1783–1790* (vgl. Anm. 2).

Gauleiters Fritz Sauckel verhalfen ihm zunächst zu einem bezahlten Lehrauftrag an der Jenaer Universität, ab dem Sommersemester 1936 durfte er den Lehrstuhl des gerade emeritierten Alexander Cartellieri vertreten. Der u. a. durch sein Konzept einer »volkstumsgeschichtlichen Geopolitik«⁹ profilierte Jungwissenschaftler erhielt dann bereits ein halbes Jahr später den Ruf an die Universität München, wo er den Lehrstuhl Karl Alexander von Müllers übernehmen sollte. Parteiinterne Rivalitäten brachten Crämer allerdings arg in Bedrängnis, so daß er sich drei Jahre lang mit der Vertretung des ihm angetragenen Lehrstuhls zufrieden geben mußte. Wegen Bedenken gegenüber seiner angeblichen »jüdischen Versippung« hatte er zeitweilig sogar das Ende seiner Karriere zu befürchten. Doch ein Gnadengesuch an Hitler persönlich tat seine Wirkung, Ende 1939 hatte der junge Historiker das höchste Amt einer akademischen Karriere erlangt, noch dazu an einer der angesehensten Hochschulen des Deutschen Reiches.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde diese Blitzkarriere zum Stolperstein. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, den Crämer als Soldat an West- und Ostfront erlebt hatte, kam auch das jähe Ende seiner Karriere. Nach der von der Besatzungsmacht verfügten Amtsenthebung und einer längeren Internierung wegen seiner SS-Mitgliedschaft mußte der ehemalige Professor beruflich völlig von Neuem beginnen. Doch er gab nicht auf. Während er zuerst als Töpfer, später als Versicherungsvertreter den Lebensunterhalt für seine Familie verdiente, suchte er mit großer Ausdauer, wieder in das akademische Lehramt zurückzukehren. Dazu transformierte er seine früheren volkstumsgeschichtlich-geopolitischen Ansätze in eine apolitische Landschaftsgeschichte.¹⁰ Doch weder dieser Versuch der Etablierung eines neuen regionalgeschichtlichen Paradigmas noch die Unterstützung durch frühere Kollegen und den »Verband der nicht-amtierenden (amtsverdrängten) Hochschullehrer«, in dem sich die wegen ihrer politischen Belastung amtsenthobenen Professoren zusammengeschlossen hatten, brachten Crämer der ersehnten Rückkehr ins akademische Lehramt näher. Auch mit einer Klage, die er schließlich gegen die Universität angestrengt hatte, war Crämer nicht erfolgreich. Er mußte sich schließlich mit einer Anstellung beim Brockhaus-Verlag zufrieden geben, wo er von 1950 bis 1976, seit 1965 als Redaktionsmitglied, für die historischen Inhalte der »Brockhaus-Enzyklopädie« zuständig war. Zuneh-

9 Crämer suchte hier, die Ansätze der Volkstumshistorie mit den v. a. mit dem Namen Karl Haushofers verbundenen Fragestellungen der Geopolitik zu verknüpfen. Vgl. Ulrich Crämer, Grundzüge einer Geopolitik Deutschlands; sowie ders., Der lotharingische Raum, Heidelberg 1935; ders., Magdeburg und der ostfälische Raum in der deutschen Kaiserzeit; ders., Der Gestaltwandel Europas (vgl. Anm. 2).

10 Seinen Ansatz suchte er am Beispiel des schwäbischen Raumes darzustellen; vgl. Ulrich Crämer, Das Allgäu. Werden und Wesen eines Landschaftsbegriffs; ders., Zum Landschaftsbegriff Oberschwabens (vgl. Anm. 2).

mend verbittert, flüchtete er sich in die Lexikonarbeit und veröffentlichte zuletzt noch eine Urfassung der *Odyssee*¹¹, bevor er im Jahr 1992 in Wiesbaden verstarb.

Im folgenden soll ein Teilabschnitt des oben skizzierten Lebensweges Crämers, nämlich die Zeit an der Münchner Universität in den Jahren 1936–1945, genauer dargestellt werden. Dabei wird nicht nur die Münchner Karriere Crämers nachgezeichnet, sondern darüber hinaus sollen an seinem Beispiel zwei Aspekte veranschaulicht werden. Einerseits wird es darum gehen, Mechanismen und Charakteristika der nationalsozialistischen Wissenschafts- und Hochschulpolitik transparent zu machen. Es soll gezeigt werden, daß die Rivalität der verschiedenen hochschulambitionierten Institutionen und Personen bei fehlender Kompetenzabgrenzung die Herausbildung lokaler Machtzirkel begünstigte (»polykratische Elemente«), die ihren Einfluß aber zu einem guten Teil aus ihren persönlichen Beziehungen zu Angehörigen der nationalsozialistischen Führungsspitze herleiteten (»monokratische Elemente«).¹² Dabei wird das Münchner Beispiel deutlich machen, daß gerade diese polykratischen Strukturen für den Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung an den deutschen Universitäten von grundlegender Bedeutung waren. Der stete Verteilungskampf um Ämter und Ressourcen öffnete dem vorseilenden ideologischen wie personellen Gehorsam Tür und Tor. Insbesondere für junge Nachwuchswissenschaftler boten sich hier bei entsprechender Profilierung große Chancen. Zweitens wird der Rekonstruktion und Analyse institutioneller und personeller Netzwerke besondere Beachtung geschenkt.¹³ Es soll verdeutlicht werden, daß informelle »Seilschaften« und Kartelle eine wesentliche Größe im von polykratischer Zerklüftung geprägten nationalsozialistischen Hochschulalltag waren. Sie waren das »soziale Kapital« – nach Bourdieu –, das regimenahen Wissenschaftlern wie Crämer Halt gab und steile Karrieren ermöglichte.¹⁴

Die Quellenlage für die skizzierten Fragestellungen ist als günstig zu bezeichnen, obgleich kein Nachlaß Crämers überliefert ist. Die Grundlage bilden die Personalakten der Universitäten Jena und München sowie des Thüringischen bzw. Bayerischen Kultusministeriums. Diese Komplementärüberlieferung aus universitären und ministeriellen Akten half, Lücken weitestgehend zu schließen.

11 Ulrich Crämer, *Homerus, Ur-Odyssee* (vgl. Anm. 2).

12 Zur Kontroverse um »Polykratie« versus »Monokratie« vgl. Ulrich von Hehl, *Nationalsozialistische Herrschaft*, 2. Aufl. München 2001, 60–66; Michael Ruck, *Zentralismus und Regionalgewalten im Herrschaftsgefüge des NS-Staates*, in: Horst Möller/Andreas Wirsching/Walter Ziegler (Hgg.), *Nationalsozialismus in der Region*, München 1996, 99–122.

13 Die Erforschung solcher Netzwerke ist unlängst auch von Winfried Schulze gefordert worden. Vgl. das Interview in Rüdiger Hohls/Konrad H. Jarausch (Hgg.), *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*, Stuttgart 2000, 404–434, 432 f.

14 Vgl. dazu die Überlegungen bei Rainer Paris, *Solidarische Beutezüge. Zur Theorie der Seilschaft*, in: *Merkur* 45 (1991) 1167–1174.

Dieser primär aus Verwaltungsakten bestehende Quellenbestand wurde durch diverse Korrespondenzen wesentlich ergänzt. Allen voran ist hier der Nachlaß des Münchner Historikers Karl Alexander von Müller zu nennen, der für diese Arbeit zum ersten Mal systematisch ausgewertet worden ist. Daneben wurden noch eine Reihe kleinerer Bestände in weiteren Archiven gesichtet, zudem die einschlägigen Unterlagen des Bundesarchivs.

Auch die Literaturlage für die vorliegende Thematik ist grundsätzlich als günstig zu beurteilen. Denn seit der Debatte um die Rolle führender Historiker in der Zeit des Dritten Reiches auf dem 42. Deutschen Historikertag 1998 hat sich dieser Teil der Zeitgeschichts- bzw. Wissenschaftsgeschichtsforschung besonders dynamisch entwickelt. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Rolle der Universitäten im Nationalsozialismus bereits deutlich früher eingesetzt hat. Über den Forschungsstand informieren verschiedene Bilanzen, so daß auf ein Referat in diesem Rahmen verzichtet werden kann.¹⁵ In diesem Zusammenhang ist auch schon relativ früh das Interesse an der Vergangenheit der Historiker als der professionellen Geschichtsinterpreten erwacht. Die ersten Schritte sind Mitte der sechziger Jahre von Helmut Heiber und Ferdinand Werner unternommen worden.¹⁶ Diese Ansätze wurden dann in einer zweiten Welle von Wolfgang Weber, Klaus Schreiner, Michael Burleigh und vor allem Winfried Schulze aufgenommen und als Forschungsbereich etabliert.¹⁷ In der Folge haben sich eine Reihe vornehmlich jüngerer Wissenschaftler intensiv mit dieser Thematik befaßt. Es sei an dieser Stelle nur auf die wichtigsten Arbeiten von Karen Schönwälder, Willi Oberkrome, Ursula Wolf, Götz Aly, Ingo Haar und

15 Manfred Funke, *Universität und Zeitgeist im Dritten Reich. Eine Betrachtung zum politischen Verhalten von Gelehrten*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 12* (1986) 3–14; Peter Chroust, *Gießener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918–1945*, Münster 1994, Bd. 1, 1–32. Das ambitionierte Vorhaben Helmut Heibers, eine Gesamtdarstellung deutscher Universitäten unter dem Nationalsozialismus zu erarbeiten, blieb leider ein Torso. Als materialreiches Nachschlagewerk sind die erschienenen Bände jedoch für jede Forschung auf diesem Gebiet ein unverzichtbares Hilfsmittel; vgl. Helmut Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz*, 3 Bde, München 1991–1994. Zum neuesten Stand, verbunden mit der Formulierung weiterer Forschungsdesiderata, siehe den Sammelband von Frank-Rutger Hausmann (Hg.), *Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945*, München 2002 und Michael Grüttner, *Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz*, in: John Connelly/Michael Grüttner (Hgg.), *Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, Paderborn 2003, 67–100.

16 Helmut Heiber, *Walter Frank und sein Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands*, Stuttgart 1966; Karl Ferdinand Werner, *Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft*, Stuttgart 1967.

17 Wolfgang Weber, *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970*, Frankfurt a. M. 1984; Klaus Schreiner, *Führertum, Rasse, Reich. Wissenschaft von der Geschichte nach der nationalsozialistischen Machtergreifung*, in: Peter Lundgreen (Hg.), *Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt a. M. 1985, 163–252; Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of »Ostforschung« in the Third Reich*, Cambridge 1988; Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, 2. Aufl. München 1993 [zuerst 1989].

Peter Schöttler hingewiesen.¹⁸ Es waren vor allem diese Studien, die die Debatte zunehmend in die (historisch interessierte) Öffentlichkeit trugen, was nicht zuletzt zur erwähnten Sektion auf dem Frankfurter Historikertag führte.¹⁹ Bei den jüngsten Arbeiten ist nun die Tendenz zu beobachten, verstärkt einen biographischen Ansatz zu wählen, um dabei sowohl strukturell-institutionelle als auch individuell-lebensweltliche Aspekte berücksichtigen zu können.²⁰ Diesem Anliegen ist auch die folgende Untersuchung bzw. meine ihr zugrundeliegende Dissertation verpflichtet.²¹

Trotz dieser auf breiter Front angelaufenen Forschung bestehen jedoch zu einzelnen Hochschulen weiterhin Defizite. So fehlt gerade für die Münchner Universität, der als Hochschule in der »Hauptstadt der Bewegung« eine besondere Bedeutung zukam, bislang eine verlässliche Gesamtdarstellung.²² Die einzige, vertieft archivalische Quellen auswertende Arbeit von Helmut Böhm endet bereits mit dem Jahr 1936.²³ Daneben liegen bislang lediglich Beiträge zu einzelnen Fakultäten vor.

18 Schönwälder, Karen, Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1992; Wolf, Ursula, *Litteris et Patriae: Das Janusgesicht der Historie*, Stuttgart 1996; Willi Oberkrome, *Volks Geschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*, Göttingen 1993; Götz Aly, *Rückwärtsgewandte Propheten. Willige Historiker – Bemerkungen in eigener Sache*, in: ders., *Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens*, Berlin 1997, 153–183; Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der »Volkstumskampf« im Osten*, Göttingen 2000; Peter Schöttler, *Die historische »Westforschung« zwischen »Abwehrkampf« und territorialer Offensive*, in: ders. (Hg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt a. M. 1997, 204–261.

19 Die Beiträge der Sektion sind veröffentlicht in Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hgg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1999. Siehe dazu auch Johannes Fried, *Eröffnungsrede zum 42. Deutschen Historikertag*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 46 (1998) 869–874; Claus Leggewie, *Mitleid mit Doktorvätern oder: Wissenschaftsgeschichte in Biographien*, in: *Merkur* 53 (1999) 433–444.

20 Vgl. beispielsweise Christoph Cornelißen, Gerhard Ritter. *Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001; Thomas Etzemüller, *Sozialgeschichte als politische Geschichte*. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001.

21 Zu den Chancen des biographischen Ansatzes für die Historiographieggeschichte Rudolf Jaworski/Hans-Christian Petersen, *Biographische Aspekte der »Ostforschung«*. Überlegungen zu Forschungsstand und Methodik, in: *BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung* 15 (2002) 47–62; Margit Szöllösi-Janze, *Lebens-Geschichte – Wissenschafts-Geschichte. Vom Nutzen der Biographie für Geschichtswissenschaft und Wissenschaftsgeschichte*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 23 (2000) 17–35.

22 Das hat schließlich zur Initiierung des Forschungsprojektes geführt, dessen erstes Resultat der vorliegende Sammelband ist. Vgl. Die NS-Geschichte der LMU. Rektorat vergibt neuen Forschungsauftrag, in: *MünchnerUni.Magazin* 3 (2002), 4 ff; Stefanie Harrecker, *Die Universität München und die NS-Zeit. Der Beitrag des Universitätsarchivs zur Erforschung der Hochschule im »Dritten Reich«*, in: *Bayernspiegel* 4 (2002) 10 f.

23 Helmut Böhm, *Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip. Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933–1936)*, Berlin 1995. Eine knappe Zusammenfassung seiner Ergebnisse in ders., *Die Universität München nach 1933*, in: Lothar Mertens (Hg.), *Politischer Systembruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft*, Berlin 2001, 73–99.

täten vor.²⁴ Trotz der großen Bedeutung bürokratischer Apparate für die nationalsozialistische Herrschaftsausübung weist auch deren Erforschung immer noch große Lücken auf. So fehlen beispielsweise Studien, die das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) oder das bayerische Kultusministerium (KM) auf der Basis des neuesten Forschungsstandes in Organisation und Personal darstellen.²⁵ Auch hier waren daher von Fall zu Fall ergänzende Archivrecherchen zu leisten.

DER WECHSEL AN DIE MÜNCHNER UNIVERSITÄT. EIN LEHRSTÜCK
NATIONALSOZIALISTISCHER HOCHSCHUL- UND PERSONALPOLITIK

Ulrich Crämer übernahm die Vertretung der Münchner Professur zum Beginn des Wintersemesters 1936/37. Was auf den ersten Blick wie ein gewöhnlicher Vertretungsauftrag an den jungen Privatdozenten Crämer erscheint, stellt sich bei genauem Hinsehen als Teil einer Strategie heraus, mit der die amtliche Kulturpolitik des nationalsozialistischen Regimes versuchte, tatsächlichen oder vermuteten Widerstand innerhalb der universitären Geschichtswissenschaft auszuschalten und Lehrstühle mit zuverlässigen Parteigängern des Regimes zu besetzen. Die herausragende Figur dabei war Walter Frank, ein glühender Nationalsozialist, der im Sommer 1936 Präsident des neu geschaffenen »Reichsinstituts für die Geschichte des neuen Deutschlands« werden sollte. Ohne seine Zustimmung sollte bald kein historischer Lehrstuhl mehr besetzt werden. Bevorzugtes Instrument seiner Personalpolitik war das Mittel der informellen Absprache und Intrige.²⁶ Wie hier

24 Zur NS-Geschichte zweier historischer Disziplinen der Philosophischen Fakultät vgl. u. a. Ferdinand Kramer, Der Lehrstuhl für bayerische Landesgeschichte von 1917 bis 1977, in: Wilhelm Volkert/Walter Ziegler (Hgg.), Im Dienst der Bayerischen Geschichte. 70 Jahre Kommission für bayerische Landesgeschichte und 50 Jahre Institut für bayerische Geschichte, 2. Aufl. München 1999, 351–406 und Jakob Seibert (Hg.), 100 Jahre Alte Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München (1901–2001), Berlin 2002.

25 Für das von den Nationalsozialisten neu geschaffene REM als zentraler Behörde der Wissenschafts- und Hochschulpolitik ist man nach wie vor auf den Aufsatz von Helmut Seier, Der Rektor als Führer. Zur Hochschulpolitik des Reichserziehungsministeriums 1934–1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 12 (1964) 105–146 angewiesen. Für das Bayerische Kultusministerium werden in dem Jubiläumsband Tradition und Perspektive. 150 Jahre Bayerisches Kultusministerium, hg. v. Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, München 1997 wichtige Entwicklungen skizziert, daneben sind die Beiträge von Winfried Müller zu nennen: Winfried Müller, Gauleiter als Minister. Die Gauleiter Hans Schemm, Adolf Wagner, Paul Giesler und das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus 1933–45, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 60 (1997) 973–1021; ders.: Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Verwaltung und Personal im Schatten der NS-Politik, in: Hermann Rumschöttel/Walter Ziegler (Hgg.): Staat und Gaue in der NS-Zeit. Bayern 1933–1945, München 2004, 197–216. Eine detailliertere Darstellung von Politik und Personal unter der nationalsozialistischen Diktatur ist aber nach wie vor ein dringendes Desiderat der Forschung.

26 Zu dieser schillernden Figur der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik legte Heiber schon



Ulrich Crämer (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Thüringisches Ministerium für Volksbildung, Nr. 4038)

zu zeigen sein wird, arbeitete er dabei eng mit seinem akademischen Lehrer, von Müller, zusammen. Von dieser Symbiose profitierten Lehrer und Schüler in gleicher Weise. In ihrer Mischung aus Intrige, Patronage und Machtpolitik stellen gerade die Vorgänge um die Berufung Crämer sein Lehrstück dieser Personalpolitik an den Universitäten des nationalsozialistischen Deutschen Reiches dar.

Der Lehrstuhl, der Crämer übertragen werden sollte, war vakant geworden, nachdem von Müller seinerseits auf das Ordinariat seines nach Berlin berufenen Kollegen Arnold Oskar Meyer gewechselt war. Der Ruf Meyers nach Berlin wiederum war die Folge eines besonders spektakulären Vorfalls der nationalsozialistischen Hochschulpolitik. In Berlin hatte trotz des gewandelten Klimas der bekannte liberale Historiker Hermann Oncken weiter lehren können. Doch nach einem publizistischen Angriff Franks²⁷, dem Oncken schon lange ein Dorn im Auge gewesen war, war dieser amtsenthoben worden.²⁸ Nach der dann erfolgten Berufung Meyers nach Berlin konnte nun von Müller, der schon eine geraume Zeit nach einer fachlichen und finanziellen Aufwertung seiner Lehrtätigkeit gestrebt hatte, seinerseits Ende März 1936 auf den Lehrstuhl Meyers wechseln.²⁹ Von nun an konnte er sich verstärkt der »neueren und allgemeineren Geschichte« widmen, anstatt wie bisher vor allem die bayerische Geschichte zu vertreten. Zudem wurde er zum ständigen geschäftsführenden Vorstand des Historischen Seminars

früh seine grundlegende Studie vor; vgl. Heiber (wie Anm. 16).

27 Walter Frank, *L'Incorruptible*, in: *Völkischer Beobachter* vom 3.2.1935.

28 Ausführlich zum »Fall Oncken«, unter Auswertung bislang unbekannter Unterlagen Karsten Jedlitschka, *Der Fall des Historikers Ulrich Crämer*, Kapitel 3; weiter Heiber (wie Anm. 16) 13 f., 84, 173–177, 193–211.

29 Universitätsarchiv München (UAM), O-N-10 v. Müller, Berufungsvorschlag der Fakultät an KM 23.12.1935.

DIE LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT UND IHRE JUBILÄUMSFEIERN IN DER ERSTEN HÄLFTE DES 20. JAHRHUNDERTS

von Maximilian Schreiber

EINFÜHRUNG

Im Juni 1972 feierte die Ludwig-Maximilians-Universität an den historischen Orten ihres Bestehens in München (seit 1826), Landshut (1800–1826) und Ingolstadt (1472–1800) ihr 500-jähriges Stiftungsfest.¹ Eine Woche lang wurde dieses Jubiläum hauptsächlich in München mit Ausstellungen, Gottesdiensten, Empfängen, Ehrenpromotionen, politischen Diskussionsrunden, wissenschaftlichen Kolloquien, Konzerten und sogar einem Reitturnier sowie einem Abschlußball feierlich begangen. Höhepunkt war der Festakt im Deutschen Museum, bei dem der Physiker und Nobelpreisträger Werner Heisenberg vor der Prominenz des Freistaates Bayern und Vertretern in- und ausländischer Hochschulen die Festansprache über »Naturwissenschaft in der heutigen Hochschule« hielt. Große Resonanz fand das Fest in der Öffentlichkeit durch die ausführliche Presseberichterstattung in Film, Funk und Fernsehen sowie die Teilnahme weiter Kreise der Bevölkerung.²

Deutlich zeigte sich bei diesen Feierlichkeiten, daß Jubiläen zu jenen Selbstverständlichkeiten zählen, die in einer »Mischung aus Traditionsbewußtsein und Konvention«³ allseits akzeptiert und begangen werden. Da sich in der »Inszenierung von Geschichte«⁴ aber stets auch »zeittypische Bewußtseinslagen und Motivationen«⁵ manifestieren, läßt die Betrachtung von Jubiläen im jeweiligen Zeitkontext aussagekräftige historische Rückschlüsse zu.⁶

1 In meiner Dissertation, die sich mit Walther Wüst, der von 1935 bis 1941 Dekan der Philosophischen Fakultät und von 1941 bis 1945 Rektor der Universität München war, beschäftigt, spielt unter anderem auch die Außenwirkung dieser akademischen Einrichtung eine große Rolle, so besonders die Feier des 470-jährigen Bestehens der Universität München 1943. Ein Vergleich mit ähnlichen Veranstaltungen der Weimarer Zeit schien daher aufschlußreich und bildete den Ausgangspunkt für diesen Aufsatz.

2 Süddeutsche Zeitung vom 24./25.6.1972.

3 Winfried Müller, *Erinnern an die Gründung. Universitätsjubiläen, Universitätsgeschichte und die Entstehung der Jubiläumskultur in der frühen Neuzeit*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 21 (1998) 79–102, 72. Müller gibt auch wichtige Einblicke in die Universitätsjubiläen des 20. Jahrhunderts.

4 Ebd.

5 Ebd., 80.

6 Vgl. dazu allgemein Dieter Düding, *Politische Öffentlichkeit – politisches Fest – politische Kul-*

Standen 1972 vor allem bildungspolitische Themen wie die Hochschulreform im Vordergrund, so waren die Bezüge zu den »großen« Themen der Politik bei den Jubiläen der Universität in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts viel eindrucksvoller ausgeprägt, fielen sie doch in eine Zeit der Krisen und Kriege. Das Jubiläum zum 450. Gründungstag der Universität München 1922, die Feier zur 100-jährigen Translokation der Universität von Landshut nach München 1926 sowie die 470-Jahr-Feier, die kriegsbedingt verspätet 1943 begangen wurde, zeigten besonders anschaulich, wie die unterschiedliche Festkultur zum »Indikator für historisches Selbstverständnis und gesellschaftliche Kommunikation«⁷ wurde. Dabei spielt besonders die Frage der Außenwirkung der akademischen Institution eine große Rolle, bestand doch anhand eines solchen Jubiläums die Möglichkeit, den von der Öffentlichkeit meist abgeschnittenen akademischen Raum nach außen zu repräsentieren. Auch wenn bei den Feierlichkeiten primär die »akademische Öffentlichkeit« anwesend war, so nahmen doch auch Gäste aus Staat und Gesellschaft teil. Durch die ausgiebige Presseberichterstattung wurde darüber hinaus eine große Öffentlichkeit außerhalb der Universität erreicht. Die Festreden, in denen tagespolitische Themen oft keine geringe Rolle spielten, hatten so eine große Wirkung, nicht zuletzt weil die Professorenschaft in der Gesellschaft zu dieser Zeit noch ein hohes Ansehen genoß.⁸

Bei dem Vergleich der drei Jubiläen hinsichtlich der Vorbereitungsphase, der Durchführung und der erzielten Resonanz gilt es im einzelnen zu prüfen, welche Personen, Gremien und Kommissionen entscheidenden Einfluß bei der Vorbereitung und Durchführung der Feierlichkeiten hatten, welche Rolle Symbole wie Aufzüge, Fahnen, Uniformen oder akademische Festornate spielten und welche allgemein- sowie kulturpolitischen Vorstellungen die verschiedenen Festredner in ihren Ansprachen zum Ausdruck bringen wollten und wie sie sich zur jeweils herrschenden Staatsform stellten. Abschließend ist auch nach der inner- und außeruniversitären Resonanz zu fragen, also nach dem Verhältnis zwischen Universität und Öffentlichkeit, insbesondere zwischen Universität und (Frei-)Staat oder auch Universität und – seit 1935 – »Hauptstadt der Bewegung«. Als Quellen für dieses bisher für die Ludwig-Maximilians-Universität unbearbeitete Thema⁹

tur, in: Dieter Düding u. a. (Hgg.), Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Reinbek 1988, 10–25, Richard Beilharz u. a. (Hgg.), Feste. Erscheinungs- und Ausdrucksformen, Hintergründe, Rezeption, Berlin 1991, Walter Haug/Rainer Warning (Hgg.), Das Fest, München 1989 sowie Michael Maurer, Feste und Feiern als Historischer Forschungsgegenstand, in: Historische Zeitschrift 253/1 (1991) 101–130.

7 Laetitia Boehm, Die Universität in festlichem Gewand. Streifzug durch fünf Jahrhunderte, in: Laetitia Boehm/Johannes Spörl (Hgg.), Ludwig-Maximilians-Universität. Ingolstadt. Landshut. München 1472–1972, Berlin 1972, 13–84, 13.

8 Fritz Ringer, *The Decline of the German Mandarins*, Cambridge/Mass. 1969, 62.

9 Universitätsjubiläen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden bislang nur im Rahmen von Gesamtdarstellungen kurz erwähnt, so etwa bei Notker Hammerstein, *Die Johann Wolfgang Goe-*

diente neben den meist gedruckt vorliegenden Reden zu den jeweiligen Jubiläen und der Presseberichterstattung der Münchner Zeitungen vor allem die einschlägige Aktenüberlieferung des Universitätsarchivs München (UAM)¹⁰.

450 JAHRE LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT

– DAS »AUSGEFALLENE« JUBILÄUM 1922

*In dem Druck der Zeit und bei der Not der Studentenschaft
fehlt uns zum Fest die Freude¹¹
(Rektor Erich von Drygalski)*

Die Planungen zum 450-jährigen Gründungsfest, das am 24. Juni stattfinden sollte, begannen im akademischen Senat erst im Januar 1922, da die Universität auf Grund der Inflation und der daher fehlenden staatlichen Mittel zur Vorbereitung nicht die nötigen Finanzen hatte. Schon bald wurde festgelegt, die anderen Universitäten zu verständigen, daß die Universität München ihr 450-jähriges Bestehen »nur im kleinsten Kreise feiern« werde.¹² In diesem Sinne schrieb der Rektor Erich von Drygalski an alle deutschen Hochschulen und Akademien der Wissenschaften, daß die Münchner Universität ihr 450-jähriges Bestehen zwar feiere, aber ohne Glückwunschsprachen, »zugleich aber in Gedenken an die Schwester-Anstalten, mit denen wir uns in Freud und Leid verbunden wissen.«¹³

the-Universität. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule 1914–1950, Frankfurt a. M. 1989, 407–414 und Henrik Eberle, Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945, Halle 2002, 240ff. Allein eine Monographie zur 450 Jahrfeier der Universität Königsberg liegt vor: Friedrich Richter, 450 Jahre Albertus-Universität zu Königsberg/Pr. 1544–1944–1994, Stuttgart 1994. Eine gesonderte Untersuchung im Rahmen von Universitätsfeiern haben bislang nur die Reichsgründungsfeiern erfahren, die zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Reiches 1871 seit der Jahrhundertwende an verschiedenen deutschen Universitäten gefeiert wurden; siehe dazu Jan Gerber, Die Reichsgründungsfeiern der Universität Halle-Wittenberg in der Zeit der Weimarer Republik, in: Hermann-J. Rupieper, Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1502–2002, Halle 2002, 407–431; Frank Engehausen, Die Reichsgründungsfeiern an der Universität Heidelberg 1921–1933, in: Armin Kohnle/Frank Engehausen (Hgg.), Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wolgast zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2001, 521–539.

10 Hierbei wurden vornehmlich Akten zu den einzelnen Jubiläen verwendet, die sich innerhalb des Bestandes UAM, D-X (Feierlichkeiten) befinden. Die Akten spiegeln anhand von Ausschußprotokollen, Festprogrammen, Festprotokollen, Reaktionen des akademischen In- und Auslandes und Zeitungsberichten die Planung und Ausführung der jeweiligen Jubiläen wider. Ergänzend wurden die Senatsprotokolle (UAM, D-III) der jeweiligen Jubiläumsjahre herangezogen.

11 Erich von Drygalski, Zeitfragen der Universität. Rede zum 450jährigen Jubiläum der Ludwig-Maximilians-Universität München, München 1922, 2.

12 UAM, D-X-19, Senatsprotokoll vom 17.5.1922.

13 Ebd., Rektor an die dem Verbands der deutschen Hochschulen angeschlossenen Hochschulen und die deutschen Akademien der Wissenschaften vom 18.5.1922.

Im Mai 1922 wurde der Ablauf des Jubiläums festgelegt. Es sollte ein Festakt in der Universität am Vormittag, am Nachmittag eine sportliche Veranstaltung in Form der Hochschulmeisterschaften und am Abend ein studentischer Kommers mit Siegerehrung stattfinden.¹⁴

Der feierliche Einzug des Lehrkörpers zum Festakt am 24. Juni 1922 in die große Aula wurde angeführt von den Pedellen mit den Universitätsinsignien, also den beiden Fakultäts-Szeptern¹⁵, dann folgte der Rektor im Festornat und mit Rektorkette, die die Tradition des Amtes seit dem Mittelalter symbolisiert.¹⁶ Die weitere Anordnung zeigte deutlich die Betonung der alten Eliten, da gleichberechtigt zum bayerischen Ministerpräsidenten, Graf Lerchenfeld, der links vom Rektor ging, auf der rechten Seite Kronprinz Rupprecht seinen Platz hatte. Dahinter geleitete der Prorektor die Prinzen Leopold und Ludwig Ferdinand. Eine Selbstverständlichkeit war es zudem, daß die Generäle Ludendorff, Möhl und Bothmer neben dem Regierungspräsidenten Ritter v. Kahr nicht fehlen durften.¹⁷ Ein weiteres Indiz für die konservativ-reaktionär ausgerichtete Veranstaltung läßt sich in der Ausschmückung der Universität im Lichthof mit den Fahnen des »alten Reiches« greifen, während sich die Universitätsleitung beim Außengebäude »diplomatisch« für weißblau entschieden hatte. Die Fahne der Weimarer Republik fand auf einer solchen Veranstaltung hingegen keinen Platz. Auch die Festrede, die der damalige Rektor Erich von Drygalski (1865–1949) hielt, spiegelte diese politische Ausrichtung der Veranstaltung.

Der Redner war seit 1906 Ordinarius für Geographie und weltbekannt durch die Leitung der Grönlandexpedition 1891/93 im Auftrag der Gesellschaft für Erdkunde, mehr noch durch die Leitung der ersten deutschen Südpolarexpedition im Auftrag der deutschen Reichsregierung 1901/1903.¹⁸ Bereits bei seiner Rektorsantrittsrede 1921 trat seine antirepublikanische Einstellung deutlich hervor. Wehmütig blickte er darin auf König Ludwig III. zurück und stellte »diese gute alte Zeit« der skeptisch betrachteten Republik gegenüber.¹⁹ Ähnliche Gedanken äußerte er auch auf der großen Gedächtnisfeier für die fast 1300 im Ersten Welt-

14 Ebd., Senatsprot. vom 10.5.1922.

15 Es handelt sich um das Zepter der Artistenfakultät und der anderen drei Fakultäten (Medizin, Theologie und Jurisprudenz), die beide aus der Mitte des 17. Jahrhunderts stammen; vgl. dazu Ortrun Huber, Kunstschatze an der Ludwig-Maximilians-Universität, *Münchner Universitäts-Magazin* 1 (2004) 29.

16 Vgl. dazu Gunter Stemmler, Rektorketten – Grundzüge ihrer Geschichte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 7 (2004) 241–248.

17 *Münchner Neueste Nachrichten* vom 26.2.1922.

18 Cornelia Lüdecke, Die deutsche Polarforschung seit der Jahrhundertwende und der Einfluß Erich von Drygalskis, Bremerhaven 1995, 140ff.

19 Erich von Drygalski, Der Einfluß der Landesnatur auf die Entwicklung der Völker. Rede zum Antritt des Rektorats der Ludwig-Maximilians-Universität München gehalten in der Aula am 26. November 1921, Berlin 1922.

krieg gefallenen Angehörigen der Universität Anfang 1922. Die Feier war aufwendig gestaltet: »Die Gedächtnistafel im Treppenhaue mit den Namen der 1870/71 gefallenen 22 Studierenden der Universität München schmücken zwei Lorbeerkränze mit schwarz-weiß-roten Schleifen. Über den Sarg breitet sich die Fahne in den Farben schwarz weiß rot, darauf liegt lorbeerumkränzt ein Sturmhelm.«²⁰ Die Fahne der Weimarer Republik war auch bei dieser Veranstaltung, die zudem symbolisch am 18. Januar abgehalten wurde, um dem Tag der Reichsgründung 1871 zu gedenken, einmal mehr nicht gehißt worden. In pathetischer Weise gedachte der Redner der Gefallenen, betrauerte die geschwundene Macht und Größe Deutschlands, lehnte jede Schuld des Kaisers, der Fürsten, der Regierungen und des Volkes am Krieg als »völlig volksfremden Gedanken«²¹ ab und bediente die »Dolchstoßlegende«, indem er die Niederlage des im Felde unbesiegten Heeres und damit des Deutschen Reiches den »dunkle[n] Gewalten«²² in der Heimat anlastete. Zum Schluß forderte er das Deutsche Volk auf, nicht »der Spielball anderer Kräfte« zu sein, sondern »den Willen zu eigenem Wirken, zur Erneuerung unserer sittlichen Kräfte, zur Einigkeit und zur Tat«²³ aktiv umzusetzen.

Seine Rede zum 450. Stiftungsfest war zwar in allgemeinpolitischer Hinsicht von konservativen Gesichtspunkten bestimmt, brachte aber wissenschaftspolitisch gesehen einige moderne Ansätze. Gleich zu Beginn erfolgte eine klare Absage an den Versailler Vertrag, in dessen Folge ein Friede unmöglich sei. Wegen der Zeitumstände fehle überhaupt »zum Fest die Freude«²⁴. Drygalski gab dann einen kurzen Abriss zur Universitätsgeschichte im allgemeinen und zur Ludwig-Maximilians-Universität München im besonderen, um anschließend rasch zu betont universitätspolitischen Themen überzugehen. Hierbei sprach er sich zunächst gegen eine weitere Beschränkung der korporativen Rechte der Universität durch die bayerische Staatsregierung aus und forderte eine größere und erweiterte Selbstverwaltung der Universität, die sich bereits in der erfolgreichen Arbeit des Allgemeinen Studentenausschusses manifestiere. Als zweiten Punkt hob er die außeruniversitären Aufgaben der Hochschule hervor, die nach Humboldt in einer »Erziehung des ganzen Volkes zur Nation hin«²⁵ bestehe. Durch »gemeinverständliche Vorträge, Abendvorlesungen, Volkshochschulen und Arbeiterkurse« sollte das Hochschulwissen möglichst an alle Kreise des Volkes vermittelt werden. Wichtig sei es in dieser Hinsicht auch, die theoretische Ausbildung der Volksschul-

20 Unseren im Weltkrieg Gefallenen. Gedächtnisfeier der Ludwig-Maximilians-Universität in München am 18. Januar 1922, München 1922, 5.

21 Ebd., Abdruck der Rede des Rektors, 8–12, 9.

22 Ebd., 11.

23 Ebd., 12.

24 Drygalski (wie Anm. 11) 3.

25 Ebd., 14.

lehrer an die Universität zu ziehen, um die »Kräfte des kommenden Geschlechts zu entwickeln.«²⁶ Als dritten Punkt betonte der Rektor die Wichtigkeit der »Pfle-ge der Leibesübungen«. Als Ersatz für verlorene Wehrpflicht, deren Leistung die »unvergleichlich hohen Werke unserer Nation im Kriege gezeigt« habe, müsse die »Pfle-gende der Leibesübungen« treten, denn die »Wiedererstehung« der Nation könne nur über den Weg der körperlichen Ertüchtigung erfolgen.²⁷ Im Zusammen-hang mit der Stärkung der korporativen Kräfte der Universität begrüßte der Redner daraufhin besonders die Gründung der bis heute existierenden Universi-tätsgesellschaft, die in der Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln der Wissenschaft sehr zu Diensten sei.

Die Initiative für die Gründung dieser Gesellschaft ging von Drygalski aus. Bei der Gründungsversammlung der Münchner Universitätsgesellschaft am 16. Juni 1922 waren ihr über hundert einflußreiche Persönlichkeiten der bayerischen Öffent-lichkeit beigetreten, die durch Beiträge und Spenden die Aufrechterhaltung des Forschungs- und Lehrbetriebes, der im Zuge der Inflation aufgrund fehlender staatlicher Mittel nicht mehr garantiert war, gewährleistete. Zum Vorsitzenden wurde der Generaldirektor der Münchner Rückversicherungs-Gesellschaft, Ju-stizrat Dr. Wilhelm Kißkalt, gewählt, der sich um die Stiftung große Verdienste erwarb.²⁸ Durch die Ernennung von Ehrensensoren und Ehrendoktoren schuf der Rektor eine weitere Verbindung mit der außeruniversitären Welt. So wurde etwa James Loeb²⁹, der als Kunst- und Wissenschaftsmäzen in Murnau bei Mün-chen lebte, von der Philosophischen Fakultät I. Sektion die Ehrenpromotion verliehen. Er habe diese Ehrung wegen seiner großen Verdienste um die Alter-tumswissenschaften, die in der Bemühung um Sammlung und Veröffentlichung antiker Kunstschatze und Schriftwerke und in dauernd gewährter Förderung aller auf Erforschung des Altertums gerichteter wissenschaftlicher Bestrebungen beste-he, besonders verdient.³⁰ In diesem Bereich hatte sich Loeb durch die Stiftung der »Loeb Classical Library« einen Namen gemacht, ein Publikationsunternehmen, das seit 1910 alle wichtigen Werke griechischer und lateinischer Klassiker von

26 Ebd., 15.

27 Vgl. dazu demnächst die Dissertation von Sonja Levsen, »Auf dem Weg, Führer unseres Vol-kes zu werden? Konstruktion studentischer Identität in Cambridge und Tübingen 1900–1929. In einem eigenen Kapitel wird die Bedeutung des Sportes für die deutsche Studentenschaft in der Wei-marer Republik behandelt.

28 Siehe dazu Detlev Schneidawind, Die Münchener Universitätsgesellschaft: Im Fördern Spitze, in: Ludwig-Maximilians-Universität München, 2. Aufl. München 2001, 152–155; zeitgenössisch vgl. Wilhelm Kißkalt, Die Münchner Universitätsgesellschaft, Sonderbeilage der Münchener Neusten Nachrichten zum Universitäts-Jubiläum am 26./27. November 1926, 4.

29 Vgl. dazu Wolfgang Burgmair/Matthias M. Weber, »Das Geld ist gut angelegt, und Du brauchst keine Reue zu haben«, James Loeb, ein deutsch-amerikanischer Wissenschaftsmäzen zwischen Kai-serreich und Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 277/2 (2003) 343–378.

30 UAM, D-X-19, Dekan Walther Otto an Rektor Erich v. Drygalski vom 2.6.1922.

Homer bis in die Zeit der Spätantike in textkritischen Ausgaben mit englischer Übersetzung ediert.³¹

Von den anderen Fakultäten wurden eher Persönlichkeiten geehrt, die sich um nationale Belange im Kaiserreich gekümmert hatten. So wurden unter anderem der Erzabt von St. Ottilien, Norbert Weber, wegen der Missionstätigkeit seines Ordens in den ehemaligen deutschen Kolonien von der Theologischen und Friedrich Schmidt-Ott wegen seiner großen Verdienste um die »Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft«, der späteren Deutschen Forschungsgemeinschaft, von der Medizinischen Fakultät mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet. Mit ähnlichen Leitgedanken ernannte man zu Ehrenbürgern der Universität neben anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens den Großindustriellen, Geheimrat Gustav Krupp von Bohlen-Halbach, den Direktor der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, Hofrat Remshart, und die in Washington lebende deutsche Ärztin Dr. Sophie Nordhoff-Jung, die sich im Ersten Weltkrieg um erkrankte deutsche Soldaten gekümmert hatte.³² Diese an den deutschen Hochschulen 1919 eingeführte akademische Ehrung wurde weniger für wissenschaftliche Leistungen, als vielmehr für materielle und ideelle Unterstützung der Hochschule vergeben.³³

Im Schlußwort standen schließlich die Studenten im Vordergrund. Sie sollten sich durch die »Not der Zeit« nicht die Freude am Studium nehmen lassen. Die Einheit des Geistes zwischen allen deutschen Universitäten trete, so meinte der Rektor, in den Zeiten der Not besonders hervor; diese Einheit lasse sich in ihrer Freiheit nicht von außen beschränken. Daher würden die Universitäten die besten Voraussetzungen bieten, um den »höchsten nationalen Zielen zustreben zu können.«³⁴ Mit einem Aufruf an die Kommilitonen, diese Möglichkeit zu nutzen, um die »Fesseln der Nation« zu sprengen und sie von neuem erstehen zu lassen, beendete der Rektor seine Rede. Am Abend fand im Festsaal des Münchner Kindl-Kellers der Festkommers statt. Nach dem Absingen des Deutschlandliedes gab der Rektor die Glückwunschkundungen der anderen Universitäten bekannt und ermahnte die Studenten erneut zur »Selbstzucht« und zum »Festhalten an deutscher Tradition«, während der Präsident der Studentenvereinigung eine baldige Rache für den verlorenen Krieg forderte.

31 Bislang sind etwas 500 Bände erschienen. Vgl. dazu Max Hall, *Renewal of a Classic. The Loeb Classical Library, Harvard Magazine*, September-October 1993, 48–52 und Zeph Stuart, *Gründung und Geschichte der Loeb Classical Library*, in: Brigitte Salmen (Hg.), *James Loeb 1867–1933. Kunstsammler und Mäzen*, Murnau 2000, 99–106.

32 UAM, D-X-19, Vermerk vom 25.6.1922.

33 UAM Sen. 541, Protokoll der Verhandlungen der siebenten außeramtlichen deutschen Rektorenkonferenz in Halle a. d. S. am 3., 4. und 5. Juni 1919. In München beschloß der Senat die Einführung dieser akademischen Ehrung allerdings erst im November 1921; vgl. UAM Sen. 541, Satzung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Universität München vom 19.11.1921.

34 Drygalski (wie Anm. 11) 26.

Die auswärtigen Gratulationen hatten betont politischen Charakter. So schrieb etwa der Rektor der Universität Breslau, daß man sich mit München verbunden fühle in der außerwissenschaftlichen Aufgabe der »Erhaltung der Einheit des deutschen Reiches«, »der Bildung des rechten neuen einheitlichen Geistes im nationalen Leben und der Wiederaufrichtung oder Neuschöpfung der Deutschen Seele«. ³⁵ Auch der Rektor der Universität Greifswald wünschte, daß der »Strom geistiger Erneuerung zu deutscher Wiedergeburt« von München ausgehen möge, damit bei ihrem 500-jährigen Jubiläum »freie deutsche Grüße auch aus den Hochschulen zu ihr kommen, an denen jetzt das eingeborene deutsche Wesen Gewalt leidet!« ³⁶ Gratulanten aus Österreich betonten, daß sie »nur durch künstliche Schranken noch vom Brudervolke getrennt« seien und wünschten einen erneuten Aufschwung nach der »schmachvollen Erniedrigung der Gegenwart«. ³⁷ In einem allgemeinen Schreiben dankte der Rektor den »beglückwünschenden Schwesteranstalten« und wertete die Glückwünsche als Beweis dafür, »wie die deutschen Hochschulen von der Aufgabe durchdrungen seien, nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der Rettung des deutschen Vaterlandes zu dienen; wir erklären uns freudig zur Mitarbeit hieran bereit.« ³⁸

Bezeichnenderweise wurde der Festkommers auch nicht abgebrochen, als nach der Rede des Rektors die Ermordung von Reichsaußenminister Walther Rathenau bekannt wurde. Allein der bayerische Kultusminister Franz Matt bezeichnete die Tat als »frevlerhaftes Verbrechen«, verurteilte den »Meuchelmord« als zulässige Waffe im politischen Kampf und ermahnte dann die Studenten, bei der »Betätigung ihrer so schätzenswerten vaterländischen Gesinnung« Besonnenheit zu bewahren. ³⁹ Trotzdem sei, wie ein Artikel in einer Brüssler Zeitung überspitzt formulierte, die »fête pangermaniste« fröhlich weitergegangen. Auch wurde darin die Teilnahme des Kronprinzen, des Generals Erich Ludendorff und des Ritters von Kahr als »provocations pangermanistes« angeprangert. ⁴⁰

35 UAM, D-X-19, Rektor der Universität Breslau, Schaefer, an Rektorat der LMU vom 24.6.1922.

36 Ebd., Rektor der Universität Greifswald, Schwarz, an Rektorat der LMU vom 24.6.1922.

37 Ebd., Rektor der Universität Innsbruck an Rektorat vom 2.6.1922.

38 Ebd., Rektor an Verband der deutschen Hochschulen und die Hochschulen des Deutschen Reiches, die deutsch-österreichischen Universitäten und die deutschen Akademien der Wissenschaften vom 13.7.1922.

39 Bayerischer Staatsanzeiger vom 26.2.1922.

40 UAM, D-X-19, Zeitungsausschnitt einer belgischen Zeitung. Der genaue Name der Zeitung und das Erscheinungsdatum konnten nicht ermittelt werden.

100 JAHRE LMU IN MÜNCHEN – DIE TRANSLOKATIONSFEIER 1926

*Wir senden daher den Gruß der geistigen Freiheit
an die Mitarbeiter in der Fremde,
an die unprovinzialen Gehirne und Herzen
unter den Forschern aller Völker und Rassen.⁴¹
(Rektor Karl Vossler)*

Wie abhängig die Ausrichtung der Jubiläumsfeier von der politischen Einstellung des jeweiligen Rektors war, zeigt sich an Karl Vossler (1872–1949), der die Universität im Jahr 1926/27 leitete, besonders deutlich. Der Romanist, der seit 1911 als Ordinarius für Romanische Philologie in München wirkte, war als Anhänger und Verfechter der Weimarer Republik bekannt.⁴² Er trat in einer Zeit des wachsenden Antisemitismus und zunehmender Radikalisierung öffentlich gegen Judenhaß⁴³ und für die ungeliebte Demokratie und ihre Symbole ein. Mit dieser Einstellung stand er allerdings ziemlich allein, denn die Mehrzahl der Professoren im Reich wie in München konnte sich in der Regel eher kaum mit der republikanischen Staatsform anfreunden.⁴⁴

Bereits 1922 hielt er eine Ansprache zum Thema »Die Universität als Bildungsstätte« im Deutschen Studentenbund, in der er die akademische Jugend aufforderte, sich nicht »trennend und abschließend mit Parteiprogrammen des Klassen- und Rassenhasses, mit Hakenkreuzen und ähnlichem Stacheldraht zu umgeben«,⁴⁵ sondern sich auf die humanistischen Ideale der Universität zu besinnen. Schon allein wegen seiner von der Mehrheit der Professoren an der LMU stark differierenden politischen Einstellung wollte er zunächst auf das Rektorat im Jubiläumsjahr verzichten, da, wie er selbst mutmaßte, sein »Auftreten als Rektor höchst wahrscheinlich einen Mißklang, auf keinen Fall aber eine reine Freude in das kommende Jubeljahr bringen würde.«⁴⁶ Wie recht er mit dieser Einschätzung hatte, sollte sich bald zeigen. Trotzdem wurde er für das Jahr 1926/27 zum Rektor

41 Zit. nach Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger vom 27.11.1926, 6.

42 Vgl. dazu Frank-Rutger Hausmann, »Vom Strudel der Ereignisse verschlungen«. Deutsche Romanistik im »Dritten Reich«, Frankfurt a. M. 2000, passim und v. a. 117–126.

43 Neben seinen noch zu behandelnden Reden ist vor allem seine Tätigkeit im Rahmen des »Vereins zur Abwehr des Antisemitismus« zu nennen, beispielsweise sein Aufsatz »Bayerische Stimmen gegen den Judenhaß«, Abwehr-Blätter. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus 5 (1930).

44 Vgl. dazu immer noch Fritz Ringer, *The Decline of the German Mandarins*, Cambridge/Mass. 1969; Wolfgang Abendroth, *Die deutschen Professoren und die Weimarer Republik*, in: Jörg Tröger (Hg.), *Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt a. M. 1984, 11–26.

45 Karl Vossler, *Die Universität als Bildungsstätte*. Vortrag gehalten im »Deutschen Studentenbund« in München am 15.12.1922, München 1923, 13.

46 UAM, E-II-3448, Vossler an Rektor ohne Datum [ca. Frühjahr 1926].

gewählt. Der Senat diskutierte das anstehende Universitätsjubiläum bald intensiv. Vossler richtete einen eigenen Ausschuß für die Organisation ein, der seine Ergebnisse dann dem Senat zur Abstimmung vorlegte.⁴⁷ Ihm gehörten neben dem Rektor unter anderen der Geschichtsprofessor und Leiter des Universitätsarchivs, Hermann von Grauert, der Rechtshistoriker Leopold Wenger und die Historiker Michael Doeberl, der mit der Ausarbeitung der Festrede beauftragt war, sowie Karl Alexander von Müller, Ordinarius für bayerische Landesgeschichte, an.

Um beim öffentlichen Umzug die Universität besonders feierlich zu präsentieren und damit eine beeindruckende Wirkung zu erzielen, beschloß der Senat auf Antrag des Rektors, daß auch die Nichtordinarien Talare tragen durften, die allerdings durch einen anders gestalteten Aufschlag gekennzeichnet waren.⁴⁸ Im heiklen Punkt der Beflaggung konnte sich Vossler zumindest teilweise durchsetzen, denn neben den bayerischen, den Münchner, den Landshuter und denen des Alten Reiches, sollten auch die Farben der Republik die Gebäude der Universität schmücken. Der Antrag des Rektors wurde mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen;⁴⁹ immerhin fast ein Drittel der Senatoren war demnach gegen eine angemessene Repräsentation der Weimarer Republik. Die Frage der Festschrift hatte die Universität schon länger beschäftigt. Nachdem ein Plan Grauerths an der Finanzierung scheiterte – er wollte eine Weiterführung der Universitätsgeschichte von Prantl⁵⁰, die vor allem die Ingolstädter und Landshuter Periode behandelte, als Jubiläumsschrift herausbringen⁵¹ –, erschien im Zuge des Jubiläums ersatzweise eine Chronik. Karl Alexander von Müller edierte als »Chronik zur Jahrhundertfeier« eine Anthologie unter dem Titel »Die wissenschaftlichen Anstalten der Ludwig-Maximilians-Universität zu München«. Sie vereinigte Beiträge von verschiedenen Fachprofessoren, die in kurzen Abrissen die Geschichte ihrer Institute, Seminare und Kliniken skizzierten und verstand sich als Vorarbeit zur Weiterführung der Prantlschen Universitätsgeschichte, die ja nicht durchführbar gewesen war.⁵² Auch brachte das 100-jährige Jubiläum eine intensiviertere Beschäftigung mit Traditionen und Vergangenheit der ältesten bayerischen Landesuniversität und ihrer jüngeren Geschichte in München. Bereits ein Jahr vor dem Jahrestag

47 UAM, D-III-96, 20.6.1923.

48 UAM, D-III-97, Sen.prot. vom 29.7.1926.

49 UAM, D-III-97, Sen.prot. vom 13.11.1926.

50 Carl Prantl, *Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität in Ingolstadt, Landshut, München*, München 1872. Diese Universitätsgeschichte war zum 400-jährigen Gründungsjubiläum erschienen.

51 UAM, D-X-44, von Grauert an den Senat vom 30.01.1918. Von Grauert verwies auch auf die Festschriften anderer Universitäten und betonte die Wichtigkeit der Erschließung des Nachlasses von König Ludwig I., der ab dem 1. März 1918 zugänglich sei.

52 Karl Alexander von Müller (Hg.), *Die wissenschaftlichen Anstalten der Ludwig-Maximilians-Universität zu München*, München 1926, V.

der Translokation erschien die Studie »Von der Aufklärung zur Romantik« von Philipp Funk, die vor allem die Landshuter Periode in ihren geistesgeschichtlichen Bezügen beschrieb.⁵³ Michael Doeberl, Professor für bayerische Landesgeschichte und Verfasser der dreibändigen »Entwicklungsgeschichte Bayerns«, verfaßte die informative »Festschrift zur Jahrhundertfeier« (München 1926) unter dem Titel »König Ludwig I., der zweite Gründer der Ludwig-Maximilians-Universität« und versah sie mit einem Quellenanhang zur Translokationsproblematik. Teile daraus präsentierte er als Festrede im Nationaltheater.

Die perfekte Organisation von Rektor und Senat, etwa im Hinblick auf eine genau festgelegte Festordnung für den Ablauf und vor allem für die Aufstellung zum Umzug,⁵⁴ zeigte sich dann am reibungslosen Ablauf der Veranstaltung, der durch ausführliche Artikel in der Münchner Presse und eine Schrift des Universitäts-Archivars in all seinen Einzelheiten bekannt ist. Den Auftakt der Veranstaltung bildete ein Abendempfang im Lichthof der Universität. Vossler begrüßte die Festgesellschaft und dabei besonders, als Urenkel des Neugründers der Universität, Kronprinz Rupprecht, ohne allerdings Bezüge zur Gegenwart herzustellen, wie das Erich von Drygalski 1922 noch getan hatte: »Wer Wissenschaften und Künste liebt«, so Vossler, »der muß – welcher politischen Überzeugung er sein mag – die bayerischen Könige und ihre Ahnen und Enkel und ihre Tradition verehren.«⁵⁵ Im Anschluß bewegte sich ein Fackelzug der Studierenden und einiger Professoren zum Andenken an die Gefallenen des Ersten Weltkriegs zum Armeedenkmal, wo ein Kranz durch den Altrektor v. Drygalski und einen Studentenvertreter niedergelegt wurde. Der eigentliche Festtag am 27. November 1926 wurde durch einen Festgottesdienst eröffnet, den die Katholiken in St. Ludwig mit Kardinal Michael von Faulhaber,⁵⁶ die Protestanten in der Markuskirche mit Kirchenpräsidenten Friedrich Veit und die Israeliten in der Synagoge mit Rabbiner Leo Baerwald begingen. Darauf folgte der Festzug, der durch die Ludwigstraße zum Nationaltheater ging und, anders als beim Einzug in die Aula 1922, allein die Universität repräsentierte; Vertreter der bayerischen Monarchie und der Regierung nahmen daran nicht teil. Dem Rektor, dem die Universitätsinsignien in Gestalt zweier Zepter von Pedellen vorangetragen wurden, folgte unter den Augen zehntausender Zuschauer der Lehrkörper im Talar, aufgeteilt in die einzelnen Fakultäten, und im Anschluß die korporierte und nichtkorporierte Studentenschaft. Eine studentische Gruppe

53 Philipp Funk, *Von der Aufklärung zur Romantik. Studien zur Vorgeschichte der Münchener Romantik*, München 1925.

54 UAM, D-X-44, Festordnung zur Feier anlässlich der Verlegung der Ludwig-Maximilians-Universität von Landshut nach München vor hundert Jahren, abgehalten am 26. und 27. November 1926 zu München.

55 Ansprache Vosslers, abgedruckt in *Münchener Neueste Nachrichten* vom 27.11.1926, 3.

56 Vgl. dazu auch *St. Ludwig in München. Kirchenpolitik, Kirchenbau und kirchliches Leben*, hg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 1995, 264f.



Rektor Vossler führt in Talar und mit Rektorkette den Festzug am 27. November 1926 an (UAM)

war im Festzug allerdings nicht vertreten: Die korporierten jüdischen Verbindungen hatten ihre Teilnahme abgesagt. Zum Konflikt in dieser Frage war es zwischen Vossler und national-konservativen Studentenverbindungen gekommen. Der Rektor hatte sich für die Teilnahme der jüdischen Verbindungen eingesetzt, die dann allerdings am Widerstand der anderen Verbindungen scheiterte. Die »Central Vereins Zeitung«, das Organ des »Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens«, hob in dieser Angelegenheit dann auch die »gerechte und vornehme Gesinnung«⁵⁷ des Rektors hervor. Vossler teilte dem Rabbinat mit, daß er die Teilnahme der jüdischen Korporationen nicht durchsetzen könne, da die Einladung rechtlich beim Korporationenausschuß liege. Dieser mache jedoch keine Anstalten, die jüdischen Verbindungen einzuladen.⁵⁸ Vossler versuchte daraufhin nochmals zu vermitteln, indem er die jüdischen Verbindungen zwar einlud, aber feststellte, daß sich die Einladung auf wesentliche Teile der Veranstaltung wie den Fackelzug, den Festzug und den Festakt nicht erstrecke, da dies an dem geschlossenen Widerstand der anderen Korporationen scheitere. Die jüdischen Korporationen sagten daraufhin ihre Teilnahme an den Festlichkeiten gänzlich ab, »da die studierende jüdische Jugend sich nicht mit voller Gleichberechtigung daran beteiligen könne.«⁵⁹

57 Central Verein Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum. Organ des CV deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V. vom 3.12.1926.

58 Vgl. zum Antisemitismus der Burschenschaften Helma Brunck, Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, München 1999, v. a. 149–170. Bereits 1920 hatten die meisten Burschenschaften den Arierparagrafen eingeführt (Eisenacher Beschlüsse). Aber schon vor 1914 hatten viele Verbände die Aufnahme von Juden abgelehnt. Dieser Ausschluß führte zu einer entsprechenden getrennten korporationsmäßigen Entwicklung; besonders drei Verbände sind hier zu erwähnen: Kartell-Convent deutscher Studenten Jüdischen Glaubens (KC), das Kartell jüdischer Verbindungen (KJV) und der Burschenbunds-Convent (BC).

59 Central Verein Zeitung (wie Anm. 57). Bei der Reichsgründungsfeier 1927 setzte sich Vossler dann kompromißlos für eine Teilnahme der jüdischen Verbindungen ein und beschwor damit einen

STUDENTINNEN AN DER LMU 1933–1945: VERSUCH EINER ANNÄHERUNG

von Petra Umlauf

EINFÜHRUNG

»Die Hochschule gehört den Männern. Wir wissen aber auch, daß wir bestimmte Berufe (Kinderärztin, Zahnärztin, Lehrerin usw.) den Frauen nicht vorenthalten können und dürfen. Das Studium an der Universität darf für die Mädchen nur als Vorbereitung zu dieser sozialen Fürsorgetätigkeit gelten. Den Platz bieten wir ihnen als Gäste an. Das Studium der Mode, der bloßen Bildung wegen, hat gegenwärtig vollständig aufzuhören, damit das Hauptziel, die Erziehung der Frau zur Mutter, schon jetzt an den Hochschulen deutlich sichtbar wird.«¹

Einer älteren Forschungsmeinung zufolge waren es drei Wege, die die nationalsozialistischen Machthaber einschlugen, um das o. g. Ziel zu erreichen. So wurden etwa »Ausbildungsstoffe, die der praktisch hausfraulichen Bildung dienen, [...] verstärkt in den Lehrplan aufgenommen«, das spezielle Frauenschulwesen ausgebaut und restriktive Maßnahmen gegen die »Koedukation und gymnasiale Mädchenbildung« sowie das »Frauenstudium« durchgeführt.² Die Basis solcher Bestimmungen bildete das Familien- und Frauenbild der Nationalsozialisten, das sich im wesentlichen nicht vom dem der konservativen Parteien und Gruppierungen der Weimarer Republik unterschied. Vielmehr bewirkte die »Verbindung der konservativen Frauen- und Familienauffassung mit der Rassenideologie des Nationalsozialismus [...], daß die Frau nicht wie der Mann als menschliches Wesen mit intellektuellen, psychischen und körperlichen Qualitäten in ihrer Ganzheit gesehen wurde, sondern schon immer reduziert als zukünftige Mutter reinrassiger arischer Kinder und darauf bezogenen gefühlsmäßigen Fähigkeiten. Die *biologistische Definition* der Frau führte dazu, daß ihr »natürliches« Tätigkeitsfeld im häuslichen Bereich angesiedelt wurde.«³ Mit anderen Worten: »Die Welt der Frau ist,

1 Reichsschulungsleiter Dr. v. Leers, Unsere Kameradinnen oder unsere »Gäste«? In: Deutsche Studentenzeitung. Kampfblatt der deutschen Studenten. Herausgeber: Dr. Stäbel. Amtliches Nachrichtenblatt des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes NSDStB und der Deutschen Studentenschaft vom 25.11.1933. Bei diesem Beitrag handelt sich um eine Vorstudie zu meiner Dissertation über das Frauenstudium an der LMU in der NS-Zeit.

2 Alle Zitate nach Ellen Keifer, Frauendiskriminierung im Nationalsozialismus. Auswirkungen auf die gesellschaftliche und berufliche Stellung der Frau, in: Vorgänge. Zeitschrift für Gesellschaftspolitik, 32: Der tägliche Sexismus, (Women's Lib 2) 19.5.1978, 92.

3 Harald Mattfeldt, Doppelverdienertum und Ehestandsdarlehen. Zur Reglementierung der Frauenerwerbstätigkeit am Beispiel des Nationalsozialismus, in: Hochschule für Wirtschaft und

wenn sie glücklich ist, die Familie, ihr Mann, ihre Kinder, ihr Heim.«⁴ Bezogen auf die herkömmliche Wissenschaft, die als »abstrakt, praxisfern und apolitisch« galt, verteilte das NS-System »neben einer generellen Ablehnung wissenschaftlicher Bildung besonders den weiblichen Intellekt, weil dieser im Gegensatz stand zu dem gewünschten ›echten Frauentum«, welches sich durch unmittelbare Erlebnisfähigkeit, Tiefe des Gefühls und intuitivem Erkennen auszeichnen sollte.«⁵

Allerdings mußten sich selbst die nationalsozialistischen Machthaber eingestehen, daß schon vor 1933 ein Großteil der weiblichen Bevölkerung die von staatlicher Seite propagierten Ideale längst nicht hatte erreichen können. Einerseits nämlich hatte der Anteil der im Ersten Weltkrieg Gefallenen zu einem hohen Frauenüberschuß geführt. Andererseits war es aufgrund der zahlreichen arbeitslosen Männer zu einer verstärkten Erwerbstätigkeit von Frauen gekommen, da diese die Rolle der »Ernährerinnen« innerhalb der Familien übernehmen mußten.⁶ In diesem Zusammenhang ist Weyrather zuzustimmen, die über die nationalsozialistische Auffassung vom »Wesen« der Frau schreibt, daß »die Realität der Frauen [...] diese Vorstellungen längst überholt bzw. ihnen nie entsprochen« hatte, weshalb die NS-Propagandisten und -Politiker schließlich darangingen, die »Realität ihrer Ideologie anzupassen«⁷. Während sie für den berufstätigen oder alleinstehenden Teil der weiblichen Bevölkerung »frauenspezifische Tätigkeiten im Bereich der sozialen, pflegerischen, landwirtschaftlichen sowie erzieherischen Berufe« propagierten, »in denen sie ihre ›natürlichen‹ Fähigkeiten und ›mütterlichen Instinkte‹ einbringen konnten«⁸, entfernten die Nationalsozialisten, »kaum daß sie an der Macht waren, so viele Frauen wie möglich aus qualifizierten Positionen« und »be-

Politik Hamburg (Hg.), Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie. Karriere oder Kochtopf? Frauen zwischen Beruf und Familie, Opladen 1984, 44.

4 Aus: Reden des Führers am Parteitag der Ehre 1936, München 1936, 43, hier zitiert nach: Mattfeldt (wie Anm. 3) 45.

5 Anne Schlüter, »Wenn zwei das Gleiche tun, ist das noch lange nicht dasselbe« – Diskriminierungen von Frauen in der Wissenschaft, in: Anne Schlüter/Annette Kuhn (Hgg.), Lila Schwarzbuch. Zur Diskriminierung von Frauen in der Wissenschaft, Düsseldorf 1986, 25. Mertens schränkt diese Aussage jedoch ein, indem er darauf hinweist, die NS-Ideologen hätten auch nicht viel von männlichen Intellektuellen gehalten, es sei denn, »wenn sie den nationalsozialistischen Plänen nützlich waren (z. B. als Ingenieure oder Chemiker)«. Daraus zieht er die Schlußfolgerung, das Verdikt habe die Studentinnen doppelt getroffen, »da sie nach der herrschenden Anschauung ihre eigentliche Bestimmung zweifach verrieten, d. h. sich sowohl den Hausfrauen- und Mutterpflichten entzogen als auch der ›nutzlosen‹ Bildung widmeten«; vgl. Lothar Mertens, Die Entwicklung des Frauenstudiums in Deutschland bis 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, B 27/89, 30.6.1989, 9.

6 Hierzu vgl. Lothar Mertens: Die Entwicklung des Frauenstudiums in Deutschland, in: Dieter Voit (Hg.), Qualifikationsprozesse und Arbeitssituation von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, Berlin 1989, 19.

7 Alle Zitate nach: Frauengruppe Faschismusforschung (Hg.), Einleitung, in: Dies. (Hg.), Mutterkruz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1981, 10.

8 Mattfeldt (wie Anm. 3) 45.

hinderten ihren Zugang zu den meisten Studiengängen«⁹. Stellvertretend nicht nur für das mangelnde Interesse der Machthaber im Dritten Reich an den weiblichen Studierenden kann folgende Aussage des damaligen NS-Lehrerbundführers und späteren bayerischen Kultusministers, Hans Schemm, stehen, der hinsichtlich der Mädchenbildung forderte: »Lieber zehn Pfund Wissen weniger und zehn Kalorien an Charakter mehr!«¹⁰

Ausgehend von der Tatsache, daß die Nationalsozialisten einer Berufstätigkeit von oder einer akademischen Ausbildung für Frauen ablehnend gegenüberstanden, wurde das Frauenstudium bereits kurz nach dem Regierungsantritt der neuen Machthaber durch das »Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen« vom 25. April 1933 in einem ersten Schritt reglementiert. Das »Überfüllungsgesetz« folgte einer zweifachen Zielsetzung: »Zum ersten bezweckte es eine merkbare Reduzierung der Studierenden und konkretisierte somit die Überlegungen, die bereits 1932 zwischen Preußen und einigen anderen Ländern angestellt worden waren«¹¹, d. h. die Nationalsozialisten knüpften an Maßnahmen zur Zugangsbeschränkung des Hochschulstudiums an, die schon gegen Ende der Weimarer Republik diskutiert worden waren.¹² »Zum anderen folgte es einer antijüdischen Stoßrichtung, indem es die Zahl der jüdischen Studierenden zu beschränken trachtete«¹³, auch wenn das Gesetz zunächst den Eindruck vermittelte,

9 Frauengruppe Faschismusforschung (wie Anm. 7) 10.

10 G. Kahl-Furtmann (Hg.), Hans Schemm spricht. Seine Reden und sein Werk, Bayreuth 1935, 178, hier zitiert nach: Margret Lück, Die Frau im Männerstaat. Die gesellschaftliche Stellung der Frau im Nationalsozialismus. Eine Analyse aus pädagogischer Sicht, Frankfurt am Main 1979, 64.

11 Uwe Dietrich Adam, Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich, Tübingen 1977, 86.

12 Vgl. Petra Clephas-Möcker/Kristina Krallmann, Studentinnenalltag in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus im Spiegel biographischer Interviews, in: Anne Schlüter (Hg.), Pionierinnen. Feministinnen. Karrierefrauen? Zur Geschichte des Frauenstudiums in Deutschland, Pfaffenweiler 1992, 179. Über die Forderungen nach Zulassungsbeschränkungen vor 1933 schreibt Mertens, der »rasante Anstieg der Studierendenziffern brachte angesichts der akademischen Überfüllungskrise in einzelnen Bereichen – wie den Medizinischen Fakultäten – offene Ressentiments gegen das Frauenstudium hervor. Vom Verband Deutscher Medizinerschaften wurden dabei die radikalsten Forderungen erhoben. Dieser im Jahre 1919 gegründete Studentenverband forderte bereits am Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung im Jahre 1932 die Begrenzung der weiblichen Neuimmatrikulationen auf fünf Prozent aller Erstsemester«: Lothar Mertens, Vernachlässigte Töchter der Alma Mater. Ein sozialhistorischer und bildungssoziologischer Beitrag zur strukturellen Entwicklung des Frauenstudiums in Deutschland seit der Jahrhundertwende, Berlin 1991, 93.

13 Adam (wie Anm. 11) 86. Neben weiteren Auslesekriterien, wonach »Studenten, die der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehörten oder sich in sonstiger Weise um die »nationale Erhebung« verdient gemacht hatten [...] beim Hochschulzugang und bei Studienvergünstigungen bevorzugt berücksichtigt werden [...], jüdische, marxistische oder andere ideologische Gegner« dagegen »keinerlei Vorteile mehr erfahren« sollten, erwähnt Adam in diesem Zusammenhang eine zusätzliche »Vereinbarung der Länder über den Hochschulzugang«, mit der bereits vor dem Inkrafttreten des Überfüllungsgesetzes »im Sommersemester 1933 die Zahl der Studierenden gesenkt werden sollte: Die höheren Schulen hatten bei den Reifezeugnissen gesondert aktenmäßig festzustellen, ob der Abiturient für ein Hochschulstudium geeignet erschien«: ebd., 86f. Über die Form der Sondierung schreibt Weyrather, für die Hochschulreife sei ein »Sondergutachten der Schule« erforderlich gewe-

»als sei eine generelle Ausschaltung der jüdischen Studenten nicht beabsichtigt. Vielmehr hieß es in § 4, der Anteil ›nichtarischer‹ Studenten solle soweit reduziert werden, daß die ›Gesamtheit der Besucher jeder Schule und Fakultät den Anteil der Nichtarier an der reichsdeutschen Bevölkerung nicht übersteigt.«¹⁴

Obwohl an dieser Stelle nicht ausführlicher auf die Konsequenzen des o. g. Paragraphen eingegangen werden kann, ist zumindest folgendes festzuhalten: Die Vertreibung jüdischer Studierender »trug ebenfalls zur Verringerung der Frauenquote bei, da Frauen in der jüdischen Studentenschaft traditionell stark überrepräsentiert waren«¹⁵, stand doch das »jüdische Bürgertum, auch das assimilierte oder zum Christentum übergetretene« weiblicher Bildung »überdurchschnittlich aufgeschlossen gegenüber.«¹⁶ Und weiter: »Wurden Frauen im allgemeinen schon durch die nationalsozialistische Bildungspolitik benachteiligt, so war die Situation für jüdische Studentinnen auf Grund der rassistischen Restriktionen noch viel schwerer.« An der Universität Heidelberg genügten schon »Denunziationen und unwahre Anschuldigungen mißliebiger Bürger, die vom Universitätsdirektor eilfertig an die Polizei weitergeleitet wurden, um bei Studentinnen, die vermeintlich jüdischer Herkunft waren, Hausdurchsuchungen und Gestapoverhöre zu veranlassen.«¹⁷ Während es unter rigoroser Anwendung der Zulassungsbeschränkungen darüber hinaus zu universitären Zurückweisungen von Jüdinnen kam, die ihr Studium in Heidelberg fortsetzen wollten, wurde das »Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen« an der Münchner Universität »über

sen. »Wer die Hochschulreife bekam, sollte nach geistiger und psychischer Entwicklung, ›Charakter- und politischer Zuverlässigkeit entschieden werden.« Als Beispiel kann hierbei die Vergabe der Hochschulreife in Sachsen gelten: »Alle Abiturienten und Abiturientinnen mußten sich unter der Leitung eines staatlichen Psychologen auf ›Charakter, seelische Weite, Tiefe und Reife‹ hin begutachten lassen. Die Ergebnisse wurden in Punkten ausgedrückt. Während die Abiturienten noch mit 153 Punkten zugelassen wurden, mußten die Abiturientinnen 163 Punkte erreichen«; alle Zitate nach Irmgard Weyrather, Numerus Clausus für Frauen – Studentinnen im Nationalsozialismus, in: Frauengruppe Faschismusforschung (wie Anm. 7) 143; das Punktebewertungssystem verdeutlicht die Bestrebung des NS-Regimes, den Frauen den Zugang zum Studium zu erschweren bzw. zu verwehren. Vgl. dazu auch Doris Barth/Bernhard Möllmann/Bernd-Michael Schülke, Zeugnisse. Das Humanistische Gymnasium in Pasing. Die Vorgeschichte des Karlsgymnasiums und des Max-Planck-Gymnasiums 1910–1955. Buch zur Ausstellung in der Pasinger Fabrik vom 1. bis 17. Mai 1992, München 1992, 152: »Ein zu großer Anteil an Akademikern war beim Aufbau der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft eher hinderlich. Im diesbezüglichen Erlaß des Bayerischen Kultusministeriums vom 26.1.1934 werden noch zwei weitere Gründe angedeutet: ›Die Schülerinnen und die nichtarischen Schüler und Schülerinnen sind bei allen Angaben besonders erkenntlich zu machen.«

14 RGBl. 1933 I S. 226, hier zitiert nach Michael Grüttner, Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995, 213.

15 Ebd., 118. Ein ausführliches Kapitel zur Vertreibung der »nichtarischen« Studenten findet sich ebd., 212 ff., sowie speziell für Hamburg bei Peter Freimark, Juden an der Hamburger Universität, in: Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hgg.), Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933–1945. Teil I: Einleitung. Allgemeine Aspekte, Berlin 1991, 125–147.

16 Hadumod Bußmann (Hg.), Stieftöchter der Alma Mater? 90 Jahre Frauenstudium in Bayern – am Beispiel der Universität München. Katalog zur Ausstellung, München 1993, 67.

17 Mertens (wie Anm. 12) 105.

die ›freiwillige‹ Exmatrikulation [...] ganz automatisch«¹⁸ in die Praxis umgesetzt. Unter 189 Studentinnen¹⁹ waren im Wintersemester 1932/33 »nachweislich 12 [...], die nach der Definition der Nationalsozialisten ›Nichtarierinnen‹ waren, also jede 15. bis 16. Studentin oder 6,3 Prozent. Zehn dieser zwölf Studentinnen hatten sich sofort 1933 exmatrikuliert«²⁰, darunter die mittlerweile zur Vorsitzenden der zionistischen Studentinnenverbindung gewählte Fanny Dulberg. Dulberg, die nach Aufhalten in Frankfurt, München und Heidelberg zum Wintersemester 1931/32 endgültig in die bayerische Hauptstadt zurückgekehrt war, um dort im Anschluß an ihr Diplomexamen bei Otto von Zwiedineck-Südenhorst, dem Leiter des Seminars für Statistik und Versicherungswissenschaft in der Staatswirtschaftlichen Fakultät, zu promovieren, verlegte ihren Studienort in die Schweiz, als »nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler eine Gruppe von uniformierten Nazis unter Führung von Rudolf Heß während der Veranstaltung von Adolf Weber [Nationalökonom/PU] durch den großen Vorlesungssaal marschiert«.²¹ Die letzte der erwiesenermaßen zwölf »nichtarischen« Studentinnen, Tochter eines Münchner TH-Professors, verließ die Hochschule im Oktober 1935, wie eine Recherche anhand der polizeilichen Meldebögen ergab.²²

Im Vorwort der 2002 veröffentlichten Untersuchung über Studentinnen und Wissenschaftlerinnen an der Universität Freiburg²³ schreibt die damalige Dekanin der Philologischen Fakultät, Elisabeth Cheauré, die Geschichte des Frauenstudiums sei in den letzten Jahrzehnten an vielen Hochschulen »detailliert aufgearbeitet«²⁴ worden. Während sich diese Feststellung beispielsweise für Tübingen mit

18 Hiltrud Häntzschel, Frauen jüdischer Herkunft an bayerischen Universitäten. Zum Zusammenhang von Religion, Geschlecht und Rasse, in: Hiltrud Häntzschel/Hadumod Bußmann (Hgg.), *Bedrohlich gescheit. Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern*, München 1997, 120.

19 Die Zahl von 189 Studentinnen ergibt sich aus dem Verzeichnis der Studierenden, Buchstaben A–C; ebd.

20 Ebd. Vgl. auch die Zahlen bei Helmut Böhm über den Rückgang der Gesamtzahl der nichtarischen Studenten vom WS 1934/35 bis SS 1936; vgl. Helmut Böhm, *Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip. Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933–1936)*, Berlin 1995, 217.

21 Harald Hagemann/Claus-Dieter Krohn (Hgg.), *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*. Band 1. Adler – Lehmann, München 1999, 188. Vgl. auch Hiltrud Häntzschel, *Der Exodus von Wissenschaftlerinnen. ›Jüdische‹ Studentinnen an der Münchner Universität und was aus ihnen wurde*, in: Edita Koch (Hg.), *Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse 12 (1992) 48*: »Die im Wintersemester 1932/33 eingeschriebene Studentin Fanny Dulberg wurde als Fanny Ginor Hochschullehrerin in den Wirtschaftswissenschaften (und) in Palästina/Israel einflußreiche Regierungsbeamtin und ist immerhin einen Eintrag im *Biographischen Handbuch der Emigration* wert«.

22 Häntzschel (wie Anm. 18) 120.

23 Ute Scherb, »Ich stehe in der Sonne und fühle, wie meine Flügel wachsen«. Studentinnen und Wissenschaftlerinnen an der Freiburger Universität von 1900 bis in die Gegenwart, Königstein/Taunus 2002.

24 Elisabeth Cheauré, Vorwort, in: ebd., 9.

der Arbeit von Glaser²⁵ recht gut belegen läßt, ist für München auch zwei Jahre nach Publikation der o. g. Arbeit immer noch eine »auffällige Forschungslücke zu beklagen.«²⁶ Häntzschels Beitrag über die »Frauen jüdischer Herkunft an bayerischen Universitäten«²⁷ stellt demnach eine erste, umfangreichere Anstrengung dar, die bis dato weitgehend vernachlässigte Geschichte des (jüdischen) Frauenstudiums im Dritten Reich speziell auch für die »Hauptstadt der Bewegung« genauer zu erforschen. Publiziert wurde dieser Aufsatz in dem 1997 herausgegebenen Band »Bedrohlich gescheit. Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern«, der seine Entstehung der vier Jahre zuvor in München eröffneten Wanderausstellung »Stieftöchter der Alma Mater? 90 Jahre Frauenstudium in Bayern – am Beispiel der Universität München« verdankt. Angeregt durch die Fülle des Materials, zahlreiche Lebensschicksale und Gespräche mit Zeitzeuginnen, die bei der Vorbereitung dieses Projekts entstanden, sahen sich sowohl Hiltrud Häntzschel als auch die damalige Frauenbeauftragte der LMU, Hadumod Bußmann, veranlaßt, ihre Recherchen fortzusetzen und über den Ausstellungskatalog²⁸ hinaus in einer eigenen wissenschaftlichen Publikation zu vertiefen.²⁹ Obwohl das »Frauenstudium an der Universität München«³⁰ bereits 1975 in den Räumen der Universitätsbibliothek exemplarisch beleuchtet und erste tabellarische Ergebnisse zur Entwicklung weiblicher Immatrikulationen zwischen 1901/02 und 1973/74 präsentiert wurden, können Häntzschel und Bußmann für sich in Anspruch nehmen, die über marginale Basisdaten nicht hinausgehenden Informationen durch eine geschickte »Verzweigung von chronologischen, thematischen und biographischen Aspekten«³¹ erstmals wesentlich erweitert zu haben. Lediglich durch eine intensive Lektüre des von Laetitia Boehm und Johannes Spörl 1980 herausgegeben (zweiten) Bandes zum Entwicklungshintergrund der LMU und ihrer Fakultäten lassen sich einzelne Gesichtspunkte zum Frauenstudium an der LMU im Dritten Reich ergänzen, wie sie für die ersten drei Jahre der NS-Zeit außerdem bei Böhm³²

25 Edith Glaser, *Hindernisse, Umwege, Sackgassen. Die Anfänge des Frauenstudiums in Tübingen (1904–1934)*, Weinheim 1992.

26 Cheauré (wie Anm. 24) 9.

27 Häntzschel (wie Anm. 18) 105–136.

28 Bußmann (wie Anm. 16).

29 Vgl. Hadumod Bußmann, Hiltrud Häntzschel, Dank, in: Dies. (Hg.), *Bedrohlich gescheit. Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern*, München 1997, 5.

30 Ladislaus Buzás, Clara Mayr-Wallenreiter (Hgg.), *Frauenstudium an der Universität München. Ausstellung in der Universitätsbibliothek 1. November–31. Dezember 1975*, München 1975.

31 Bußmann (wie Anm. 16) 13.

32 Böhm (wie Anm. 20).

sowie – partiell und auf einzelne Fachbereiche bezogen – bei Bonk³³ und Geiger³⁴ zu finden sind.

Daß die Geschichte des Frauenstudiums bis in die aktuelle Gegenwart hinein nicht an Brisanz verloren hat, zeigt eine Ausstellung, die am 2. Juli 2003 in der Münchner Residenz eröffnet wurde. Mit dem Titel »Forschen, Lehren, Aufbegehren« wollte man daran erinnern, daß sich vor 100 Jahren erstmals Frauen an bayrischen Hochschulen einschreiben konnten. Die Wanderausstellung, die im Frühjahr 2005 noch einmal an ihren Ausgangsort zurückkehrte,³⁵ soll, »wie schon ihre thematisch auf die Universität München zentrierte Vorgängerin vor 10 Jahren, [...] die Geschichte des Frauenstudiums beleuchten«³⁶, indem sie das vergangene Jahrzehnt ergänzt, aber gleichzeitig andere Gewichtungen setzt, um einen breiteren Personenkreis anzusprechen. Auch wenn ein speziell für München entworfener Teilbereich des Projektes offenbar verschiedene Exponate über die Frauen an den Hochschulen der Stadt versammelt, beinhaltet zumindest der von der Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der bayerischen Hochschulen parallel herausgegebene Begleitband³⁷ nur marginale Erweiterungen, was die Studentinnen der ehemaligen »Hauptstadt der Bewegung« betrifft.

Im Gegensatz dazu steht die im Jahr der Ausstellungsöffnung publizierte Arbeit der Historikerin Monika Ebert. Ebert, die bereits 1993 mit Bußmann, Häntzschel und weiteren Kolleginnen die Ausstellung »Stieftöchter der Alma Mater?« vorbereitet und Beiträge zum Katalog geliefert hatte, beleuchtet und vertieft mit ihrer Publikation »Zwischen Anerkennung und Ächtung. Medizinerinnen der Ludwig-Maximilians-Universität in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts« eine, so Ulla Mitzdorf, derzeit Frauenbeauftragte der Universität München, »ganz wichtige Komponente: den Medizinbereich, denn einen großen und wesentlichen Anteil am Frauenstudium der LMU hatten die Medizinerinnen.«³⁸ Indem sich die Autorin gerade auf das Schicksal der jüdischen Medizinerinnen konzentriert, dokumentiert sie »nicht nur die Fortschritte der Gleichstellung, sondern auch die

33 Magdalena Bonk, *Deutsche Philologie in München. Zur Geschichte des Faches und seiner Vertreter an der Ludwig-Maximilians-Universität vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*, Berlin 1995.

34 Gabriele Geiger, *100 Jahre Psychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München*, München 1989.

35 31.5.–10.6.2005, Immatrikulationshalle der Technischen Universität, Arcisstr. 21, EG.

36 Ulla Mitzdorf, Anne Hueglin, Vorwort, in: Christiane Wilke, *Forschen, Lehren, Aufbegehren. 100 Jahre akademische Bildung von Frauen in Bayern. Begleitband zur Ausstellung* herausgegeben von der Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der bayerischen Hochschulen, München 2003, 9.

37 Wilke (wie Anm. 36).

38 Alle Zitate nach Ulla Mitzdorf, Vorwort, in: Monika Ebert, *Zwischen Anerkennung und Ächtung. Medizinerinnen der Ludwig-Maximilians-Universität in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Neustadt an der Aisch 2003, 7.

schlimmsten Rückschläge«³⁹, leitete doch die Machtergreifung Adolf Hitlers vor allem für diese Frauen den Abbruch jeglichen gesellschaftlich-emanzipatorischen Fortschritts ein. Eberts Untersuchung ist nicht nur ein Beitrag gegen das Vergessen der geschichtlichen Wurzeln von akademischer Frauenbildung, sondern kann – ebenso wie ihre »Stieftöchter der Alma Mater?« – als »Anregung und Auftrag«⁴⁰ verstanden werden, eine trotz aller Bemühungen bis heute noch ausstehende umfassendere Untersuchung über die Geschichte der Studentinnen an der Universität München im Nationalsozialismus zu schreiben.

Neben der Zusammenfassung und Auswertung der einschlägigen Literatur hinsichtlich ertragreicher Fragestellungen muß für die anvisierte ausführliche und auch tiefenscharfe Betrachtung v. a. eine grundlegende Sichtung bzw. Auswertung unterschiedlichster Quellen erfolgen, ergänzt um Zeitzeugen-Interviews, Memoiren, Autobiographien etc. Dies ist zum momentanen Zeitpunkt jedoch nur in Ansätzen geschehen, weshalb sich der vorliegende Aufsatz als Sondierung des zu bearbeitenden Feldes mit gelegentlichen Probebohrungen versteht. Zunächst bedeutet dies, daß die allgemeine »reichsweite« Situation des Frauenstudiums in den Jahren 1933 bis 1945 mit der Lage an der LMU nach Differenzkriterien und ggf. deren LMU-Spezifika zu vergleichen ist. Da jedoch die zwölf Jahre der NS-Herrschaft »bei allem Ereignisreichtum, eine viel zu kurze Zeitspanne (darstellen), um Trends oder auch Trendbrüche registrieren zu können«⁴¹, wird neben der NS-Zeit und der Weimarer Republik abschließend auch ein kurzer Blick auf das Frauenstudium in der Nachkriegszeit geworfen.

Soweit sich Personalien unter Berücksichtigung von Datenschutzgesetzen oder Namensänderungen (Heirat, Scheidung etc.) ausfindig machen ließen, wurde vor allem versucht, durch Einsicht in einen Teil der in Doktorarbeiten eingefügten Lebensläufe mehr über die Studentinnen herauszufinden. Als besonders hilfreich erwies sich in diesem Zusammenhang das von Resch und Buzás herausgegebene Gesamtverzeichnis aller auffindbaren Promotionen und Dissertationen der Universität Ingolstadt-Landshut-München im Zeitraum von 1472 bis 1970.⁴² Als »Bibliographie wie auch als Suchinstrument für den Nachweis der Promotionen« wird dem Verzeichnis im Rahmen dieses Aufsatzes schon insofern der »erhoffte Erfolg«⁴³ zuteil, als es dazu beiträgt, die Frauen selbst zu Wort kommen zu lassen,

39 Ebd.

40 Marita A. Panzer, Bemerkungen zur Ausstellung, in: Bußmann (wie Anm. 16) 18.

41 Christof Dipper, Modernisierung des Nationalsozialismus, in: Neue Politische Literatur (NPL) 36 (1991) 451.

42 Lieselotte Resch/Ladislaus Buzás, Verzeichnis der Doktoren und Dissertationen der Universität Ingolstadt-Landshut-München 1472–1970. Band 1–9, München 1975–1979.

43 Alle Zitate nach Lieselotte Resch, Ladislaus Buzás, Vorwort, in: Dies., Verzeichnis der Doktoren und Dissertationen der Universität Ingolstadt-Landshut-München 1472–1970. Band 1. Theologische, Juristische, Staatswirtschaftliche Fakultät, München 1975, 7.

und das nicht aus der Erinnerung an die Vergangenheit, sondern direkt aus der Perspektive der NS- und damit der Zeit, in die ihr Studium fiel.

DIE UMSTRUKTURIERUNG DES FRAUENSTUDIUMS
UNTER NATIONALSOZIALISTISCHER HERRSCHAFT (1933 BIS 1939)

DAS »GESETZ GEGEN DIE ÜBERFÜLLUNG DEUTSCHER SCHULEN
UND HOCHSCHULEN« (1933)

Obwohl die Frauen »verschärft, aber nicht ausschließlich«⁴⁴ vom »Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen« betroffen waren, spricht Weyrather zu Recht von einem »geschlechtsspezifischen Numerus Clausus«⁴⁵, der die Studentinnen eindeutig diskriminierte und damit verdeutlichte, daß die neue Regierung bestrebt war, die Anzahl weiblicher Immatrikulationen drastisch zu reduzieren.⁴⁶ Der Erlaß des Reichswissenschaftsministeriums (REM) sah vor, die Zahl der Studienanfänger in jedem Jahr auf maximal 15 000 zu begrenzen, von denen nur 10 % weiblichen Geschlechts sein sollten. »Diese Quote wurde auf die einzelnen Länder im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl verteilt. In keinem Land durfte die Höchstgrenze von 10 % für Frauen überschritten werden.«⁴⁷ Zahlreiche männliche Studenten und Professoren, »die schon vor 1933 weibliche Studenten als unerwünschte Eindringlinge behandelt hatten, bekundigten ihre Zustimmung«, und eine Hamburger Tageszeitung frohlockte nach Bekanntwerden der neuen Bestimmung: »Der weibliche Intelligenzler-Typus, der mit Hornbrille bewaffnet als ›Gleichberechtigung‹ forderndes Wesen den Schrecken bildete, wird verschwinden.«⁴⁸

Entgegen den Erwartungen wurde die Durchführung der Anordnung, die erstmals im Sommersemester 1934 zur Anwendung kam, jedoch »eher lax«⁴⁹ gehandhabt. Anstelle der geplanten 1 500 erhielten 1 699 Abiturientinnen den Hochschulreifevermerk, was einem Prozentsatz von 12,5 aller Studienanfänger

44 Wilma Mohr, *Frauen in der Wissenschaft. Ein Bericht zur sozialen Lage von Studentinnen und Wissenschaftlerinnen in Hochschulbereich*, Freiburg im Breisgau 1987, 20.

45 Alle Zitate nach Weyrather (wie Anm. 13) 143.

46 Vgl. Jacques R. Pauwels, *Women, Nazis, and Universities. Female University Students in the Third Reich, 1933–1945*, London 1984, 21. Vgl. dazu Grüttner, der der Anordnung des Reichsministers ebenfalls »eine spezielle Passage zur Diskriminierung der Studentinnen« bescheinigt. Grüttner (wie Anm. 14) 115.

47 Weyrather (wie Anm. 13) 143.

48 Alle Zitate nach Michael Grüttner, »Ein stetes Sorgenkind für Partei und Staat«. Die Studentenschaft 1930 bis 1945, in: Krause/Huber/Fischer (wie Anm. 15) Teil I, 212f.

49 Grüttner (wie Anm. 14) 115.

gegenüber den vorgesehenen 10 % entsprach;⁵⁰ 774 von ihnen nahmen tatsächlich ein Studium auf.⁵¹ Ein Grund für die lockere Handhabung des Überfüllungsgesetzes könnte sein, daß nicht einmal die drastisch gesenkten Zulassungsquoten vollständig ausgeschöpft wurden und etliche Studienplätze deshalb unbesetzt blieben: »Von den 15 000 zur Verfügung stehenden Studienplätzen wurden im SS 1934 nur 11 774 besetzt, was bedeutete, daß 22 % der Plätze frei blieben.«⁵² Bereits am 9. Februar 1935, rund ein Jahr nach dem Inkrafttreten, wurde die Zulassungsbeschränkung für Frauen vom REM wieder aufgehoben, »die 10 %-Hürde für weibliche Erstsemester beseitigt.«⁵³ Die von Pauwels und Grüttner vorgelegten Ergebnisse widerlegen damit nicht nur die Auffassung, wonach lediglich 1 500 von 10 000 Frauen des Abiturjahrgangs 1934 ein Studium aufnehmen durften,⁵⁴ sondern sprechen auch gegen die Annahme, die um 60 % gesunkene Zahl weiblicher Studierender in der Zeit des Nationalsozialismus sei ausschließlich auf den »geschlechtsspezifischen Numerus Clausus« von 1933 zurückzuführen.⁵⁵

Die Ursache für den Kurswechsel in der Zulassungspolitik zum Hochschulstudium lag in einem eklatanten akademischen Nachwuchsmangel begründet. So hatten sich »in den vorangegangenen Monaten so viele Soldaten freiwillig zur Reichswehr gemeldet [...], daß die Gesamtzahl der Studierenden wesentlich stärker zurückgegangen war, als man dies ursprünglich erwartet hatte.« Aus diesem Grund verfügte das REM in den folgenden Studiensemestern »lediglich für die studienmäßig und kulturell attraktiven Großstadtuniversitäten Zulassungshöchstzahlen«, eine Maßnahme, die »weniger eine bildungspolitische als vielmehr eine infrastrukturelle und kommunalpolitische Dimension« hatte. Die Studierenden sollten auf diese Weise »gleichmäßiger auf das Reichsgebiet verteilt und gleichzeitig die wirtschaftlichen Ausfälle des massiven Studierendenzurückgangs für den Mittelstand der kleineren, oft stark universitär strukturierten Gemeinden abgemildert werden.«⁵⁶ Gleichzeitig rechtfertigte man die neue Regelung als wissenschaftsökonomische Maßnahme, um »die deutschen Studenten aus der Großstadt hinauszuführen in die kleineren und mittleren Hochschulstädte zu intensiver Ar-

50 Vgl. Pauwels (wie Anm. 46) 21. Die verhältnismäßig »laxe« Handhabung des Gesetzes belegt Grüttner anhand des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich (1935), wonach sich unter »den 16 489 Abiturienten, die schließlich den Hochschulreifevermerk erhielten, [...] 1933 Frauen (11,7 %)« befanden; gleichwohl bedeutete dies, »daß nur 17,8 % der 10 843 Abiturientinnen die Erlaubnis bekamen, ein Hochschulstudium aufzunehmen.« Grüttner (wie Anm. 14) 115 f.

51 Vgl. Mertens (wie Anm. 12) 96.

52 Adam (wie Anm. 11) 96, Anm. 84.

53 Grüttner (wie Anm. 14) 116; vgl. auch Pauwels (wie Anm. 46) 29.

54 Vgl. Clephas-Möcker (wie Anm. 12) 179.

55 Vgl. Ingrid Schmidt-Harzbach, Kampf ums Frauenstudium. Studentinnen und Dozentinnen an deutschen Hochschulen, in: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.), Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Juli 1976, Berlin 1977, 45.

56 Alle Zitate nach Mertens (wie Anm. 12) 96f.

VOM HELDEN ZUM HAUPTSCHULDIGEN – DER MANN, DER DIE GESCHWISTER SCHOLL FESTNAHM¹

von Sönke Zankel

EINFÜHRUNG

Ludwigs-Maximilians-Universität München, 18. Februar 1943. Professor Kurt Huber hielt wie jeden Donnerstag seine Vorlesung. Währenddessen gingen die Geschwister Hans und Sophie Scholl in den Lichthof der Universität. Dabei hatten sie einen Koffer voller Flugblätter, verfaßt von Kurt Huber, redigiert von Hans Scholl und Alexander Schmorell. Die Geschwister legten die Schriften im Gebäude der Universität aus und wollten eigentlich schon wieder den Heimweg antreten, entschieden sich dann jedoch anders und gingen abermals in den Lichthof, um auch die letzten im Koffer verbliebenen Flugschriften auszulegen, die zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus aufriefen. Jetzt waren sie jedoch nicht mehr allein. Der Hausschlosser Jakob Schmid hatte sie gesehen, war zu ihnen geeilt, erklärte sie für verhaftet und übergab sie dem Kanzleisekretär Albert Scheithammer. Beide brachten das Geschwisterpaar zum Syndikus der Universität, Karl Ernst Haeffner, der wiederum die Gestapo verständigte.²

In den kommenden Tagen waren die Scholls den Verhören der Gestapo ausgesetzt. Die Verhandlung vor dem Volksgerichtshof (VGH) sollte auch nicht lange auf sich warten lassen. Am 22. Februar 1943 verurteilte das höchste deutsche Gericht unter dem Vorsitz von Roland Freisler Hans und Sophie Scholl sowie ihren Freund Christoph Probst zum Tode. Im Zusammenhang mit den Aktionen dieses Widerstandskreises, dem Scholl-Schmorell-Kreis, wurden außerdem die Medizinstudenten Alexander Schmorell und Willi Graf sowie der Philosophieprofessor Kurt Huber hingerichtet; weitere Personen wurden zu Haftstrafen verurteilt.

Wer nun war dieser Jakob Schmid, und wie gingen er und seine Zeitgenossen nach dem Wechsel des politischen Systems 1945 mit seiner einstigen »Heldentat« um? Wie wurde die Tat im Prozeß der Entnazifizierung Schmidts bewertet? Wie behandelte das Entnazifizierungsgericht, die Spruchkammer, die anderen Universitätsbediensteten, die an dem Verhaftungsvorgang beteiligt waren? Und daraus

1 Dieser Beitrag entstand im Rahmen meiner Dissertation zur Rezeptionsgeschichte des Scholl-Schmorell-Kreises.

2 BArch, ZC 13267, Bd. 1, Bl. 6, Aussage Jakob Schmid gegenüber der Gestapo vom 18.2.1943.

folgernd: Offenbaren sich an dem Fall Scholl eventuell entsprechend der Stellung der Angeklagten innerhalb der Universitätshierarchie unterschiedliche Beurteilungsmaßstäbe der Spruchkammern?

Für diesen Beitrag konnte auf neues Aktenmaterial zurückgegriffen werden, in erster Linie auf das Spruchkammerverfahren zum einen gegen Jakob Schmid und zum anderen gegen Albert Scheithammer, Regierungssekretär an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU). Darüber hinaus wurden verschiedene Personalakten aus dem Archiv der LMU und dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv herangezogen. Erwähnt sei auch der Nachlaß von Jakob Schmid, der sich noch im Privatbesitz befindet und für die Zwecke der vorliegenden Arbeit ausgewertet wurde.

ZUR PERSON JAKOB SCHMIDS

Ein Charakterbild von Schmid zu zeichnen, erscheint äußerst schwierig. Das Gros der Dokumente bezieht sich auf die Vorfälle vom 18. Februar 1943 und deren Folgen. Auch wenn dieser Tag in der Biographie Schmid's eine überaus zentrale Rolle einnahm, so müssen zwangsläufig viele Bereiche seiner Biographie unberücksichtigt bleiben. Lediglich über einige Rahmendaten läßt sich Auskunft geben: Am 25. Juli 1886 wurde er in Traunstein geboren und hatte später einen Halbbruder.³ Vor 1933 gehörte er dem katholischen Arbeiterverein ebenso an wie der Bayerischen Volkspartei,⁴ zu der auch Professor Kurt Huber zählte. Von 1913 bis 1916 war er Monteur an der Technischen Hochschule in München.⁵ Für seine »Heimatverdienste« während des Ersten Weltkriegs, in dem er verwundet worden war, erhielt Schmid das »Ludwig-Kreuz«.⁶ Am 5. Oktober 1926 wurde er dann als Hausschlosser und Hörsaaldienner an der LMU angestellt.⁷

Sieht man sich die Mitgliedschaften von Schmid in den NS-Verbänden an, so scheint es sich um keinen außergewöhnlich engagierten Nationalsozialisten gehandelt zu haben; vielmehr findet sich hier eine Mitgliedsstruktur, die keine Seltenheit war. Vom 1. Mai 1937 an war er Mitglied in der NSDAP und dort vom

3 Hier handelt es sich um Albert Fruhmann, der zwischen 1922 und 1923 für fünf Monate Mitglied der NSDAP war. In der NS-Zeit arbeitete er bei der Baufirma Leonhard Moll. Vgl. StAM, SpKA Traunstein K 2540 (Albert Fruhmann).

4 StAM, SpKA K 1634 (Jakob Schmid), Bl. 71 a (künftig zitiert als SpKA Schmid), Aussage Jakob Schmid, Protokoll der Öffentlichen Sitzung der Berufungskammer München vom 13.9.1946.

5 UAM, PA-allg.-594, Jakob Schmid an die Juristische Fakultät der LMU vom 12.3.1949.

6 Die Urkunde befindet sich im Nachlaß Jakob Schmid, Familienbesitz Strehler. Zur Verwundung vgl. StAM, SpKA Schmid, Bl. 147, Franz Swoboda an den Bayerischen Minister für politische Befreiung vom 27.4.1951.

7 UAM, PA-allg.-594, Jakob Schmid an die Juristische Fakultät der LMU vom 12.3.1949.

1. September 1941 an Zellenleiter. In die SA trat er am 1. November 1933 ein, auch hier blieb er bis 1945 Mitglied, ebenso in der »Deutschen Arbeitsfront« (DAF), in die er bereits 1934 eintrat.⁸ Unabhängig von diesen Mitgliedschaften ist innerhalb der Familie Schmid überliefert, daß es sich um einen hart arbeitenden Menschen handelte, der zumindest in der Enkelgeneration als »herzensgut« gilt.⁹ »Herzensgut« war Schmid aber nicht zu allen Menschen. In seiner Polizeiakte ist ein Fall aus dem Jahre 1934 dokumentiert, der sich im Hof seines Wohnhauses abspielte. Schmid war hier als Hausmeister tätig und hatte in dieser Funktion am 9. Juni 1934 gerade den Innenhof gesäubert. Kurz darauf warf ein sechsjähriger Junge einen Ziegelstein in den gesäuberten Bereich und verunreinigte diesen dadurch. Schmid ging zu dem Sechsjährigen und dessen vier Jahre älteren Bruder und schlug dabei in einem Maße zu, daß dem Jüngeren die Nase blutete.¹⁰

Abgesehen von einigen Anzeigen gegen Schmid in der Weimarer Zeit u. a. wegen Diebstahls führte der Handwerker ansonsten ein anscheinend recht normales Leben. Erst am 18. Februar 1943 sollte er aus der »Normalität« heraustreten und historische Bedeutung erlangen. Die Verhaftung der Geschwister Scholl durch Schmid schildert die Schwester der beiden, Inge Scholl, in ihrer Geschichte des Widerstandskreises folgendermaßen: »Aber zwei Augen hatten sie [die Scholls/SZ] erspäht. Sie hatten sich vom Herzen ihres Besitzers gelöst und waren zu automatischen Linsen der Diktatur geworden. Es waren die Augen des Hausmeisters.«¹¹ Die Schwester der Widerstandskämpfer irrt jedoch mit ihrer lyrischen Darstellung: Es handelte sich bei der Verhaftung durch Schmid eben nicht um eine spontane Reaktion eines Menschen, der in diesem Moment »herzlos« handelte. Diese Einschätzung wird der Person des Hausschlossers nicht gerecht. Er handelte vielmehr voller Überzeugung und wähnte sich in dem Glauben, eine große Tat vollbracht zu haben. Als er bei der Verhandlung gegen die Scholls und Probst vor dem Volksgerichtshof auftrat, zeigte sich, wie tief seine Überzeugung verankert war. Bislang noch unbekannt Zeugenaussagen verdeutlichen dies. So sagte der Oberlandesgerichtsrat Otto Betzold, der an der VGH-Verhandlung teilgenommen hatte, in der Nachkriegszeit aus: »Der Zeuge [Schmid] ist hereingekommen. Auffällig war, daß er mit gebeugtem Rücken und ausgestreckter Hand zum Hitlergruß in kleinen Schritten vorangeschritten ist. Der Auftritt war sehr kurz, der Staatsanwalt sagte, die Angeklagten haben ge-

8 StAM, SpKA Schmid, Bl. 1, »Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946« von Jakob Schmid vom 23.4.1946.

9 Dies geht aus einem Interview mit der Enkelin Schmid's hervor. Vgl. Interview mit Angelika Strehler vom 6.6.2004.

10 Zweifel an dem Vorfall können ausgeschlossen werden. Eine Menschenmenge empörte sich über das Verhalten Schmid's. Dieser war später gegenüber der Polizei geständig. Vgl. StAM, Polizeidirektion München 10145, Polizeidirektion München, Aktenvermerk vom 16.6.1934.

11 Inge Scholl, Die Weiße Rose, Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt am Main 1993, 56.

standen, auf Zeugen kann verzichtet werden, der Zeuge könne sich auf die Bank setzen. Als Schmid nicht zu Worte kam, hatte ich persönlich das Gefühl, daß er gehofft hatte, in das Rampenlicht der Welt zu treten.«¹²

Ein Bericht über die Propagandaveranstaltung der Universität, die als öffentliche Bekundung gegen die Tat des Scholl-Schmorell-Kreises konzipiert war, verdeutlicht ebenso die Einstellung Schmid's. Li Magold, eine Studentin, berichtete hierüber: »Die Kundgebung im Auditorium Maximum gehört zu den schauerlichsten Erinnerungen, die mir aus jenen Tagen geblieben sind. Hunderte von Studenten johlten und trampelten dem Denunzianten und Pedell der Uni Beifall, und dieser nahm ihn stehend mit ausgestrecktem Arm entgegen.«¹³ Auch Betty Brunnhuber, mit der Schmid in Kontakt stand, zitiert Schmid zur Zeit des Falls Scholl aus ihrer Erinnerung folgendermaßen: »Das hätten die Scholls dem Führer nicht antun dürfen, es ginge nicht, daß man unseren Frontsoldaten in den Rücken fällt. Wo solle das hinführen?«¹⁴ Bemerkenswert bleibt hier noch, daß Schmid am 18. Februar 1943 nicht zum ersten Mal jemanden in der Universität an die Polizei auslieferte. Bereits 1934 konnte er zum wiederholten Male einen Dieb stellen. Dies zählte sicher zu seinen Aufgaben, aber sein Schreiben an die Polizei offenbart doch eine mehr als nur diensteifrige Art: »Damit glaube ich der Polizeidirektion wertvolle Dienste geleistet bzw. die Arbeit Ihrer Beamten erleichtert zu haben; gerade der letzte Fall [...] dürfte für meine Ausführungen den besten Beweis liefern. Wäre es möglich mir für diese Leistungen eine den Verhältnissen entsprechende Belohnung zukommen zu lassen?«¹⁵

GENESE DES SPRUCHKAMMERVERFAHRENS GEGEN SCHMID

Kurz nach der Kapitulation Deutschlands wurde Jakob Schmid erstmals von den Besatzern festgenommen. Nach dreizehnwöchiger Haft erfolgten Nachforschungen im Falle Schmid durch die Amerikaner im Lazarett Fürstenfeldbruck; zwei Tage später befand sich der Betroffene wieder auf freiem Fuß.¹⁶ Diese Untersuchung war jedoch die zweite, die erste folgte kurz nach seiner Festnahme am

12 StAM, SpKA Schmid, Bl. 71 d, Aussage Otto Betzold, Protokoll der Öffentlichen Sitzung der Berufungskammer München vom 13.9.1946.

13 Li Magold, Leserbrief, Süddeutsche Zeitung vom 18./19.2.1965. Gedruckt auch in: Petry, Christian, Studenten aufs Schafott, Die Weiße Rose und ihr Scheitern, München 1968, 122.

14 StAM, SpKA Schmid, Bl. 9, Eidesstattliche Erklärung von Betty Brunnhuber, o. D. [1946].

15 StAM, Polizeidirektion München 10145, Jakob Schmid an die Polizeidirektion München vom 20.2.1934.

16 StAM, SpKA Schmid, Bl. 6, Aussage Jakob Schmid, Special Investigation Section, Special Branch vom 10.12.1945.

11. Mai 1945.¹⁷ Den Amerikanern war zu dieser Zeit der Fall Schmid so bekannt, daß man sich diesem unmittelbar nach der Kapitulation Deutschlands widmete. Am 12. Juli 1945 wurde Schmid durch den Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus »als Maschinenmeister (Angestellter) bei der Hauswerkstätte der Universität München« offiziell vom Dienst enthoben.¹⁸ Als der ehemalige Universitätsbedienstete seinen Meldebogen – »auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946« – für die Amerikaner ausfüllen und hier Rechenschaft über seine politische Tätigkeit von 1933 bis 1945 ablegen mußte, wird ihm vermutlich noch nicht das Folgeschwere seiner Festnahme der Geschwister Scholl bewußt gewesen sein; schließlich hatten die Amerikaner ihn wieder aus der Haft entlassen.

So ließen auch die ersten Berichte in der Nachkriegszeit über die Aktionen des Scholl-Schmorell-Kreises nicht lange auf sich warten. Am 25. August 1945 war in der »Münchener Zeitung« ein Artikel über die Ereignisse im Jahre 1943 erschienen. Hier war zu lesen: »Zwei Studenten wurden dabei von dem Universitätspedell Schmid beobachtet und dieser Spitzel informierte die Gestapo.«¹⁹ Was genau dazu führen sollte, daß Schmid später als Erster vor der Münchner Spruchkammer angeklagt wurde, bleibt etwas nebulös. Eine nicht unbedeutende Rolle mag hierbei das energische Auftreten Karl Wiedemanns, der bis 1944 als Photograph am Kunsthistorischen Seminar der LMU tätig gewesen war, gespielt haben. In einem Verhörprotokoll vom 15. Oktober 1945 sind die Vorwürfe, die Wiedemann hinsichtlich der Verhaftung der Geschwister Scholl erhob, wiedergegeben. Wiedemann, so ist zu lesen, gab »nochmals Erklärungen über den Studentenaufstand 1943 in München ab, die von ihm bereits an die Münchner Zeitung geschickt worden waren [vermutlich als Reaktion auf den genannten Artikel darin/SZ], aber von der Schriftleitung nicht veröffentlicht wurden.«²⁰

Wiedemanns Anzeige richtete sich jedoch offenbar nicht gegen Jakob Schmid, sondern gegen den Syndikus der Universität, Karl Ernst Haeffner und gegen Albert Scheithammer.²¹ Wiedemann gab an, daß Haeffner (Jg. 1902), der in den 1930er Jahren im Bayerischen Kultusministerium tätig gewesen war,²² die Geschwister

17 Vgl. StAM, Polizeidirektion München 10145, Aussage Jakob Schmid beim Polizeipräsidium München vom 19.10.1945.

18 UAM, PA-allg.-594, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus an Jakob Schmid vom 12.7.1945.

19 Münchener Zeitung vom 25.8.1945.

20 StAM, SpKA Schmid, Bl. 13, Aussage Karl Wiedemann, Special Branch Denunciation Report vom 15.10.1945.

21 Zur Denunziation Albert Scheithammers durch Karl Wiedemann vgl. StAM, SpKA Schmid, Bl. 3a, Aussage Karl Wiedemann, Special Branch Denunciation Report, o. D.

22 UAM, PA-allg.-566, Lebenslauf Karl Ernst Haeffner, o. D. [verfaßt in der Nachkriegszeit]. Hier geht Haeffner in sich selbst rechtfertigender Absicht auf die einzelnen Stationen seiner Berufsbi-

Scholl verhaften ließ, was deren Hinrichtung zur Folge gehabt habe. Aber seine Anzeige beschränkte sich nicht nur auf den Vorwurf der Mitschuld am Tode der Geschwister Scholl, sondern er gab ebenso an, daß Haeffner veranlaßt habe, »Hörerlisten von Hermann Göring anfertigen zu lassen, ohne die Unterschrift von Görings Lehrer Dr. Nawiasky, da dieser Jude war.«²³

Interessant ist hier ein Blick auf die Person Karl Wiedemanns. Er war Ende des Jahres 1944 von der Arbeit an der Universität entbunden und dem Kriegseinsatz zur Verfügung gestellt worden.²⁴ Hintergrund war der Vorwurf, Wiedemann habe ein Fahrrad gestohlen. Auf Grund dieses Vorfalles war es 1944 zum Verfahren gegen Wiedemann vor dem Amtsgericht München gekommen. Wiedemann sah hinter den Vorwürfen die Tätigkeit Haeffners. In einem Schreiben aus dem Jahre 1946 wird diese Position Wiedemanns deutlich: »Durch die vom ehemaligen Syndikus Dr. Haeffner vollzogene Dienstenthebung bin ich unverschuldet mit meiner Familie wegen Einstellung der Auszahlung meiner Dienstbezüge in eine finanzielle Notlage versetzt worden. [...] So blieb mir nur noch dieser Weg offen, sollte ich mit meiner seit Jahren gelähmten Frau und meinen 4 Kindern nicht einem Schicksal anheimfallen, das sich der damalige Syndikus Dr. Haeffner offenbar in seinem Haß gegen mich ausgedacht hatte. Ihm habe ich es zu verdanken, daß ich diesen großen Verlust erlitt.«²⁵

Gleichgültig ob die Vorwürfe gegen Wiedemann der Wahrheit entsprachen, dieser hatte ein Interesse daran, sich in der Nachkriegszeit gegen Haeffner zu wenden. Dies gilt für Schmid gerade nicht, denn der Hausschlosser war interessanter Weise im Amtsgerichtsverfahren gegen Wiedemann als Entlastungszeuge aufgetreten. Hiernach hatte Schmid Wiedemann auf einen Haufen Alteisen mit den Worten aufmerksam gemacht: »Da sind Fahrradteile drinnen, stell Dir auch eines zusammen!«²⁶ Wiedemanns Aussage bei den Amerikanern gegen Haeffner und Scheithammer ist also vor allem auf persönliche Motive Wiedemanns zurückzuführen. So war es sicher auch nicht das primäre Ziel Wiedemanns, Schmid

graphie ein. Hiernach nahm er im Juni des Jahres 1944 nebenamtlich die Stelle des Syndikus der Bayerischen Akademie der Wissenschaften an. Vgl. hierzu auch: BayHStA, MK 54569, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus an die Bayerischen Akademie der Wissenschaften vom 2.8.1944.

23 StAM, SpKA Schmid, Bl. 13, Aussage Karl Wiedemann, Special Branch Denunciation Report vom 15.10.1945.

24 Vgl. UAM, PA-allg-449s, Bay. Kultusministerium an den Reichsverteidigungskommissar für den Reichsverteidigungsbezirk Gau München – Oberbayern vom 28.11.1944.

25 UAM, PA-allg-449s, Karl Wiedemann an den Verwaltungsausschuß der Ludwig-Maximilians-Universität München vom 26.2.1946.

26 Dies geht aus dem Urteil des 1946 wieder aufgerollten Verfahrens vor dem Landgericht München I gegen Wiedemann hervor. Vgl. UAM, PA-allg-449s, Urteil der 2. Strafkammer des Landgerichts München I gegen Wiedemann vom 12.1.1946.

»REEDUCATION« – »REORIENTATION«:
THEORIE UND PRAXIS ZENTRALER LEITBEGRIFFE
DER AMERIKANISCHEN BESATZUNGSPOLITIK
NACH 1945

von Ellen Latzin

EINFÜHRUNG

Für Ralf Dahrendorf war sie »angewandte Aufklärung«¹, für den US-Ministerialbeamten Henry J. Kellermann eine Form der »geistige(n) Reparation« und »der lange Hebel am Besatzungsapparat«², der Politikwissenschaftler Franz L. Neumann bezeichnete sie hingegen als Versuch, »das Unmögliche zu versuchen«³ und in die Literatur ging sie als »Charakterwäsche«⁴ ein – die Rede ist von einem der schillerndsten Begriffe der amerikanischen Besatzungspolitik nach 1945: Reeducation, im Deutschen bekannt geworden als Umerziehung. Die Umerziehung zur Demokratie avancierte langfristig – ab 1947 unter dem Namen Reorientation – zum zentralen besatzungspolitischen Konzept amerikanischer Deutschlandpolitik, nachdem das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 neben Entmilitarisierung, Demontage, Dekartellisierung und Entnazifizierung nach einem amerikanischen Entwurf auch gefordert hatte, »den späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage [...] vorzubereiten«.⁵

Der historische Präzedenzfall der Erziehung eines ganzen Volkes zu Bürgern eines demokratischen Staatswesens hat großes wissenschaftliches Interesse auf sich gezogen. Erstmals befaßte sich Karl-Ernst Bungenstab 1970 im Rahmen seiner

1 Ralf Dahrendorf, *Die angewandte Aufklärung. Gesellschaft und Soziologie in Amerika*, München 1963. Die folgende Darstellung basiert auf dem ersten Abschnitt meiner Dissertation; vgl. Ellen Latzin, *Lernen von Amerika? Das US-Kulturaustauschprogramm für Bayern und seine Absolventen*, Stuttgart 2005.

2 Henry Kellermann, *Von Re-education zu Re-orientation. Das amerikanische Re-orientierungsprogramm im Nachkriegsdeutschland*, in: Manfred Heinemann (Hg.), *Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich*, Stuttgart 1981, 86–102, hier 86f.

3 Franz L. Neumann, *Die Umerziehung der Deutschen und das Dilemma des Wiederaufbaus (1947)*, in: Ders., *Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930–1954*, hg. von Alfons Söllner, Frankfurt 1978, 290–308, hier 290.

4 Caspar von Schrenck-Notzing, *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen*, Stuttgart 1965.

5 Bundesministerium des Innern (Hg.), *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, Reihe II, Bd. 1 (1945): *Die Konferenz von Potsdam*, bearb. von Gisela Biewer, Neuwied/Frankfurt 1992, 2155.

Dissertation bei dem Münchner Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer mit der Umerziehung, allerdings standen ihm damals nur die gedruckten amerikanischen Regierungsdokumente zur Verfügung.⁶ Er definierte den Terminus Reeducation als Zusammenfassung aller Maßnahmen, »die darauf abzielten, auf der geistigen und emotionalen Ebene den Deutschen die Grundsätze, Prinzipien und Haltungen demokratischen Zusammenlebens verständlich zu machen«.⁷ In den folgenden Jahren behandelten zahlreiche Untersuchungen Erfolge und Mißerfolge der Umerziehung.⁸ Die wachsende Fülle von Publikationen der letzten zwei Jahrzehnte geht auch auf den erleichterten Zugang zum wichtigsten amerikanischen Quellenbestand der Nachkriegszeit zurück, die OMGUS-Akten, die seit Mitte der 1980er Jahre als Mikroficheduplikate in mehreren deutschen Archiven vorliegen, unter anderem im Institut für Zeitgeschichte und im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München.⁹

Dieser Beitrag will eine Bilanz der bisherigen Forschungsergebnisse ziehen, wobei er sich an der Frage nach Intention und Funktion der Reeducation und ihrer Nachfolgestrategie, der Reorientation, im Konzept der amerikanischen Besatzungsmacht orientiert. Planung, Begrifflichkeit und Praxis des Konzepts stehen dabei im Vordergrund. Vor dieser Folie wird die Praxis von Reeducation und Reorientation im Hochschulwesen der US-Besatzungszone, vornehmlich am Beispiel der LMU München, exemplifiziert, soweit der bisherige Forschungsstand dies zuläßt.

6 Karl-Ernst Bungenstab, *Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949*, Düsseldorf 1970.

7 Ebd., 18.

8 Eine grundlegende Übersicht bietet James F. Tent, *Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-Occupied Germany*, Chicago/London 1982; das Ziel einer umfassenden Demokratisierung verneint hingegen Jutta-B. Lange-Quassowski, *Neuordnung oder Restauration? Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen. Wirtschaftsordnung, Schulstruktur, politische Bildung*, Opladen 1979; einen Vergleich mit der Umerziehungspolitik im besetzten Japan bietet Beate Rosenzweig, *Die Umerziehung zweier besieger Nationen: Die Reeducationpolitik der Amerikaner in Deutschland und Japan. Ein Vergleich*, in: *Bildung und Erziehung* 43 (1990) 449–458.

9 Zu den Akten des Office of Military Government for Germany, U. S. (OMGUS) und den Dienststellen auf Länderebene siehe James Hastings, *Die Akten des Office of Military Government for Germany (US)*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 24 (1976) 75–101; zum Verfilmungsprojekt Hermann Weiß, *Abschlußbericht über das OMGUS-Projekt (1976–1983)*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 32 (1984) 318–326.

DIE PLANUNGSPHASE

Die Planungsstäbe der amerikanischen Regierung entwickelten bereits seit 1943 Konzepte zur Gestaltung eines demokratischen Nachkriegsdeutschlands. Zwar machten divergierende Vorstellungen in Kriegs-, Außen- und zeitweise auch Finanzministerium unter Henry J. Morgenthau und der daraus resultierende, von Präsident Franklin D. Roosevelt lange ignorierte Konkurrenzkampf einen einheitlichen Gesamtentwurf zur amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945 unmöglich. Das Konzept der Reeducation spielte jedoch in allen Ideen zum deutschen Neubeginn eine zentrale, oftmals kontrovers diskutierte Rolle.¹⁰

Die Vorstellung einer Umerziehung zur Demokratie mittels Zwang und der Begriff selbst entstammten zeitgenössischen Theorien der amerikanischen Psychiatrie, Sozialpsychologie und Pädagogik, die erstmals auf ein politisches System transferiert wurden. Ausgangspunkt der Überlegungen war die mehrheitlich akzeptierte Grundthese, es gebe in Deutschland verdorrte demokratische Traditionen, die mit Hilfe neuartiger Lehrmethoden wieder zur Blüte gebracht werden könnten.¹¹

Der Ursprung dieser Idee lag in den Theorien des amerikanischen Pädagogen und Philosophen John Dewey. Dewey formulierte 1942 die These, es sei Hitler glücklich, genuin deutsche Werte und Traditionen, etwa die Philosophie Kants und Hegels, in einen völlig neuen weltanschaulichen Kontext zu stellen, sodaß eine Umerziehung im nationalsozialistischen Sinne gelungen sei. Wenn dies in eine Richtung Erfolg habe, müsse es auch in die umgekehrte – demokratische – Richtung möglich sein.¹² Der implizite Erziehungsoptimismus verband sich bei Dewey, einem maßgeblichen Vertreter des Pragmatismus, ferner mit der Vorstellung, die Demokratie sei nicht nur eine Staats-, sondern vielmehr eine Lebensform, die jeder mündige Bürger praktiziere. Das nötige Rüstzeug für demokratisches Handeln erhalte die Jugend in der Schule und könne sich so bereits frühzeitig in den demokratischen Wertekontext integrieren.¹³

10 Felicitas Henschke, *Demokratisierung als Ziel der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland und Japan 1943–1947*, Hamburg 2001, 67–82.

11 Uta Gerhardt, *Re-education als Demokratisierung der Gesellschaft Deutschlands durch das amerikanische Besatzungsregime*. Ein historischer Bericht, in: *Leviathan* 27 (1999) 355–385; Dies., *The Medical Meaning of Reeducation for Germany: Contemporary Interpretation of Cultural and Institutional Change*, in: *Paedagogica Historica. International Journal of the History of Education* 33 (1997) 135–155.

12 John Dewey, *Deutsche Philosophie und deutsche Politik*, Meisenheim 1954, 7–13 (engl. Ausgabe New York 1942, zugleich die um das hier zitierte erste Kapitel erweiterte Ausgabe des Erstdrucks von 1915).

13 John Dewey, *Demokratie und Erziehung*. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik, 3. Aufl. Braunschweig 1964 (engl. Erstausgabe New York 1915); dieses Standardwerk Deweys diente auch den Bildungsexperten der amerikanischen Militärregierung für Deutschland als Lektüre; vgl. *Tent* (wie Anm. 8) 5.

Die Thesen Deweys gelangten im Rahmen der deutschen Nachkriegsplanungen ins Bewußtsein der amerikanischen Öffentlichkeit und entfachten spätestens mit Richard Brickners provokantem Aufsatz »Is Germany incurable?« eine rege Debatte.¹⁴ Der Neurologe Brickner ging explizit von einer medizinisch-psychiatrischen Fragestellung aus, beschrieb die Symptome des »Patienten« Deutschland und diagnostizierte das Krankheitsbild einer Paranoia. Hauptinstrument seines Heilungsvorschlags war die Reeducation, die als eine Art Verhaltenstherapie auf die »normalen« Individuen einwirken sollte, um anschließend das gesamte Volk zu verändern. Die pauschalen Thesen Brickners waren zwar äußerst umstritten, die Idee der Reeducation löste jedoch große Resonanz in Fachkreisen sowie in Washington aus und schwemmte seit 1944 zunehmend Soziologen, Kulturanthropologen, Psychologen sowie Psychiater in Gremien und Foren zur Deutschlandplanung in der US-Hauptstadt.¹⁵

Kurt Lewin, ein aus Deutschland emigrierter Sozialpsychologe, griff Deweys Ansatz ebenfalls auf und formulierte – ausgehend von der vorherrschenden zeitgenössischen Prämisse, daß menschliche Denk- und Handlungsprozesse mit geeigneten wissenschaftlichen Methoden relativ leicht zu steuern seien – Thesen zur Umerziehung der Deutschen. Da die Demokratie keine dem Menschen inhärente Staats- und Gesellschaftsform sei, könne und müsse er sie erst erlernen. Dieser Lernprozeß sei erfolgversprechend allein in einem geeigneten Umfeld, also in einer demokratisch geprägten Kultur. Sofern diese nicht existiere, müßten geeignete »Führer«, von außen kommend, den Prozeß in Gang setzen und übergangsweise alle Bereiche des öffentlichen Lebens kontrollieren. Um das Paradox einer angelegten, erzwungenen Demokratie aufzuheben, verfolge der demokratische Führer langfristig das Ziel, »sich selber überflüssig zu machen, durch aus der Gruppe stammende Führer ersetzt zu werden«.¹⁶

Auch Talcott Parsons, Soziologieprofessor der Harvard University und Präsident der American Sociological Society, ging von der Notwendigkeit eines umfassenden gesellschaftlichen Wandels in Deutschland aus, erteilte jedoch den weithin verbreiteten Vorstellungen einer erzwungenen Umerziehung, insbesondere in den Bereichen Familie und Bildung, eine Absage und plädierte statt dessen für indirekte Maßnahmen, um die deutsche Bevölkerung zu beeinflussen – eine Forderung, die sich erst ab 1947 verstärkt in der Besatzungspolitik niederschlagen sollte.¹⁷ Bereits auf der von Richard Brickner organisierten Konferenzserie »Germany

14 Richard Brickner, *Is Germany incurable?* Philadelphia 1943.

15 Gerhardt (wie Anm. 11) 373–378.

16 Kurt Lewin, *Kultureller Wiederaufbau* (1947), in: Ders., *Die Lösung sozialer Konflikte. Ausgewählte Abhandlungen über Gruppendynamik*, Bad Nauheim 1953, 63–73, hier 70; ferner ders., *Der Sonderfall Deutschland* (1943), in: ebd., 74–91.

17 Talcott Parsons, *The Problem of Controlled Institutional Change. An Essay in Applied Social*

after the War«, die sich im Herbst 1944 mit der möglichen Gestalt Nachkriegsdeutschlands befaßte, ging Parsons davon aus, die Umgestaltung der deutschen Mentalität werde Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Ein langfristiges Engagement sei also unabdingbar.¹⁸

Die Liste der publizierten Beiträge zur Umerziehung, auch von deutschen Emigranten, ließe sich fortsetzen.¹⁹ Zwar wurde die Notwendigkeit einer Umerziehung nur selten hinterfragt, die Meinungen über die Machbarkeit eines langfristigen Engagements bzw. über die praktische Vorgehensweise gingen jedoch weit auseinander. Die zeitgenössischen Beiträge lassen ein breites Spektrum unterschiedlichster Lösungsvorschläge erkennen, das sich nicht nur an der jeweiligen Fachdisziplin orientierte, sondern auch an den unterschiedlichen Faschismusinterpretationen. Um zu verhindern, daß sich die Deutschen noch einmal einer totalitären Ideologie verschrieben, galt es, Zeitpunkt und Ursachen dieser Fehlentwicklung zu erkennen. Lagen ihre Wurzeln im Scheitern der Weimarer Republik oder bereits in Traditionen des 19. Jahrhunderts? Ging es um Wirtschaftskonzepte, Bildungsideale oder die geeignete Staatsform? Welche Rolle spielten die gesellschaftlichen Strukturen in Monarchie und Republik, welche die Elitenbildung? Das Ringen um die richtige Form der Reeducation war letztendlich ein Kampf um die richtige Interpretation des Nationalsozialismus, die nie auf einen Nenner zu bringen war. Auch wird an dieser Stelle die moralische Komponente der amerikanischen Reeducationpolitik greifbar, die den Kampf gegen den Nationalsozialismus als Kreuzzug des Guten gegen das Böse begriff und daraus die Bestrafung der Schuldigen sowie nötige Korrekturen folgte.²⁰

DAS AMERIKANISCHE DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS

Eng mit der retrospektiven Frage nach den Wurzeln des Nationalsozialismus war die zweite zentrale Leitlinie der Reeducation verbunden: die Frage nach der zukünftigen Struktur Deutschlands, also nach der Etablierung einer Demokratie. Welcher Demokratiebegriff auf Deutschland anzuwenden war, wurde in den offiziellen Dokumenten zur geplanten Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten

Science, in: *Psychiatry* 8 (1945) 79–101, abgedruckt in: Uta Gerhardt (Hg.), *Talcott Parsons on National Socialism*, New York 1993, 291–324.

18 Uta Gerhardt, *Talcott Parsons und die Re-education-Politik der amerikanischen Besatzungsmacht*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 24 (1988) 121–151.

19 Vgl. die Analyse bei Otto Schlander, *Reeducation – ein politisch-pädagogisches Prinzip im Widerstreit der Gruppen*, Frankfurt/Bern 1975, 162–176, u. a. mit Umerziehungs-Beiträgen von Heinrich und Thomas Mann, Werner Richter und Karl Mannheim.

20 Kellermann (wie Anm. 2) 87.

jedoch erstaunlicherweise nicht definiert, ebensowenig gab es eine systematische methodische Vorarbeit.

Erst im März 1947, also fast zwei Jahre nach Beginn der Besatzungszeit und etwa zeitgleich mit der Veröffentlichung der Truman-Doktrin, formulierte US-Außenminister George C. Marshall anlässlich der Moskauer Außenministerkonferenz eine Definition allgemeinen Charakters.²¹ Die für das amerikanische Demokratieverständnis fundamentalen Werte seien die klassischen Bürgerrechte – Selbstbestimmung, Meinungsfreiheit, Freizügigkeit, Schutz der Rechte des Einzelnen – ferner die Presse- und Rundfunkfreiheit, das Recht auf Gewerkschaften und Parteien sowie freie Wahlen. Allerdings ging das amerikanische Demokratieverständnis über diese institutionellen Merkmale weit hinaus: Das spezifische Moment amerikanischen Demokratieverständnisses forderte die Demokratie als Lebensform und damit eine engagierte Zivilgesellschaft, die auf breiter gesellschaftlicher Partizipation am Gemeinwesen beruht, anstatt diese Aufgaben dem Staat zu überlassen – John Deweys Einfluß ist hier unverkennbar.²² Genau diesen Vorrang des von der Besatzungsmacht postulierten Werteideals mit dem Individuum im Mittelpunkt vor den »technical essentials« einer Demokratie – Wahlen, Parteiensystem usw. – wollte das Reorientierungshandbuch der amerikanischen Militärregierung, eine Art Leitfaden für das Personal der Besatzungsmacht, vermitteln. Zugleich definierte es den umfassenden emanzipatorischen Anspruch der Umerziehung folgendermaßen: »Democracy is a way of life. In the broadest sense democracy refers to certain ways in which people act toward one another in the many relationships in which life involves them. It does, indeed, apply to the ways in which government is related to the people, but it applies also to relationships in the home, the school, the church, the place of work, the playing field.«²³

Aus der deutschen Geschichte griff die Militärregierung nicht die Weimarer Republik als erstrebenswertes Vorbild heraus, sondern orientierte sich ganz bewußt an der parlamentarischen Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert: der Paulskirchenversammlung von 1848/49 und dem deutschen Liberalismus.²⁴ Insbesondere der emigrierte Revolutionär Carl Schurz, dem in den USA eine glanzvolle politische Karriere bis zum Amt des US-Innenministers gelang, diente in dieser Strategie als Bindeglied einer gemeinsamen liberalen Tradition von Sieger und Besetztem. Zur Feierstunde des Bayerischen Landtags am 17. März 1948 anlässlich

21 Concept of Democracy: Statement by Secretary Marshall, Moscow Session of Council of Foreign Ministers, 14. März 1947, abgedruckt in: Germany 1947–1949. The Story in Documents, hg. vom Department of State, Washington 1950, 154f.

22 Hermann-Josef Rupieper, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1952, Opladen 1993, 62.

23 BayHStA, OMGB 10/49–2/11, OMGB Reorientation Handbook von 1948.

24 Rupieper (wie Anm. 22) 63.

AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE ZUR GESCHICHTE DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN IM DRITTEN REICH

Die folgende Auswahlbibliographie beruht auf Vorarbeiten von Dr. Peter Mierau; sie wurde von Andreas Raith M.A. ergänzt, gestrafft und strukturiert. Es wurden hierbei nur Buch- und Aufsatzveröffentlichungen berücksichtigt, bei denen die Geschichte der Universität München in der Zeit des Nationalsozialismus entweder den Mittelpunkt oder doch zumindest einen deutlichen Schwerpunkt der Darstellung bildet oder aber Vernetzungen mit ihr bzw. ihrem (Lehr-)Personal, ihren Einrichtungen und Fächern behandelt werden. Zur Vertiefung der in den Beiträgen angesprochenen Themen sei der interessierte Leser auf die dort mit allen bibliographischen Angaben versehene, weiterführende Literatur verwiesen. Auf eine umfassende Bibliographie zur Geschichte von Wissenschaft und Hochschule bzw. Wissenschafts- und Hochschulpolitik, zu Organisationen, Personen und Disziplinen in der Zeit des Nationalsozialismus wurde hier auch deshalb verzichtet, weil sie bereits in neueren einschlägigen Forschungsarbeiten zu Aspekten aus diesem an Bedeutung, Quantität und Qualität stets zunehmenden Gegenstand zeitgeschichtlicher Betrachtung enthalten sind.

ORGANISATIONEN, INSTITUTIONEN

- Boehm, Laetitia: Der Weg der Ludwig-Maximilians-Universität durch die letzten zwei Jahrhunderte. Ein Vorwort zur historischen Besinnung, in: Rüdiger vom Bruch/Rainer A. Müller (Hgg.): Erlebte und gelebte Universität. Die Universität München im 19. und 20. Jahrhundert, Pfaffenhofen 1986, 8–20
- Boehm, Laetitia: 150 Jahre Ludwig-Maximilians-Universität in München 1826–1976, München 1976
- Boehm, Laetitia/Spörl, Johannes (Hgg.): Ludwig-Maximilians-Universität. Ingolstadt-Landshut-München 1472–1972, Berlin 1972
- Boehm, Laetitia/Spörl, Johannes (Hgg.): Die Ludwig-Maximilians-Universität in ihren Fakultäten, Bd. 1, Berlin 1972, Bd. 2, Berlin 1980
- Böhm, Helmut: Studium zwischen zwei Weltkriegen: 1918–1945, in: Ludwig-Maximilians-Universität München, 2. Aufl., München 2001, 118–150
- Böhm, Helmut: Die Universität München nach 1933, in: Lothar Mertens (Hg.): Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft? Berlin 2001, 73–99
- Böhm, Helmut: Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip. Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933–1936), Berlin 1995
- Buzás, Ladislaus: Geschichte der Universitätsbibliothek München, München 1972
- Buzás, Ladislaus: Bibliographie zur Geschichte der Universität Ingolstadt-Landshut-München 1472–1982, München 1982
- Harrecker, Stefanie: Die Universität München und die NS-Zeit. Der Beitrag des Uniarchivs zur Erforschung der Hochschule im »Dritten Reich«, in: Bayerns Spiegel 4 (2002) 10f.
- Harvold, Edgar: Eichenlaub und Hakenkreuz. Die Deutsche Akademie in München (1925–1962) und ihre volkscundliche Sektion, München 1990

- Huber, Ursula: Die Universität München – Ein Bericht über den Fortbestand nach 1945, in: Friedrich Prinz (Hg.): Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945–1949, München 1984, 156–161
- Ludwig-Maximilians-Universität München, 2. Aufl., München 2001
- Meuschel, Walther (Hg.): 50 Jahre Münchener Universitätsgesellschaft. Bericht über die Jahre 1922–1972, München 1972
- Papen, Patricia von: Schützenhilfe nationalsozialistischer Judenpolitik. Die ›Judenforschung‹ des »Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland« 1935–1945, in: Fritz Bauer Institut (Hg.): »Beseitigung des jüdischen Einflusses ...«. Antisemitische Forschung, Eliten und Karrieren im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1999, 17–42
- Pichinot, Hans-Rainer: Die Akademie für Deutsches Recht, Kiel 1981
- Roegele, Otto B./Langenbacher, Wolfgang R. (Hgg.): Ludwig-Maximilians-Universität München 1472–1972. Geschichte, Gegenwart, Ausblick, München 1972
- Rumschöttel, Hermann: Geschichte des Bayerischen Kultusministeriums von der Errichtung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Tradition und Perspektive. 150 Jahre Bayerisches Kultusministerium, München 1997, 45–101
- Selle, Werner: Statistisches Material zur Geschichte der Philosophischen Fakultät der Universität München im 19. und 20. Jahrhundert, in: Laetitia Boehm/Johannes Spörl (Hgg.): Die Ludwig-Maximilians-Universität in ihren Fakultäten, Bd. 2, Berlin 1980, 345–360
- Stoermer, Monika: Die Bayerische Akademie der Wissenschaften im Dritten Reich, in: Acta Historica Leopoldina 22 (1995) 89–111
- Vom Bruch, Rüdiger/Müller, Rainer A. (Hgg.): Erlebte und gelebte Universität. Die Universität München im 19. und 20. Jahrhundert, Pfaffenhofen 1986
- Wallenreiter, Clara: Die Vermögensverwaltung der Universität Landshut-München. Ein Beitrag zur Geschichte des bayerischen Hochschultyps vom 18. zum 20. Jahrhundert, Berlin 1971
- Wenzl, Aloys: Erinnerungen aus der Geschichte der letzten 50 Jahre unserer Universität, in: Jahrbuch der Ludwig-Maximilians-Universität München 1957/58, München 1958, 53–61
- Willoweit, Dietmar: Nationalsozialistische Hochschulpolitik in Bayern, in: Tradition und Perspektive. 150 Jahre Bayerisches Kultusministerium, München 1997, 156–174

PERSONEN

- Boehm, Laetitia: Von den Anfängen des akademischen Frauenstudiums in Deutschland, zugleich ein Kapitel aus der Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität, in: Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 77 (1958) 298–327
- Dafinger, Maria: Die Führer-Rektoren der Universität München von 1933 bis 1945, Magisterarbeit, München 1991
- Drobisch, Klaus (Hg.): »Wir schweigen nicht!« – eine Dokumentation über den antifaschistischen Kampf Münchner Studenten 1942/1943, Berlin/DDR 1983
- Gödde, Heinrich: Die Anfänge der studentischen Selbstverwaltung mit besonderer Berücksichtigung der Münchener Verhältnisse, Diss. Nürnberg 1951
- Häntzschel, Hiltrud: Frauen jüdischer Herkunft an bayerischen Universitäten. Zum Zusammenhang von Religion, Geschlecht und Rasse, in: Hiltrud Häntzschel/Hadamud Bußmann (Hgg.): Bedrohlich geschieht. Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern, München 1997, 105–136
- Häntzschel, Hiltrud: Der Exodus von Wissenschaftlerinnen. ›Jüdische‹ Studentinnen an der Münchner Universität und was aus ihnen wurde, in: Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse 12 (1992) 43–52
- Lill, Rudolf/Kißener, Michael (Hgg.): Hochverrat? Die »Weiße Rose« und ihr Umfeld, Konstanz 1993
- Litten, Freddy: Die »Verdienste« eines Rektors im Dritten Reich. Ansichten über den Geologen Leopold Kölbl in München, in: N.T.M 11 (2003) 34–46
- Rebenich, Stefan: Alte Geschichte in Demokratie und Diktatur: Der Fall Helmut Berve, in: Chiron 31 (2001) 457–496

PERSONENREGISTER

- Abelein, Richard 373, 377, 379, 386, 396
Alber, Alexander 25, 26, 38
Albrecht, Michael 373
von Amira, Karl 425
Andersch, Alfred 616
Andreas, Willy 299, 300, 308
Anrich, Ernst 299
Anschütz-Kaempfe, Hermann 73, 75–83, 86,
88, 89, 90, 94, 95, 96, 98, 99, 101, 102, 109,
110, 111, 113, 117, 119
Anschütz-Kaempfe, Reta 88, 112, 113, 114, 115,
116, 117, 118
Arco, Graf 17
Arendts, Wilhelm 408, 422
Auer, Erhard 252
Baerwald, Leo 489
Baier, Walther 348, 367, 368
Bandorf, Robert 592
Bandorf-Baumann 598, 599
Barber, Otto 436
Barth, Fr. 286
Bastian, Claus 30, 31, 32
Bauer, Eberhard 31
Bauer, Karl 439, 440
Bauersfeld, Helmut 136, 137, 143, 144, 150,
166, 176
Baumann, Hanns 592, 593
Bayern, Adalbert von 89, 96
Bayern, Alfons von 84, 85, 88, 96
Bayern, Leopold von 482
Bayern, Ludwig Ferdinand von 482
Bayern, Rupprecht von 482, 489
Beck, Friedrich 43–71, 126, 130, 131, 132, 135,
136, 137, 176
Beck, Martin 67, 68, 69
von Beckerath, Jürgen 286
Ben-Chorin, Schalom, geb. Rosenthal Fritz 524
Bergdolt, Ernst 200, 218, 220, 270
Bergstraesser, Ludwig 472
Bergsträsser, Arnold 147
Bergsträßer, Gotthelf 257, 262
Berve, Helmut 246, 495, 570
Betzold, Otto 583
Beuerlen, Karl 498
Beyer, Hans Joachim 331–333
Beyerle, Konrad 10, 413, 425
von Bissing, Friedrich Wilhelm 249, 250, 251,
252, 253, 254, 255, 256, 276, 277–283, 283,
284, 295
von Bissing, Moritz 250
Blanke, Gustav 174, 175, 176
Blomeyer, Karl 415
Boepple, Ernst 137, 140, 265, 338, 339, 381,
441, 447, 450, 463
Boeser, Pieter 257
Bohlen-Halbach, Gustav Krupp von 485
Böhm, Alois Robert 633
Böker, Alexander 175
Borchardt, Ludwig 250
Borger, G. 65
Bormann, Martin 280, 313
Bosse, Käthe 266
von Bothmer, Felix Graf 482
Botzenhart, Erich 308
Brandl, Joseph 373
Braun, Hanns 241, 245
Brenner, Eduard 629, 631, 632
Brettschneider, Gisela 528
Brickner, Richard 612
Broemser, Philipp 445, 448, 461, 462
Brücher, Hildegard. *siehe* Hamm-Brücher,
Hildegard
Brunner, Hellmut 267–271, 272, 273, 284, 290,
291, 292, 295, 296
Brunnhuber, Betty 584
Bucherer, Hans Theodor 25
Buchmann, Erich 334
Burmeister, Wilhelm 136, 176
Buschor, Ernst 571, 572
Buttmann, Rudolf 443, 445, 447, 448, 451, 452,
453, 457, 458, 463, 464, 470, 471, 475, 476
Buzás, Ladislaus 434, 441, 443, 456
van Calker, Fritz 35, 414
Carell, Erich 564
Cartellieri, Alexander 301, 308
Clay, Lucius D. 618
Clusius, Klaus 596
Conant, James B. 622
Conze, Werner 299
Crämer, Ulrich 299–344
Dahrendorf, Ralf 609
Dannenbauer, Heinrich 548
Demoll, Reinhard 371, 373, 376, 386
Dewey, John 611, 612, 614
Dieterich, Viktor 567
Dirlmeier, Franz 182, 185, 198, 199, 206, 216,
220–228, 224, 225, 227, 229, 230, 231, 232,
234, 236, 237, 239, 240, 241–244, 244, 245,
246, 270, 453, 468, 475, 572, 573, 576
Doeberl, Michael 307, 488, 489, 491
Dohrn, Harald 592
Dölger, Franz 224, 446, 460

- Dombart, Bernhard 259
 Dombart, Theodor 258, 259, 290, 293, 295
 Donat, Wolfgang 528
 Dresler, Adolf 468
 Drexler, Hans 216, 218, 219
 von Drygalski, Erich 481, 482, 483, 484, 489, 500
 Dulberg, Fanny 509
 Dyroff, Karl 258, 286, 295
 Eckardt, Dietrich 254, 499
 Egermann, Franz 246
 Ehard, Hans 503
 Eichmann, Eduard 35
 Einhauser, Robert 16, 25, 38, 114, 115, 255
 Einstein, Albert 17, 78, 81
 Eisner, Kurt 17, 51, 251, 277
 Engel, Wilhelm 312
 Engelhardt, Gildis 279, 280, 281
 von Epp, Franz Xaver Ritter 64, 202, 203, 336, 446, 452, 454, 497
 Erman, Adolf 250
 Ernst, Wilhelm 371, 373, 380, 381, 383, 385, 386, 399, 468, 469
 Eser, Franz 542
 d'Éster, Karl 468, 537
 Exner, Franz 414, 415, 421, 572, 574
 von Faber, Friedrich (Fritz) Karl 553
 von Faber du Faur, Hermann 84, 89, 94, 95, 100, 102
 von Faber du Faur, Otto 84, 89
 von Faulhaber, Michael 489
 Fegelein, Hans 106, 116
 Fehlberg, Arthur 277
 Fehr, Anton 90, 93, 94
 Fehrle, Eugen 233
 Fendt, Franz 632
 Fiehler, Karl 395, 414
 von Finck, August 408
 Fingerle, Anton 242
 Fischer, Aloys 35, 43, 46, 48, 49–50, 54, 60, 61
 Fischer, Paula 550
 Foerster, Friedrich Wilhelm 43, 46, 48, 50, 50–70, 64, 66
 Foucault, Leon 76
 Fraenkel, Eduard 204, 223
 Fraenkel, Peter 625
 Francis, Emerich 633
 Frank, Hans 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 416, 417, 422, 423, 425, 426, 427
 Frank, Walter 305, 306, 307, 309, 310, 311, 312, 313, 316, 317, 319, 322, 323, 324, 325, 334, 340, 341
 Franz, Eugen 309, 310, 321
 Franz, Günther 308, 330
 Freisler, Roland 581, 587
 Frick, Wilhelm 65, 300, 309, 312, 319, 323, 324, 326, 328, 335, 338, 340, 341, 414
 Friedländer, Paul 234
 von Fritz, Kurt 208, 209
 Fritz, (Ortsgruppenführer) 278
 Frühwein, Walter 603
 Furtmeier, Josef 603
 Geiger, Franz 596
 Gerlach, Walther 455, 527, 599
 Giesenhagen, Karl 373
 Giesler, Paul 496, 520, 543, 544
 Glum, Friedrich 629, 632
 Goebbels, Joseph 172, 325, 414
 Göring, Hermann 335, 499, 500, 586
 Götze, Richard 379
 Graf, Anneliese 544, 599
 Graf, Willi 581, 599
 Grauert, Hermann von 488
 Greven, Liselotte 286
 Griffith, Francis Llewellyn 257
 Gross, Johann 381
 Grunsky, Hans A. 312
 Günther, Christian 381
 Gürtner, Franz 411, 414, 426
 Gylstorff, Irmgard 374, 384
 Hackelsperger, Max 436
 Haeffner, Karl Ernst 581, 585, 586, 587, 589, 590, 594, 595, 596, 597, 598, 601, 604–605
 Häffner, Ernst 475
 Hagemeyer, Hans 469
 Hagert, (Student) 23, 24, 25, 26, 37, 38
 Haller, Geheimrat 318
 Hallstein, Walter 616
 Hamm-Brücher, Hildegard 519, 538, 539, 555
 Hansen, Rose 47, 63, 66, 67
 Harder, Richard 185, 195, 222, 223, 225, 231, 242, 245, 246
 Harmjan, Heinrich 328, 337, 340
 Hartshorne, Edward Y. 625, 626
 Haushofer, Karl 415
 Heckel, Johannes 415, 422, 574
 Hedin, Sven 494, 496, 497, 498, 499, 500, 502
 Heidegger, Eduard 377
 Heisenberg, August 256
 Heisenberg, Werner 479, 501
 Held, Heinrich 64
 Held, Martin 491, 492
 Hengstenberg, Wilhelm 258, 260, 261, 290, 293, 295
 Herf, Julius 597, 598, 601
 Herter, Hans 223
 Hertling, Oberst Freiherr von 84